

Termine:

Bd. V

Justizprüfungsamt?
Ja – nein
Falls ja: P – K – V – R
Unterschrift:

Haft

Mitteilungspflicht

(Verfügungsheft II)

Mitteilungen nach Nrn. MiStra.
Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

^{Kammer-}
bei dem ~~Land~~gericht Berlin

Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

RA. — Vollmacht Bl. —

gegen a) Boßhammer, Friedrich

b) Hartmann, Richard

c) Hunsche, Otto

d) Jänisch, Rudolf

e) Pachow, Max

f) Wöhrn, Fritz

wegen Mordes

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: **4849**

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss 5 Si R 527/72

Ks Ls Ms

1 Is 1/65 CRSHA)

AU 57

Weegelegt

Aufzubewahren: — bis 19

— dauernd —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein —

hierzu verb. 4 AR 320/62 CRD VI)

Justiz – amtmann – ober – inspektor

Justiz – amtmann – ober – inspektor

[illegible]

Verfügungsheft II

Staatsanwaltschaft

bei dem Kammergericht

Fristen:		
14.6. 98.30.		

Weggelegt 19

Aufzubewahren: — bis 19

1AR123/63

III/Schn.

[illegible]

1. 1/65 (RSHA)

Yg.

1/ Bitte folgende Akten sperren:

16 Ks 1/63 StA Bochum / Blache ^(30.18) 25/26

22 1/ 361/61 StA München I ^{Bl. 24}

1. H. Mack u. G. a. →

2. Vor. nach Eingang

Bl. 24. 1. 65

zur) 27 ent.

1. FEB. 1965

lee

Bl.

Bemerk. A2. 22. 4. 361/61 STA Kindern T
1. Georg Holl Alt. angeb. Vortrag
von Kindern im Kriege. Keine Be-
ziehung zu viel interessanten
Tragen.

Bz. 8.2.65
SL.

1. Jg 1/65 (RSHA)

2

1/1 zu schreiben an StA Rosenberg:

BR 2 Jg 117/63 u. 2a Ks 1/62
v. Martin Fellenz

Unter den obigen Aktenzeichen werden
dort 2 Befehle gegen Martin Fellenz
geführt, dem die Mitwirkung bei
der Tötung von Juden in Polen zum
Vorwurf gemacht wird. Das hier anheim-
geige Ermittlungsverfahren 1 Jg 1/65 (RSHA)
hat die Tätigkeit der RSHA im Rahmen
des sog. "Endlösung der Judenfrage" zum
Gegenstand, also auch soweit Maßnahmen
gegen in Polen lebende Juden gerichtet
waren. Es ist daher für mich von Interesse
ob, wenn ja welche Erkenntnisse sich
in dem dortigen Verfahren im Hinblick
auf eine Mitwirkung der RSHA ergeben
haben, insbesondere ob es den Befehl
für die "umfangreiche" Ermordung der Juden
gab. // Da ich mich eine besondere Inhalts-
punkte die Übersendung des umfangreichen
Aktenmaterials bitten möchte, wäre ich
zunächst für die Beantwortung dieser
Frage dankbar, sowie, sofern vorhanden,

für Überwachung der Schlußverfügung
(Schluß, Urteil) und Angabe des
Sachstandes.

Im Hinblick auf die bestehende
Verfassung darf ich um baldmögliche
Beilegung bitten.

D. 27. 1. 65.

zu d) gef. 29. 1. 65/Hc

18 Seiten

i. A

Stenard
(Abwesenheit)

1 Gs 1/65 (RSHA)

3

2/5

✓ 1/ Die werden am STA bestimmt:

Bd.: 45 Gs 41/61 STA bestimmt. ✓

Unter dem o. a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungsverfahren gegen Heinrich Hamann i. a. geführt, denen die Mitwirkung bei der Vertreibung der Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 1 Gs 1/65 hat die Tätigkeit der RSHA im Rahmen der sog. "Eindämmung des Judenfrage" zum Gegenstand, also auch soweit die Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob ^{und} wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem vorliegenden Verfahren ein Hinweis auf eine Mitwirkung der RSHA ergeben haben, vor allem ~~ob das~~ was der Befehl für die ^{umfangreiche} Vernichtung der Juden in Polen gab. // Ich nicht ohne besondere Inhaltspunkte die "Überprüfung des umfangreichen Aktenmaterials" ~~zu~~ bitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie soweit vorhanden ^{Zeugenaussagen} ~~über~~ Überprüfung der Auftragsliste, etc.

sonstigen Abschlußverfügung und Mitteilung
des Sachstandes.
In Hinblick auf den ~~best~~
~~bestehenden~~ Ablauf der Verjährungs-
frist darf ich nun baldmögliche Beendi-
gung bitten. +

i. A

Br. 27.1.65 Dimerd
(Chesner)

✓ 2/ zu Schreiben an StA Heilung: (78) ✓
Bett.: 1 Ks 1/64 / Robert Weismann i. a.
┌ ✓ └ im übrigen wie zu 1) unter
Aufsichtigung des Namens R. W.

~~3/ zu Schreiben an StA Heilung:~~
~~Bett.:~~

✓ 3/ zu Schreiben an StA Heilung: ✓
Bett.: 141 Zs 573/60 / Georg Michaelson i. a.
┌ ✓ └ wie zu 1/

✓ 4/ zu Schreiben an StA Heilung: ✓
Bett.: 45 Zs 1/61 / St. Simonson
i. a.
┌ └ wie zu 1/

✓ 5.) zu schreiben an StA München I :

Bett.: 22 Jrs 68/61 ./. g. Bolander u. a. ✓

☒ wie zu 1.)

✓ 6.) zu schreiben an StA. Darmstadt :

Bett.: 45 Jrs 24/61 ./. K. Bolander u. a. ✓

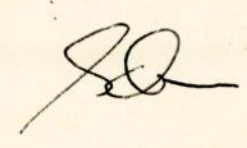
☒ wie zu 1.)

✓ 7.) zu schreiben an StA. Köln : (5)

Bett.: 24 Jrs 200/62 (2) ✓
St. Rindfleisch u. a.

☒ wie zu 1.)

Bett. 24. 1. 65



an 1 - 7 Jrs + gel.

29. 1. 65

Herten

Seyde

Jellert

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft

(239) F l e n s b u r g

Betr.: - 2 Js 117/63 - und 2a Ks 1/62 gegen
Martin Fellenz

Unter den obigen Aktenzeichen werden dort zwei Verfahren gegen Martin Fellenz geführt, dem die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren - 1 Js 1/65 (RSHA) - hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog. " Endlösung der Judenfrage " zum Gegenstand, also auch soweit Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist daher für mich von Interesse ob, wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben, insbesondere ob es den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung dieser Fragen dankbar, sowie, sofern vorhanden, für Übersendung der Schlußverfügung (Anklage, Urteil) und Angabe des Sachstandes.

Im Hinblick auf die bevorstehende Verjährung darf ich um baldmögliche Erledigung bitten.

i.A.
Kapel, Staatsanwalt,
für den auf einer Dienstreise befindlichen
Verfasser (Schneider)
(Assessor)

6

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
(5) K ö l n

Betr.: 24 Js 200/62 (Z) gegen Dr. Rindfleisch u.a.

Unter dem o.a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungsverfahren gegen Dr. Rindfleisch u.a. geführt, denen die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog. " Endlösung der Judenfrage " zum Gegenstand, also auch soweit Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob, und wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben. Vor allem wer den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden in Polen gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie, soweit vorhanden, für Übersendung der Anklageschrift, Urteilsabschrift, oder sonstiger Abschlußverfügung und Mitteilung des Sachstandes.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Verjährungsfrist darf ich um baldmögliche Erledigung bitten.

i.A.
für den auf einer Dienstreise befindlichen
Verfasser { Schneider }
 { Assessor }
Kugel, Staatsanwalt

7

1 Js 1/65 (RSHA)

Asteil eingeg. 17.2.64
Bl. 44

An die
Staatsanwaltschaft Dortmund

46 D o r t m u n dBetr.: 45 Js 27/61 ./ . K. Bolender u.a.

Unter dem o.a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungs-
verfahren gegen K. Bolender u.a. geführt, denen die Mit-
wirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf ge-
macht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren
1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog.
"Endlösung der Judenfrage" zum Gegenstand, also auch soweit
die Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet
waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob, und wenn
ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im
Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben. Vor
allem wer den Befehl für die umfassende Vernichtung der
Juden in Polen gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung
des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich
zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie,
soweit vorhanden, für Übersendung der Anklageschrift, Urteils-
abschrift oder sonstige Abschlußverfügung und Mitteilung
des Sachstandes.

- 2 -

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der
Verjährungsfrist darf ich um baldmögliche Erledigung
bitten.

i. A.
für den auf einer Dienstreise befindlichen
Verfasser (Schneider)

(Assessor)

Ungel, Staatsanwalt

9

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft8 M ü n c h e n IUrteil eingeg. 17.2.
Bl. 151Betr.: 22 Js 68/61 gegen Eberhauser u.a.

Unter dem o.a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungsverfahren gegen G. Eberhauser u.a. geführt, denen die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog. "Endlösung der Judenfrage" zum Gegenstand, also auch soweit die Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob, und wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben. Vor allem wer den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden in Polen gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie, soweit vorhanden, für Übersendung der Anklageschrift, Urteilsabschrift, oder sonstiger Abschlußverfügung und Mitteilung des Sachstandes.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Verjährungsfrist darf ich um baldmögliche Erledigung bitten.

i.A.
für den auf einer Dienstreise befindlichen
Verfasser (Schneider)
(Assessor)
Koppel, Staatsanwalt

10

1 Js 1/65 (RSA)

An die
Staatsanwaltschaft2 H a m b u r gBetr.: 141 Js 573/60 gegen Georg Michalsen u.a.

Unter dem o.a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungsverfahren gegen Georg M i c h a l s e n u.a. geführt, denen die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSA im Rahmen der sog. "Endlösung der Judenfrage" zum Gegenstand, also auch soweit die Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob, und wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSA ergeben haben. Vor allem wer den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden in Polen gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie, soweit vorhanden, für Übersendung der Anklageschrift, Urteilsabschrift, oder sonstigen Abschlußverfügung und Mitteilung des Sachstandes.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Verjährungsfrist darf ich um baldmögliche Erledigung bitten.

i.A.
für den auf einer Dienstreise befindlichen
Verfasser (Schneider)
(Assessor)
Kapel, Staatsanwalt

+

M

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
(78) F r e i b u r g

Betr.: 1 Ks 1 / 64 gegen Robert Weißmann u.a.

Unter dem o.a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungsverfahren gegen Robert Weißmann u.a. geführt, denen die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog. "Endlösung der Judenfrage " zum Gegenstand, also auch soweit die Maßnahme gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob, und wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben. Vor allem wer den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden in Polen gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie, soweit vorhanden, für Übersendung der Anklageschrift, Urteilsabschrift, oder sonstiger Abschlußverfügung und Mitteilung des Sachstandes.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Verjährungsfrist darf ich um baldmögliche Erledigung bitten.

i.A.
für den auf einer Dienstreise befindlichen
Verfasser { Schneider }
 { Assessor }
Uepel, Staatsanwalt

12

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft

46 Dortmund

Betr.: 45 Js 1/61 ./.. Dr. Zimmermann u.a.

Unter dem o.a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungsverfahren gegen Zimmermann u.a. geführt, denen die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog. "Endlösung der Judenfrage" zum Gegenstand, also auch soweit die Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob, und wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben. Vor allem wer den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden in Polen gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie, soweit vorhanden, für Übersendung der Anklageschrift, Urteilsabschrift oder sonstige Abschlußverfügung und Mitteilung des Sachstandes.

+

B

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Ver-
jährungsfrist darf ich um baldmögliche Erledigung bitte.

i. A.
für den auf einer Dienstreise befindlichen
Vofaner (Schneider)

(Assessor)

Kapfel, Staatsanwalt

**Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Nur in dieser Sache 1 Berlin 21, den 27.1.65
(betr. RSHA) Anschrift: Tarnstr. 91, Zimmer
Fernruf: 35 01 11 (933.....)

1 Berlin 19 (Charlottenburg), den 19
Amtsgerichtsplatz 1
Fernruf 34 03 71 (968.....)
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30-13.00 Uhr

19

An die
Staatsanwaltschaft
(46) Dortmund

Betr.: 45 Js 41/61 StA.Dortmund

Unter dem o.a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungsverfahren gegen Heinrich Hamann u.a. geführt, denen die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog. "Endlösung der Judenfrage" zum Gegenstand, also auch soweit die Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob, und wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben. Vor allem wer den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden in Polen gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie, soweit vorhanden, für Übersendung der Anklageschrift, Urteilsabschrift, oder sonstigen Abschlußverfügung und Mitteilung des Sachstandes.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der
Verjährungsfrist darf ich um baldmögliche
Erledigung bitten.

i.A.

Für den auf einer Dienstreise befindlichen
Verfasser (Schneider)

(Assessor)

Uepel, Staatsanwalt

1. 1/65 (RSA)

16

1/9.

1/ Bitte erfahren

Spüchleumultaten 1 Sp 1/2 309/47 Ber.

u. 4 Sp 1/2 2994/48 Ber. + 62/69
von StA Bielefeld 1. Hans Thomsen + 88/90

2/ Voll. nach Eingang

Er. 20. 1. 65
SS

An 1) 2 H. bef.

- 8. Feb. 1965 lee

1 Sp 1/65 (RSAA)

17

17

✓ 1.) Bitte sperren

Spüchtkammerdaten 4 Sp Ls 653/44 Bie.
-/. Carl Carstensen von der StA Bielefeld.

2./ Vorlage nach Eingang

Bu. 21. 1. 65

St.

zu 1) H. bef.

- 8. Feb. 1965

lee

+ 32 144/48

3 PK
Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Bochum

Geschäfts-Nr.: 16 Ks 1-63

(Bitte bei allen Schreiben angeben)

Tag: 2.2.1965
Fernruf: 609 65
Fernschreib-Nr.: 08257 37

18

~~DIE EINGABE~~ — Das dortige Ersuchen — ~~Schreiben~~

vom 1.2.1965 1 Js 1/65 (RS/HA)

ist heute zuständigkeitshalber an

die Staatsanwaltschaft Dortmund zu

45 Js 27 - 63

weitergegeben worden.

Auf Anordnung

Bals
(Bals)

Justizangestellter

Benachricht — Staatsanwaltschaft



Absender:
**Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
463 Bochum**

POSTKARTE



Staatsanwaltschaft

beim Kammergericht

West
(1)

B e r l i n 21

Turmstr. 91

1. 8. 1/65 (RSHA)

Wfg

B

1/ in schreiben an Staatsanwaltschaft Strehle

2. Hl. von J. Ass. Jans

Betr.: Festiges Verfahren 4 J. 1676/69 / K. K. Schach

Berug: Die Fickende in Berlin
vom 5. 2. 1965

i. d.

Sch. gel. 1. 1. 1965

Abgabe gemäß darf ich Ihnen die für
Sie gefertigten Ablichtungen unserer Dime-
mark - Unterlagen und des Vermerks
über die Judenverfolgung in Danemark
übersenden

2/ Wschl. in d. Hl.

94. 9. 2. 65 Sch.
zu 1/ 1. 1. 1965

Bu. 9. 2. 65

Mit freundlichen Grüßen
Schneider (Abressor)

Hilda Kahan

720 East 31 Street
Brooklyn, New York 11210

2. Februar 1965

An die
Staatsanwaltschaft Berlin
Sonderkommissariat "Reichssicherheitshauptamt"
B E R L I N

*Herrn Anw. Kahan
mit der Bitte um
Rücksprache*
lrl

Sehr geehrte Herren,

im Hinblick der kurz bevorstehenden Verjährung von Naziverbrechen bitte ich höflichst um Auskunft, ob bereits ein Strafverfahren gegen Amtmann Wöhrn eingeleitet ist oder ob er sogar schon zur Rechenschaft und verurteilt werden konnte.

Amtmann Wöhrn war während der Zeit 1941 bis Ende 1944 einer der Angestellten des Judendezernats des Reichssicherheitshauptamts. Er beschäftigte sich u.a. mit Revisionen des Jüdischen Krankenhauses Berlin, Iranische Str. 2, und bei seinen zahlreichen "Besuchen" verfehlte er nie, irgendwelche Verhaftungen und Abtransport in das K.Z. als seine persönlichen Sonderaktionen vornehmen zu lassen.

Um nur einige Fälle namhaft zu machen, nenne ich den jüdischen Arzt Dr. Windmüller und seine Frau; Amtmann Wöhrn bemerkte einen nicht jüdisch aussehenden Mann im Garten des Jüdischen Krankenhauses, der auf Wöhrns Befragen zugab, Dr. Windmüller zu besuchen und ihm etwas Lebensmittel zu bringen; der Mann ~~von~~ wurde von Wöhrn verwarnt und Dr. Windmüller und seine Frau unmittelbar darauf verhaftet und mit dem nächsten Transport ins K.Z. gesandt. - Ein junger jüdischer Mischling, Kurt Bukofzer, sah in seinem Dienst als Portier Amtmann Wöhrn das Krankenhaus betreten und sagte dienstefrig, dass er ihn sofort bei "Herrn Oberregierungsrat Dr. Lustig" anmelden werde. Kurt Bukofzer's Verbrechen war, dass er den jüdischen Leiter des Krankenhauses, Dr. Lustig, bei seinem rechtlichen Titel "Oberregierungsrat" genannt hatte. Bukofzer wurde im Auftrage von Wöhrn geschlagen, und als der Junge in seiner Dummheit einer Krankenschwestern über das Telefon erzählte, was vorgefallen war, während unsere Telefonapparate ohne unser Wissen abgehört wurden, wurde er einige Tage später verhaftet und ins Arbeitslager geschickt. - Ein junges Mädchen, die ebenfalls Geltungsjüdin war, wurde von Amtmann Wöhrn verhaftet, da der Judenstern an ihrer Kleidung nicht angenäht sondern nur mit einer Sicherheitsnadel befestigt war. Nach 3 Monaten erhielten ihre Eltern die Nachricht, dass sie im K.Z. Ravensbrück verstorben sei.

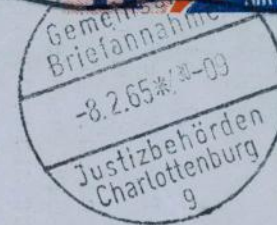
Sollte bisher ~~kein~~ kein Strafverfahren gegen Amtmann Wöhrn eingeleitet sein, dessen Aufenthaltsort mir persönlich völlig unbekannt ist, so bitte ich, die notwendigen Schritte schnellstmöglichst und rechtzeitig vor dem Verjährungstermin einzuleiten.

Ich selbst war vom Jahre 1941 bis 1946 Angestellte des Jüdischen Krankenhauses und den grössten Teil dieser Zeit Sekretärin für Dr. Lustig, dem Leiter des Krankenhauses. Die von mir gemachten Angaben können von zahlreichen Zeugen beglaubigt werden.

Hochachtungsvoll
Hilda Kahan

FOLD SIDES OVER AND THEN FOLD BOTTOM UP
MOISTEN FLAP WELL AND APPLY PRESSURE TO SEAL

H. Kahan
720 East 31 Street
Brooklyn, New York



An die
Staatsanwaltschaft Berlin
Sonderkommissariat
"Reichssicherheitshauptamt"

BERLIN (West Berlin)

GERMANY

AÉROGRAMME • PAR AVION

Staubgenischpl 1

19

FIRST FOLD

SECOND FOLD

DO NOT USE TAPE OR STICKERS TO SEAL
NO ENCLOSURES PERMITTED

Vfg. *u. R.*

- ✓ 1.) zu schreiben an Frau Hilda K a h a n , 720 East 31 Street
Brooklyn, New York 11210:

Bezug: Ihr Schreiben vom 2.2. 1965

mit Suft post

Sehr verehrte Frau Kahan.

Auf Ihr o.a. Schreiben teile ich Ihnen mit, daß die Tätigkeit des früheren Amtmannes Fritz W ö h r n im Judenreferat des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes bereits umfassend Gegenstand des hier unter Az. 1 Js 1/65 (RSHA) laufenden Ermittlungsverfahrens und zwei weiterer Vorermittlungsverfahren ist.

Darüber hinaus ist mir bekannt, daß bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main gegen Wöhrn u.a. ein Ermittlungsverfahren unter Az. 4 Js 614/63 wegen der Teilnahme an der Erschießung von Mitgliedern der Reichsvereinigung der Juden in Berlin geführt wird. Ich habe eine Ablichtung Ihres Schreibens der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main zur Kenntnisnahme übersandt.

Für die von Ihnen in Ihrem Schreiben mitgeteilten *betreffend diesen* Angaben darf ich Ihnen danken. Sollten in den hiesigen Verfahren weitere Auskünfte erforderlich werden, werde ich mich nochmals an Sie wenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

i. A. Sch.
(Chen)

- ✓ 2.) zu schreiben an StA Ffm :

Betr.: 4 Js 614/63 ./.. Wöhrn u.a.

Anlage : Ablichtung eines Schreibens von Frau Hilda Kahan, New York vom 2. 2. 1965.

In der Anlage übersende ich ~~xxxxx~~ die Ablichtung eines mir kürzlich zugegangenen Schreibens, das den auch dort beschuldigten früheren Amtmann Fritz W ö h r n vom RSHA betrifft, zur gefälligen Kenntnisnahme und eventuellen Berücksichtigung in dem o.a. Ermittlungsverfahren.

Ich habe der Absenderin mitgeteilt, daß gegen Wöhrn in Ffm. und in Berlin Ermittlungsverfahren laufen, die seine Tätigkeit im ehemaligen RSHA zum Gegenstand haben.

Hochachtungsvoll.

i. A.

- ✓ 3.) bitte eine weitere Ablichtung des Originalschreibens anfertigen lassen und mit diesem und der Verfügung mir nach Erledigung vorlegen.

Bln. 9. 2. 1965

Sch

11. FEB. 1965 Le
gg zu 1) Schb. 2x ab
2) Schb. 2x ab + 1 Schb.
10/27

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft

6 F r a n k f u r t / M a i n

Betrifft: 4 Js 614/63 gegen W ö h r n u.A.

Anlage: Ablichtung eines Schreibens von Frau Hilda Kahan,
New York, vom 2. Februar 1965

In der Anlage übersende ich die Ablichtung eines mir kürzlich
zugegangenen Schreibens, das den auch dort beschuldigten frühe-
ren Amtmann Fritz W ö h r n vom RSHA betrifft, zur gefälligen
Kenntnisnahme und eventuellen Berücksichtigung in dem o.a.
Ermittlungsverfahren.

Ich habe der Absenderin mitgeteilt, daß gegen Wöhrn in Frank-
furt/Main und in Berlin Ermittlungsverfahren laufen, die seine
Tätigkeit im ehemaligen RSHA zum Gegenstand haben.

Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

Le

1 Js 1/65 (RSHA)

Luftpost!Frau
Hilda K a h a n720 East 31 Street
Brooklyn, New York 11210Bezug: Ihr Schreiben vom 2. Februar 1965

Sehr verehrte Frau Kahan!

Auf Ihr o.a. Schreiben teile ich Ihnen mit, daß die Tätigkeit des früheren Amtmanns Fritz W ö h r n im Judenreferat des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes bereits umfassend Gegenstand des hier unter dem Aktenzeichen 1 Js 1/65 (RSHA) laufenden Ermittlungsverfahrens und zwei weiterer Vorermittlungsverfahren ist.

Darüber hinaus ist mir bekannt, daß bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main gegen Wöhrn ein Ermittlungsverfahren unter dem Aktenzeichen 4 Js 614/63 wegen der Teilnahme an der Erschießung von Mitgliedern der Reichsvereinigung der Juden in Berlin geführt wird. Ich habe eine Ablichtung Ihres Schreibens der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main zur Kenntnisnahme übersandt.

Für die von Ihnen in Ihrem Schreiben mitgeteilten tatsächlichen Angaben darf ich Ihnen danken. Sollten in den hiesigen Verfahren weitere Auskünfte erforderlich werden, werde ich mich nochmals an Sie wenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage(Schneider)
Assessor

1. Gz 1/65 (RSA) 24
Vf.

✓ 1. Gz 1/65
Spruchkammerverfahren
- 1. Alfred G. 1/65

2. Vorlage nach Eingang

4a Gz 1/65
StA Bielefeld

Am 8. 2. 65
Sch.

Zu 1) H. 1/65

9. Feb. 1965
Lee

Heute 24/2

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

25

Geschäfts-Nr.: 16 Ks 1/63 StA Bochum
Bitte bei allen Schreiben angeben! 45 Js 27/63

46 Dortmund, den 8. 2. 1965
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 52 78 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

3PK
An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 Berlin - West 21
Turmstraße 91



*eing.
10. Feb. 1965
ohne Anlagen*

Betrifft: Hiesiges Strafverfahren gegen den Sägegehilfen
Hermann Blache in Bochum wegen Mordes

Bezug: Dortiges Schreiben vom 1. 2. 1965 - 1 Js 1/65
(RSA)

Auf das Bezugsschreiben teile ich mit, daß die hiesigen
Strafakten gegen Blache z. Z. nicht entbehrt werden können.
Sie sind vor 2 Tagen aus der Revisionsinstanz wieder hier
eingegangen. Die Revision des Angeklagten gegen das Urteil
des Schwurgerichts in Bochum vom 30. 4. 1964 ist als unbe-
gründet verworfen worden. Zunächst müssen mehrere Berichte
gefertigt und die Strafvollstreckung eingeleitet werden.
Sodann werden die Akten zur Fortführung der Voruntersuchung
und des Ermittlungsverfahrens gegen weitere ehemalige
Angehörige der Gestapodienststelle in Tarnow Distrikt
Krakau benötigt.

Für den dortigen Gebrauch füge ich eine Ausfertigung des
Urteils des Schwurgerichts in Bochum vom 30. 4. 1964 gegen
Blache bei. Das Urteil ist nach Verwerfung der Revision
des Angeklagten rechtskräftig.

Im Auftrage:

Walden
(Walden)
Staatsanwalt

Staatsanwaltschaft
Dortmund



An die

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Berlin-West

Staatsanwaltschaft Dortmund

46 Dortmund

Saarbrücker Straße 5-9 · Fernruf 527821

1 Berlin - West 21

Turmstraße 91

Falls Empfänger verzogen, bitte **nicht nachsenden!**
Mit neuer Anschrift zurück.

Staatsanwaltschaft bei dem

Kammergericht

1 Js 1/65 (RSHA)
(Geschäfts-Nr.)

Zu 22 Js 361/61



1 Berlin 21, den

Turmstraße 91

Fernruf: 35 01 11, App.:

(Im Innenbetrieb 933)

1. FEB. 1965

An

Staatsanwaltschaft
München I

Um beschleunigte Übersendung

der Akten

22 Js 361/61

wird gebeten.

5. Feb. 1965

✓ h. a. *Erkundung kommen.*

an 27

m. d. r. i. - Prüfung

zugel. -

Auf Anordnung

Heipner

A. Ass. i. R.

BA tenen

32. 8.2.65
SS

AFStr 370c

Ersuchen um Übersendung von Akten.

Stat

24000 4. 64

37 gek.

- 9. Feb. 1965

- 4. Feb. 1965

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht München I

Erster Staatsanwalt

Vfg.

1.) Vermerk

Das Ergebnis der Vorermittlungen im Komplex I der Arbeitsgruppe - RSHA, soweit es die gegen die Juden in Ungarn gerichteten Maßnahmen zum Gegenstand hatte, ist nicht in das Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 (RSHA) ./.. Anders u.a. einbezogen worden. Die Auswertung der vorliegenden Dokumente und Zeugenaussagen hat nämlich keine Anhaltspunkte dafür erbracht, daß die in der fraglichen Zeit in Berlin tätig gewesen und noch lebenden Angehörigen des ehemaligen RSHA in strafrechtlich faßbarer und nachweisbarer Weise in die Ungarn - Aktion eingegriffen haben.

Bis zu dieser letzten Großaktion im Rahmen der sog. Endlösung der Judenfrage in Europa hatten Angehörige des ehemaligen RSHA, vor allem die des Judenreferats IV B 4 (später IV A 4 b) unter Eichmann, die Deportation der Juden aus den einzelnen Ländern des nationalsozialistischen Machtbereichs von Berlin aus geleitet. Dies ist durch eine große Zahl der im Zuge der Vorermittlungen erfaßten Dokumente belegt.

Nach Ungarn dagegen begab sich Eichmann, persönlich, um an Ort und Stelle die gegen die Juden beabsichtigten Maßnahmen zu leiten. Mit dem für diese Aufgabe eigenst zusammengestellten sog. " SEK - Eichmann " traf er am 20. 3. 1944, dem Tag der Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen, in Budapest ein. Er hatte den Befehl, den Abtransport der bis dahin weitgehend unbehelligt gebliebenen Juden in Ungarn in die Wege zu leiten und technisch abzuwickeln. Als Leiter des SEK unterstand er unmittelbar dem Befehl seiner Vorgesetzten vom RSHA.

Der in Budapest stationierten Stammanschaft des SEK gehörten neben Eichmann selbst 6 weitere Sachbearbeiter an, unter ihnen der Verkehrsexperte N o v a k und HStuf Hunsche von Eichmann's Judenreferat im RSHA. Die übrigen Mitglieder waren Eichmann von anderen Dienststellen beigegeben worden. Weitere Angehörige des SEK - Eichmann arbeiteten in Außenstellen über Ungarn verteilt.

Dieser zahlenmäßig kleinen Expertengruppe gelang es, von Ende April bis Anfang Juli 1944 fast 440 000 Juden in Ungarn verhaften und nach Auschwitz transportieren zu lassen. Sie leitete dabei die mit den eigentlichen Maßnahmen befaßten ungarischen Behörden und Polizeikräfte an und sorgte dafür, daß das erforderliche Transportmaterial zur Verfügung stand.

Die Schnelligkeit und Zielstrebigkeit, mit der Eichmann in Ungarn an die Arbeit ging, und die es ihm trotz aller

technischen Schwierigkeiten ermöglichte wenige Wochen nach seinem Eintreffen in Budapest bereits die Massentransporte nach Auschwitz anlaufen zu lassen, zeigen, daß er von Anfang an mit genauen Anweisungen versehen gewesen sein muß.

Da Eichmann als Leiter des Ref. IV A 4 b RSHA selbst in Ungarn war, können ihm auch in der Folgezeit erforderliche Befehle nicht von den ihm untergeordneten Angehörigen seines Referats, sondern lediglich von seinen Dienstvorgesetzten Kaltenbrunner und Müller erteilt worden sein. Durch Zeugenaussagen ist belegt, daß Eichmann während der Ungarn - Aktion wiederholt zu Besprechungen mit letzteren in Berlin war. Diese dürften mit Sicherheit dazu gedient haben, solche Weisungen einzuholen.

Auf Grund der vorhandenen Unterlagen kann auch nicht festgestellt werden, daß sich das Referat IV A 4 b - immerhin war Eichmann's Stellvertreter Rolf Günther in Berlin geblieben - oder eine andere Gruppierung im RSHA unterstützend in die Deportation der Juden aus Ungarn eingeschaltet hat. Weder Dokumente noch Zeugenaussagen geben dafür irgendwelche Hinweise.

Es ist überhaupt auffällig, wie wenige Schriftunterlagen des oder an das RSHA aufgefunden werden konnten, die sich mit den Juden Ungarns befassen. Die wenigen wiederum haben bezeichnenderweise nicht etwa die Abschiebungen als solche, sondern vielmehr Ausnahmeregelungen, Einzelfälle und das bekannte Projekt " Juden gegen Lastwagen " zum Gegenstand.

Wenn man angesichts dieser Umstände berücksichtigt, daß Eichmann seine Fachleute Novak und Hunsche aus Berlin mitgebracht hatte und ihm außerdem mit Krumey und Wisliceny u.a. in Judensachen keineswegs unerfahrene Personen zur Verfügung standen, so liegt der Schluß nahe, daß nicht etwa vorhandene Unterlagen nur lückenhaft erfaßt worden sind. Dies beweist vielmehr folgerichtig, daß er offenbar die ihm gestellte Aufgabe mit den ihm zur Verfügung stehenden Kräften an Ort und Stelle ohne Einschaltung seiner Berliner Dienststelle erfüllen konnte.

Dieses Ergebnis deckt sich im übrigen mit den Erkenntnissen, die die StA Ffm und vor allem der Untersuchungsrichter LGR Schneider beim LG Ffm im Laufe der bereits seit Jahren andauernden Ermittlungen in den Verfahren 4 Ks 1/63 ./.. Krumey und Hunsche und 4 Js 1017/59 (Ungarnverfahren) gewonnen haben. Insbesondere der Untersuchungsrichter teilte mit, er habe keinerlei Anhaltspunkte dafür feststellen können, daß Angehörige des RSHA von Berlin aus an der Ungarn - Aktion mitgewirkt haben, wenn man davon absehe, daß Kaltenbrunner und Müller Eichmann Weisungen erteilten.

Die übereinstimmenden Erkenntnisse in Berlin und Ffm machen deutlich, daß ein anderes Ergebnis auch bei weiteren Ermittlungen wohl nicht zu gewinnen sein wird.

Gegen Krumey und Hunsche ist kürzlich Urteil ergangen. Soweit das in Frankfurt anhängige Verfahren früher auch Novak betraf, ist es von der StA Wien zu 27 Vr 529/61 übernommen worden. Novak wurde dort, wenn auch anscheinend nicht wegen seiner Tätigkeit in Ungarn, verurteilt. Hunsche und Novak sind darüber hinaus auch Beschuldigte in diesem Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA).

Im übrigen erscheint es ausgeschlossen, daß ein Angehöriger der überhaupt für Judenmaßnahmen in Betracht kommenden Refe-
rate des RSHA, lediglich aus der Ungarn - Aktion belastet werden könnte. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß diese Personen sämtlich bereits Beschuldigte im Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) sind, da das RSHA die Zentrale der Judenverfolgung für den gesamten nationalsozialistischen Machtbereich war.

Aus diesen Gründen schlage ich vor, den Komplex Ungarn ohne weitere Ermittlungen abzuschließen.

2) Herrn Leiter der Arbeitsgruppe zur Kenntnis.

3) Wv. alsdann

Berlin 21, den 11. 2. 1965

Schn 

1 Js 1/65 (RSHA)

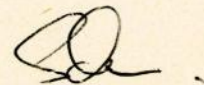
Vfg.

bitte folgende Akten erfordern :

Sta München II 10a Js 39/60 ./.. K.Wolff ✓
Sta Hamburg 141 Js 846/61 ./.. Allers u.a. ✓
141 Js 1957/62 ./.. Hoffmann u.a. ✓
141 Js 1312/63 ./.. Becker ✓
Zentralstelle Dortmund
45 Js 14/62 ./.. Wehrauch u.a. ✓
45 Js 16/62 ./.. Auerswald ✓
45 Js 1/64 ./.. Salzmann u.a. ✓
45 Js 3/64 ./.. Meyer u.a. ✓
45 Js 27/63 ✓
45 Js 1/62 ./.. Dr. Losacker ✓
45 Js 6/63 ./.. Rehdantz u.a. ✓
Sta Wiesbaden 6 Js 2/62 ./.. F.W. Krüger ✓
6 Js 935/62 " " ✓
8 Js 370/60 ./.. Schubert ✓
Sta Darmstadt 2 Js 1006/58 ./.. Brand u. Tumann ✓
2 Js 1017/58 ./.. Globocnik ✓
2 Js 1047/58 ./.. Ernst Thomas ✓
Sta Augsburg 7 Js 383/60 ./.. Liebscher u.a. ✓
Sta Hannover 2 Js 431/56 ./.. Ritter ✓
2 Js 148/61 ./.. Keuck u.a. ✓
Sta Hanau 4 Js 341/59 ./.. Degenhardt ✓
Sta Lüneburg 2a Js 551/59 ./.. Degenhardt u.a. ✓

Mit Anschreiben nach beiliegendem Muster bitte ich jede Akte
gesondert anzufordern.

Bln., den 25.1.1965



11. Feb. 1965 L
22 Schl. u. Formbl. + ab

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

- Arbeitsgruppe -

~~1 AR 123/63~~

~~Sachkomplex I~~

1 x 1/65 (RSWA)

1 Berlin 21, den ~~11. November 1964~~ 32
Turmstraße 91

Fernruf 35 01 11 App. 247

An die
Staatsanwaltschaft

Um beschleunigte Übersendung

der Akten (mit eventuell dort angelegten Dokumentenbänden, Neben-
gegen Bänden als Beständen)

wird gebeten.

Sofern die Akten nicht entbehrlich sein sollten, wird um
Mitteilung des derzeitigen Sachstandes sowie um Übersendung
der Anklage- und Urteilsabschrift bzw. Abschrift der Schluß-
verfügung gebeten. Für beschleunigte Erledigung wäre ich
dankbar.

Im Auftrage
Schneider
Assessor

Beglaubigt

Justizangestellte

Le

1 Js 1/65 (RSHA)

Vfg.

bitte folgende Akten erfordern :

Sta München II 10a Js 39/60 ./.. K. Wolff

Sta Hamburg 141 Js 846/61 ./.. Allers u.a.
 141 Js 1957/62 ./.. Hoffmann u.a.
 141 Js 1312/63 ./.. Becker

Bl. 90
 Bl. 89

Zentralstelle Dortmund

45 Js 14/62 ./.. Wehrauch u.a.
 45 Js 16/62 ./.. Auerswald
 45 Js 1/64 ./.. Salzmann u.a.
 45 Js 3/64 ./.. Meyer u.a.
 45 Js 27/63
 45 Js 1/62 ./.. Dr. Losacker
 45 Js 6/63 ./.. Rehdantz u.a.

Bl. 48
 Bl. 56
 51/56 +
 Bl. 65 / 66

Sta Wiesbaden 6 Js 2/62 ./.. F.W. Krüger
 6 Js 935/62 " "
 8 Js 370/60 ./.. Schubert

Bl. 40
 Bl. 45
 Bl. 41

Sta Darmstadt 2 Js 1006/58 ./.. Brand u. Tumann
 2 Js 1017/58 ./.. Globocnik
 2 Js 1047/58 ./.. Ernst Thomas

30 37 15
 +
 + 55

Sta Augsburg 7 Js 383/60 ./.. Liebscher u.a.

Bl. 54

Sta Hannover 2 Js 431/56 ./.. Ritter
 2 Js 148/61 ./.. Keuck u.a.

+ Bl. 76
 Herrn Reissel vorgelegt 22.3.65

Sta Hanau 4 Js 341/59 ./.. Degenhardt

Sta Lüneburg 2a Js 551/59 ./.. Degenhardt u.a.

+ Bl. 152

18. 1/65 (RSAA)

34

✓ 1/ zu schreiben an StA Dortmund 2. Hd. von StA Walsen:

Bst.: Festiges A2. 45 Jys 24/63 - 16 Ks 1/63 StA Bochum
Bem.: Gld. Schreiben vom 8.2.65

Geld gelte ich Kollage
ich bestätige damit dankend den Eingang
Ihrer o.a. Schreibens in dem Sie die Befugigung
einer Urteilsabschrift / 1. Klasse erlauben. Offen-
sichtlich ist dies durch ein Versehen aber nicht
geschehen. Darf ich daher nochmals darum
bitten mir eine solche Abschrift übersenden zu
wollen.

2/ mit 18. 1/65 und Urteilsabschrift

Verantwortungsall
i. A.

15. FEB. 1965

in 1) Sch.

15/24
Schmerch
(Assessor)

34a

Urschr. mit 1 Anlage

der Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

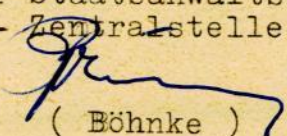
1 Berlin 21

Turmstr. 91

zu 1 Js. 1 - 65 (RSHA) übersandt.

Die Anlage wurde versehentlich dem hiesigen Schreiben
vom 8. 2. 1965 nicht beigelegt.

Dortmund, den 17. 2. 1965
Geschäftsstelle 45
der Staatsanwaltschaft
- Zentralstelle -


(Böhnke)
Justizangestellter.



35

1 Js 1/65 (RSA)

An die
Staatsanwaltschaft

z.Hd. von Herrn
Staatsanwalt W a l d e n

46 D o r t m u n d

Betrifft: Dortiges Aktenzeichen 45 Js 27/63 - 16 Ks 1/63
StA. Bochum

Bezug: Ihr Schreiben vom 8. Februar 1965

Sehr geehrter Herr Kollege,

ich bestätige hiermit dankend den Eingang Ihres o.a. Schreibens,
in dem Sie die Beifügung einer Urteilsabschrift gegen
B l a c h e erwähnen. Offensichtlich ist dies durch ein Ver-
sehen aber nicht geschehen. Darf ich daher nochmals darum
bitten, mir eine solche Abschrift übersenden zu wollen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

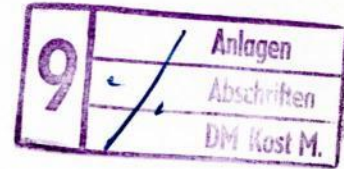
Le

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 41/61
Bitte bei allen Schreiben angeben!

36
11.2.1965
46 Dortmund, den
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 52 78 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht



1 Berlin West 21
Turmstraße 91

Betrifft: Dortiges Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 (RSHA)

Bezug: Dortiges Schreiben vom 27. Januar 1965
- 1 Js 1/65 -

Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 45 Js 41/61 richtet sich gegen Angehörige der Gestapodienststelle Neu-Sandez Distrikt Krakau sowie der im Raume Neu-Sandez stationiert gewesenen Gendarmerie.

Unmittelbare für das dortige Verfahren bedeutsame Erkenntnisse über die Einschaltung und Mitwirkung des RSHA bei den Judenvernichtungsmaßnahmen haben sich in dem hiesigen Verfahren nicht ergeben. Nach den Angaben der Angeschuldigten und Zeugen sind die Befehle und Anordnungen zur Tötung der Juden zum Teil unmittelbar durch den SSPF Krakau, in anderen Fällen über den KdS Krakau erteilt worden. Dem weiteren Befehlsweg zu oberen Dienststellen ist im hiesigen Verfahren nicht nachgegangen worden.

Die Voruntersuchung ist geschlossen. Ich bin z.Z. mit der Fertigung der Anklageschrift gegen 16 Angeschuldigte befaßt.

Im Auftrage:

Walden
(Walden)

Staatsanwalt

2 F. 1006/58

37

A. R.

Ihr Ersuchen

vom 25. 1. 1965 Aktenz. 1 F 1/65 (RFA)

betr. Brand n. Tümmen

haben wir — zuständigkeitshalber — an die Rechtsanwaltschaft in
Hamburg zu 141 F. 107/60 zur — weiteren — Erledigung abgegeben.

Die Abgabe dorthin erfolgte am 14. 1. 1960

Darmstadt, den 15. Feb. 1965

Geschäftsstelle 2 der Staatsanwaltschaft

Reichart, Just. Rat

S. 53 (Zugleich AG. 17 u. AA. 20)

Nachricht von Abgabe eines Ersuchens an eine andere Behörde

Strafanstalt Darmstadt

(5. 63 5 000)



POSTKARTE

DEUTSCHE
BUNDESPOST

015



Karton

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe

1

Berlin 21

Münster. 91

1. 1/65 (RSHA)

38

1/ zu senden an die Ortspolizeibehörde
in Kempten:

BKA: Heinz Mayr, geb. am 23. 3. 13
in Weilheim/Ob.

Das BKA teilte mir mit, daß ein Mayr,
bei dem es sich um den Angekauften
handeln könnte, am 11. 8. 1954 wegen falscher
Namensführung in Kempten ed- behandelt
worden ist. Daß ich um Mitteilung bitten
kann, ob dort der derzeitige Aufenthaltsort des Mayr
bekannt ist, und ob das damalige Ver-

haben irgendwelche Kenntnisse hinsichtlich -
auch ~~das~~ dessen Tätigkeit zwischen 1933 -
und 1945 gebracht hat. Gegebenfalls bitte
ich um kurzfristige übersendung der
betroffenen Akten.

2/

15. 2. 65

i. A.
Schm (brenner)

16. FEB. 1965 L
zu 1) Schb. 2 x

39

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Ortspolizeibehörde

896 K e m p t e n

Betrifft: Heinz M a y r , geboren am 23. März 1913 in
Weilheim/Obb.

Das BKA teilte mir mit, daß ein M a y r , bei dem es sich um den Obengenannten handeln könnte, am 11. August 1954 wegen falscher Namensführung in Kempten ed-behandelt worden ist. Darf ich um Mitteilung bitten, ob dort der derzeitige Aufenthalt des Mayr bekannt ist, und ob das damalige Verfahren irgendwelche Erkenntnisse hinsichtlich dessen Tätigkeit zwischen 1933 und 1945 gebracht hat. Gegebenenfalls bitte ich um kurzfristige Übersendung der betreffenden Akten.

Im Auftrage
Schneider
Assessor

Le

DER OBERSTAATSANWALT

bei dem Landgericht
- 6 Js 935/62 -

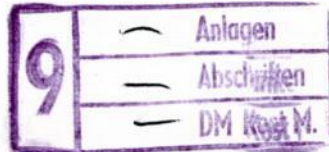
40
62 Wiesbaden, den 15. Februar 1965
Telefon: 5 93 21



An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 B e r l i n 21

Turmstraße 91



Betr.: Verfahren gegen K r ü g e r (NSG).

Bezug: Dortige Anfrage vom 25.1.1965 - 1 Js 1/65 (RSA).

Die Akten sind z.Zt. nicht entbehrlich. Das Verfahren steht kurz vor dem Abschluß. Es wird voraussichtlich eingestellt werden. Die Ermittlungen haben sich im wesentlichen ^{auf} über die Frage erstreckt, ob der Beschuldigte Friedrich Wilhelm Krüger, früher HSSPF-Ost und Staatssekretär des Sicherheitswesens im GG, tatsächlich, wie immer behauptet worden ist, tot ist. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen muß dies mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden. Vorsorglich habe ich die Verjährung unterbrechen lassen.

Im Auftrag

Dr. Wagner
Staatsanwalt

DER OBERSTAATSANWALT

bei dem Landgericht

- 8 Js 1145/60 -



41
62 Wiesbaden, den 15. Februar 1965
Telefon: 59321

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -



1 B e r l i n 21

Turmstraße 21

Betr.: Hiesiges Verfahren gegen S c h u b e r t , 8 Js 370/60
(NSG).

Bezug: Dortige Anfrage vom 25.1.65 - 1 Js 1/65 (RSHA) -.

Das hiesige Verfahren 8 Js 370/60 ist mit dem Verfahren 8 Js 1145/60 verbunden worden. In dem Verfahren 8 Js 370/60 werden die Gewaltmaßnahmen der ehemaligen Angehörigen der Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei des SD in Lublin sowie der Außenstellen Colm und Zamosc untersucht. Die Akten sind z.Zt. nicht entbehrlich, umfassen außerdem jetzt 55 Bände und ca. 30 Leitzordner mit Beiakten und Dokumenten.

In dem Verfahren ist die gerichtliche Voruntersuchung schon vor längerer Zeit geschlossen worden. Die Staatsanwaltschaft bereitet die umfangreiche Anklageschrift vor. Wegen weiterer Einzelheiten des Verfahrens darf ich auf meinen Voruntersuchungsantrag vom 26. 3. 1962 verweisen, von dem ich mit Schreiben vom 24. 9. 1964 zu dem dortigen Verfahren 1 AR (RSHA) 210/64 einen Abzug und mit Schreiben vom 19. 11. 1964 zwei weitere Abzüge übersandt habe. Inzwischen sind sämtliche Überstücke des Voruntersuchungsantrages vergriffen.

Post 52

Im Auftrag

Dr. Wagner
Dr. Wagner
Staatsanwalt

1 g 1/05 (RSHA)

42

2/5

1/ Bitte sperren

Vollstreckungsarten

Georg Schöbel

AG Vierzehn

8 II 126/54

2/ Vorl. nach Eingang

Dr. 15.2.65

Seh

zu 1) H. ef.

18. Feb. 1965

He

Dr. 24.2.65
Seh
M 8/21

DER OBERSTAATSANWALT
bei dem Landgericht

Az.: 4 Js 1017/59

Ihr Zeichen:

6 FRANKFURT (MAIN),
Postfach 2745
Telefon: 28671
Heiligkreuzgasse 34

15. Februar 1965

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe (BSHA) -
- zu Händen von Herrn Assessor Schneider -

B e r l i n 21
Turmstraße 91

Betrifft: Endlösung der Judenfrage in Ungarn.

Bezug: Besprechung vom 1. und 4. Februar 1965.

Anlagen: 1 Aktenvermerk,
8 Fotokopien.

Sehr geehrte Herr Kollege!

Als Anlage übersende ich Ihnen eine Durchschrift des Vermerks
über die mit Ihnen geführten Besprechungen sowie die erbetenen
Ablichtungen aus den Unterlagen des Auswärtigen Amts.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag:

Wagner
(Wagner)

Staatsanwalt

1 Gs 1/65 (RSAH)

44

Uff.

✓ zu schreiben an StA Zettendorf
2. Hl. von StA St. Schmal:

Bett.: Zettendorfs Nr. 45 Gs 27/61 -/1. Betenckel u. a.

Bering: Gls Schreiben vom 3.2.1965

Soll gelehrt sein Kollege

ich bestätige hiermit dankend den Erhalt des
o. a. Schreibens und der beigefügten Inbegriff-
schrift. Soll ich fragen, ob ich Sie für meine
Arbeiten inbegriffen kann, oder ob Sie dort wechel
benötigt wird

Überdies wäre ich dankbar, wenn mir ob

Sachsland - ob dertigen Akten für wenige
Jahre zur Einsicht übersandt werden könnte.
Es enthält offenbar einige hier nicht vorliegende
Dokumente die die letzten Verhandl. be-
treffen. ~~Rückgabe~~

Vordruckungsfall
i. A.

Bu. 17.2.65

Schmidt
(Abessat)

gt. 19.2.65 St4
Tomb. ~~19.2.65~~

100 30 63

1 g 1/65 (RSHA)

45

~~See See~~

1.1) Bitte prüfen

R

soeben klingelnden Rott

4 II 32-49

AG bestimmt - Härke

2.1) Verl. nach Eingang

Bu. 18.2.65

See

zur) H. af.

19. Feb. 1965 See

1. 1/65 (RSHA)

46

✓ 1./ zu schreiben an AG München Registratur S
Mara - Kief - Platz :

In einem viel geübten Ermittlungsverfahren
ist mir bekannt geworden dass ein
Willi Dienst, geb. 1. 1. 1912, im Oktober
1944 im Guten - u. Abertsager Künzberg -
Lagerhaus interniert gewesen ist. Ich
bitte um Mitteilung ob dort der gegenwär-
tige Aufenthaltsort des Benannten bekannt
ist und um Nachricht wohin Dienst aus
dem Lager entlassen worden ist. Sollten

Sprachkammern vorhanden sein darf
ich um die baldmöglichste übersendung bitten.

i.A.

Bln. 16.2.65 Stenard
(brenner)

H. 19.2.65
zu 1/5.10.65 + 22

1. 1/65 (RSHA)

47

✓ 1.) zu schreiben an ^{VK} Ortspolizeibehörde
in Seel / Ostfriesland:

In einem hier geführten Ermittlungsverfahren
ist bekannt geworden, daß ein Hans Bürges
geb. 2. 1. 1902 in Berlin, zuletzt Wohnhaft gewesen
in Berlin - Steglitz ~~Berlinstraße~~ Berlinische Str. 10,
im Jahre 1944 die Absicht hatte, in Seel
Wohnung zu nehmen, wo sein Vater,
Heinrich Bürges, in der Jöringstraße 99 wohnte.
Ich bitte um Auskunft, ob Hans Bürges
in Seel wohnt bzw. gewohnt hat und

gegebenenfalls zur Ausgabe seines Wertigen
Chiffenthaltes, ~~Wach~~ nach dem ich sofort-
ebenfalls auch den benannten Herrn
Bürger zur Befolgen bitte.

Dr. 16.2.65 i. A. Schenck
(bressa)

gt. 19.2.65 Sch
zu 1/2 Send. + 20

Dr. 20.2.65
Sch.

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 16/62
Bitte bei allen Schreiben angeben!

48
46 Dortmund, den 18.2.1965
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 52 78 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21
Turmstraße 91



8	Anlagen
	Beschriften
	DM Kost M.

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Rechtsanwalt
Heinz Auerswald aus Düsseldorf wegen Mordes

Bezug: Schreiben vom 25. Januar 1965

Vorgänge dort bei 1 Js 1/65 (RSA)

Auf vorbezeichnetes Schreiben bedauere ich, dem Ersuchen um Aktenübersendung nicht entsprechen zu können, da die Vorgänge hier z.Z. nicht entbehrlich sind.

Im hiesigen Verfahren dauern die Ermittlungen noch an. Sie haben bisher einen hinreichenden Tatverdacht gegen den Beschuldigten nicht erbracht. Es stehen jedoch noch die Aussagen weiterer, neu bekanntgewordener Zeugen aus. Ferner bedürfen vier Aktenordner mit Urkunden der Auswertung, die von dem Sachverständigen Dr. von Krannhals und über den World Jewish Congress in New York beschafft worden sind.

Im Auftrage:

Wertgen
(Wertgen)
Gerichtsassessor

DER OBERSTAATSANWALT

bei dem Landgericht

- 6 Js 2/62 -

46
62 Wiesbaden, den 17. Februar 1965

Telefon: 59321

8	Anlagen
	Abschriften
	DM Kost M.

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21

Turmstraße 91

Betr.: Verfahren gegen K r ü g e r (NSG).

Bezug: Dortige Anfrage vom 25.1.1965 - 1 Js 1/65 (RSA) -.

Die Akten sind zur Zeit nicht entbehrlich. Das Verfahren steht kurz vor dem Abschluß. Es wird voraussichtlich eingestellt werden. Wegen des Inhalts darf ich auf mein Schreiben vom 15. 2. 1965 - 6 Js 935/62 - zu dem dortigen Verfahren 1 Js 1/65 verweisen.

Im Auftrag

Dr. Wagner
Dr. Wagner
Staatsanwalt

**Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Hamburg**

Geschäfts-Nr.: 141 Js 1957/62

Bitte bei allen Schreiben angeben!

2 Hamburg 36, den 17. Februar 1965

Strafjustizgebäude, Sievekingplatz 3

Fernsprecher 34 10 9 714

Behördennetz 9.43 (")



An den

Herrn Generalstaatsanwalt
- Arbeitsgruppe RSHA -
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21

Turmstraße 91

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Hoffmann u.a.
wegen Beihilfe zum Mord.

Bezug: Ihr Schreiben vom 25.1.1965 - 1 Js 1/65 (RSHA).

Auf Ihr vorgenanntes Schreiben teile ich Ihnen mit,
daß die Akten hier nicht entbehrlich sind. Die Er-
mittlungen der Staatsanwaltschaft gegen 15 Beschuldigte
sind im wesentlichen abgeschlossen. Gegen diese Be-
schuldigten wird noch in diesem Monat Antrag auf Er-
öffnung der Voruntersuchung gestellt werden, gegen wei-
tere 320 Beschuldigte wurde das Verfahren abgetrennt.

Im Auftrage:

(Danker)

Staatsanwalt

He
51
Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21, den 25. Januar 1965
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11 App. 247

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft



2 H a m b u r g

Um beschleunigte Übersendung

der Akten 141 Js 1312/63

(mit eventuell dort angelegten Dokumentenbänden,
Nebenbänden oder Beistücken)

gegen B e c k e r

wird gebeten.

Sofern die Akten nicht entbehrlich sein sollten, wird um
Mitteilung des derzeitigen Sachstandes sowie um Übersendung
der Anklage- und Urteilsabschrift bzw. Abschrift der Schluß-
verfügung gebeten. Für beschleunigte Erledigung wäre ich
dankbar.

Im Auftrage
Schneider
Assessor

Beglaubigt
Leich
Justizangestellte

V.



Unschuldig

an den Generalstaatsanwalt
beidern Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

- Berlin -

zurück. Das Ermittlungsverfahren ist noch nicht
abgeschlossen; die Fakten sind daher nicht entbehrlich.

Hamburg, den 18. FEB. 1965
Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
Im Auftrage

Kraemer

1. Jg 1/65 (RSHA)

52

zu schreiben an die ^{VP} Leitende Stelle in Ludwigshafen:

Besugnehmend auf Ziff. 96/64 des dortigen Rund-
schreibens vom 15. 10. 1964 darf ich nun auch
früher Überreichung eines Exemplars des von
H. von Kumbach mit Zudenverfolgung im Justiz-
ministerium erstatteten Gutachtens mit Ansicht-
nahme bitten. Abkaldige Rückgabe sichere ich zu.

gef. 23.2.64 Sch
2. Schb. f. a.

i. A.
Schneid
(Abschal)

+ 91/92

1/2 1/65 (RSHA)

53

Uf

zu schreiben an Ständesamt Koblenz:

Bef.: Ostler, Kurt (P. Otkowski) - Bg. d/2. 7/48.

Es obgenannte Kurt Ostler soll am 11.5.48
verstorben und sein Tod dem Ständesamt
Koblenz unter Bg. d/2. 7/48 bescheinigt sein.
Falls dies zutrifft, bitte ich um baldmögliche
Überendung einer Sterbeschein.

Bu. 15.2.65

i. A.
Schmidt
(Chefsass.)

44.22.2.65502
Schb. + ab

21

1. 1/65 (RSHA)

54

Ug.

Sie schreiben an Landesamt Hofheim / Taunus.

Betr.: Hans Beyl, geb. 29.3. 1901 in Berlin

Ob Angekündete Hans Beyl soll am
1.7. 1957 verstorben und ob sich dort
unter Reg. Nr.: 114/1957 befindet sein
falls dies zutrifft, bitte ich um bald-
mögliche Übersendung einer Sterbeurkunde

Dr. Schenck (Assessor)

15.2.65

gef. 19.2.65 SCS
Sch. + ab

AL. 2. 2

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Darmstadt

- 2 Js 1o47/58 -

(Aktenzeichen im Schriftwechsel angeben)

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 - Berlin - 21
Turmstr. 91



61 DARMSTADT, den 15.2.65
Mathildenplatz 14
Durchwahl: 81/ 840
Sammelruf: 811

58

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Ernst Karl Thomas zul. Buchholz-Dippersdorf, wegen Mordes-

Bezug: Ihr Schreiben vom 25.1.1965 - 1 Js 1/65 (RSHA) -

Als Anlage übersende ich Ihnen die Akten zur Einsichtnahme. Ich bitte um baldige Rückgabe der Akten, damit die Verjährung rechtzeitig unterbrochen werden kann.

Auf Anordnung

(Ewald, Justizhauptsekretär) / Rt

B.A. Kamen
22.3.65
SO

37 gets. Lee 1201
23. Feb. 1965

Vermerk: Hr. (Ernst Karl geb. 10.5.1900 in
Draas / Sachsen) KK. soll als
Zustupochef in Kielce (Polen) im
Sommer 1942 Zuckers für volldieses
relektiert haben. Hauptthall im
bekannt.

Keine unterlagen für hierige Bd -
falle.

**Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund**

Geschäfts-Nr.: 45 Js 3/64
Bitte bei allen Schreiben angeben!

56
18.2.1965
46 Dortmund, den
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 52 78 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
-Arbeitsgruppe-

1 Berlin 21
Turmstrasse 91



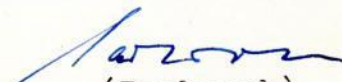
2	Abschriften
	DM Kohl M.

Betrifft: Verfolgung nationalsozialistischer
Gewaltverbrechen

Bezug: Dortiges Schreiben vom 25.1.1965
- 1 Js 1/65 (RSHA) -

Die Akten gegen Meyer u.A. sind nicht
entbehrlich und werden noch längere Zeit
benötigt. Die Ermittlungen befinden sich
im Anfangsstadium. Abschliessende Ver-
fügungen sind daher noch nicht ergangen.
Ich bedauere, Sie im Augenblick nicht
weiter unterstützen zu können.

Im Auftrage


(Barbrock)
Staatsanwalt

STAATSANWALTSCHAFT
bei dem Landgericht
AUGSBURG

7 Js 383/60 a-d

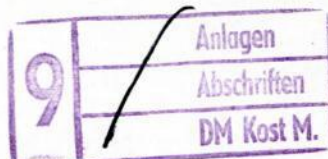


AUGSBURG, den 16. Febr. 1965
19 Augsburg 1 Grottenau, Althofach
Fernruf 2 19 21 - 2 19 28

57

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 B e r l i n 21
Turmstr. 91
- Arbeitsgruppe -



Betreff: Ermittlungsverfahren gegen N. L i e b s c h e r u.a.
wegen Mordes (NSG)

Zur Anfrage vom 25. Januar 1965 - 1 Js 1/65 (RSA)

Dem Ersuchen um Übersendung der Akten vermag ich nicht zu entsprechen.

Die Ermittlungen nach dem Aufenthalt der Beschuldigten und die Untersuchung der ihnen zur Last gelegten Straftaten im Distrikt Warschau werden zur Zeit noch von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg (unter Aktenzeichen 11 AR - Z 14/63 und 11 AR - Z 362/59) geführt. Dort befinden sich auch die einschlägigen Akten.

In Hinblick auf die drohende Verjährung der Strafverfolgung dürften die Akten derzeit kaum entbehrlich sein.

K. Heiligmann
(Dr. Heiligmann)

Erster Staatsanwalt

1 Js 1/65 (RSHA)

Vfg.

V e r m e r k :

In der Vernehmung vom 18. Februar 1965 hat die Zeugin Eva S c h m i d t (Psch 57) einen Regierungsrat S c h o l z als Vorgänger von Dr. P l ö t z und Leiter der Attachégruppe bzw. der Vorgängerreferate genannt. Sie hat angegeben, Regierungsrat Scholz sei später zum Reichsluftfahrtministerium gegangen. Aus den DC-Unterlagen betreffend Christian Scholz (Psch 95) ergibt sich, daß dies offenbar der Genannte ist. Er ist am 26. April 1941 zum Reichsluftfahrtministerium beurlaubt worden. Als Beschuldigter kommt Scholz für 1 Js 1/65 (RSHA) nicht in Betracht, da er bereits im April 1941 aus der Attachégruppe ausgeschieden ist. Im übrigen ist er auch angeblich für tot erklärt worden.

Berlin, den 17. Februar 1965

Schneider
Assessor



1. 1/65 (RSHA)

59

1.1.) zu schreiben mit 2 Durchschlägen:

Anmerk.: In der Bescheinigung vom 18. 2. 1965 hat die Leutnantin Eva Schmitt (Psch 57) einen RR Scholz als Vorgänger von St. Rote und Seiber als Mitarbeitergruppe bzw. als Vorgängersprekate genannt. Sie hat angegeben RR. Scholz sei später zum Reichsluftfahrtministerium gegangen über den D-Unterlagen Belt. Oresten Scholz (Psch 95) gibt sich als dies offenbar als Genannte ist. Er ist am 26. 4. 1941 zum Reichsluftfahrtministerium überstellt worden. Als Beschuldigter kommt Scholz für 1. 1/65 (RSHA) nicht in Betracht, da er bereits im

April 1941 aus der Ottachengruppe ausgeschieden
ist. In übrigen ist er auch angeblich für tot
erklärt worden.

- 2/ ^{Verhaft d. 4/4}
~~Original~~ in 1 Durchschlag
mit vorlegen.
- 3/ 1 Durchschlag des Vermerks
zu Psch 55 in Psch 57
nehmen.

Den. 2. 1965



24. 25. 2. 65 Sln
zu 1/ Reinschr. 3x

1. 1/65 (RSA)

60

zu eingekl.
22/2. L

✓. als weiteren ^{Vf.} Beteiligten zu 1. 1/65
(RSA) einzutragen
Hans-Joachim Mühlberg (II B 4)

2/ Wo.

Bd. 19. 2. 65
Sch

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

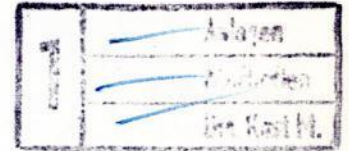
Geschäfts-Nr.: 45 Js 1/64
Bitte bei allen Schreiben angeben!

61
46 Dortmund, den 23.2.65
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 52 78 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 B e r l i n 21

Turmstraße 91



Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Salzmann u.a.
wegen Beihilfe zum Mord.

Bezug: Aktenanforderung zum dortigen Aktenzeichen
1 Js 1/65 (RSHA) vom 25.1.1965

Die angeforderten Vorgänge sind zur Zeit nicht entbehrlich.
Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen stehen unmittelbar
vor dem Abschluß. Anschließend werden Nachvernehmungen
durch den unterzeichneten Sachbearbeiter vorzunehmen sein,
bevor das Verfahren abgeschlossen werden kann.

Im Auftrage:

Heimeshoff

(Heimeshoff)
Gerichtsassessor

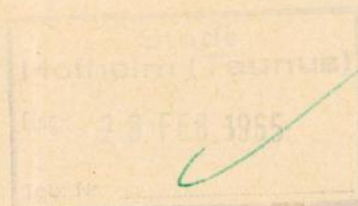
Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21. den 15.2.65 ~~1964~~
Turmstraße 91
Fernruf 35 01 11 App. 247

1 AR (RSA) /64

1 Js 1/65 (RSA)

An das
Standesamt



H o f h e i m / Taunus

In der Vorermittlungssache gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes wird um Übersendung einer be-
glaubigten Abschrift der Sterbeurkunde betreffend
Franz B e y e r

geboren am 29. März 1901 in Berlin
gebeten.

Soweit hier bekannt, soll Beyer am 1. Juli 1957 verstorben

und der Tod dort unter der Reg.-Nr. 114/1957
beurkundet sein

Auf Anordnung:

Schulz

Justizangestellte

Der Standesbeamte

6238 Hofheim am Taunus, den 23. Feb. 1965

8	1	Anlagen
	1	Abschriften
		Dr. Kost M.



Urschr.

dem
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Arbeitsgruppe

1. Berlin 21
Turmstraße 91

mit der gewünschten beglaubigten Abschrift aus dem Sterbebuch Nr. 114
übersandt.

[Signature]

- 1/2*
- ✓ 1.) *ne. G.S. Karte m. d. B. um entspr. Ergänzung
der Karte*
 - ✓ 2.) *Sterbeurkunde Bzgl. zum Personalheft Pg 69
nehmen.*
 - 3.) *Kop. ins Archiv einlegen*

*Bz. 25.2.65
Sb.*

*Inr. bereits entspr. ergänzt
26.2.65 Yk.*

62

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

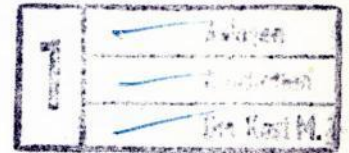
Geschäfts-Nr.: 45 Js 27/61
Bitte bei allen Schreiben angeben!

46 Dortmund, den 24.2.65
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 52 78 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 B e r l i n 21

Turmstraße 91



Betr.: Strafsache gegen Bolender u.A.

Bezug: Ihr Schreiben vom 17.2.65 - 1 Js 1/65 (RSA) -

Der Ihnen übersandte Abdruck der Anklageschrift kann dort verbleiben.

Wegen der etwaigen Überlassung des Sonderbandes I darf ich Sie bitten, sich unmittelbar mit dem Vorsitzenden der Strafkammer III des Landgerichts Hagen/Westf. (Herrn LGDir. Müller) zu 45 Js 27/61 StA Dortmund = 11 Ks 1/64 StA Hagen in Verbindung zu setzen.

Im Auftrage:

(Dr. Schermer)
Staatsanwalt

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 27/61
Bitte bei allen Schreiben angeben!

64
46 Dortmund, den 3.2.1965
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 52 78 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

3 PK

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- betr. RSHA -

1 Berlin 21
Turmstr. 91



Betrifft: Strafsache gegen Bolender u.a.
wegen Mordes (Vernichtungslager
Sobibor / Polen).

Bezug: Ihr Schreiben vom 27.1.1965
- 1 Js 1/65 (RSHA) -

Anlage: Abdruck der Anklageschrift vom
30.6.1964 - 45 Js 27/61 - *So.*

Wunschgemäß übersende ich die Anlage.

Wegen der "Hintergründe" der "Aktion Reinhard"
(Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka)
nehme ich auf Bl. 109 bis 143 der Anklageschrift
Bezug.

Weitere Erkenntnisse liegen nicht vor. Die Vor-
gänge werden für längere Zeit nicht entbehrlich
sein.

Im Auftrag:

[Signature]
(Dr. Schermer)
Staatsanwalt

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt

in Dortmund

Geschäfts-Nr.:
Bitte bei allen Schreiben angeben!

45 Js 6/63

65
46 Dortmund, den 25.2.1965

Saarbrücker Str. 5-9
Fernruf: 5278 21 - 29
Fernschreiber: 0822 451
Postfach:

An den
Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht -Arbeitsgruppe-

1 B e r l i n
Turmstraße



8	Anlagen
	Abschriften
	DH Kost M.

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den
Polizeihauptkommissar Carl Reh-
dantz in Essen -Bredeney, Wolfs-
bachweg 30, u.A. wegen Beihilfe
zum Mord

Bezug: Ihr Schreiben vom 25.1.1965
- 1 Js 1/65 (RSA) -

Anlage: Ablichtung der richterlichen Ver-
nehmung Rehdantz in 45 Js 1/61
vom 25.7.1963

Gegenstand des Ermittlungsverfahrens ist
die Mitwirkung des Polizeiregiments 26 bei
der Räumung des Gettos von Bialystok im
August 1943.

Während das II. und III. Bataillon des Re-
giments die äußere Absperrung des Gettos
bildeten, waren das I. Bataillon ohne die
1. Kompanie und Teile des Regimentsstabes
(Nachrichtenzug) im Innern des Gettos ein-
gesetzt. Kommandeur des I. Bataillons war
der damalige Major der Schutzpolizei und

jetzige Polizeihauptkommissar Carl Rehdantz.

Nach den Feststellungen wurde das Regiment auf dem Marsch von den Karpathen - es war dort gegen die Kolpak-Bande eingesetzt - nach dem Nordabschnitt der Ostfront in Bialystok angehalten und zur Mitwirkung bei der Räumung des Gettos herangezogen. Von wem der verstorbene Regimentskommandeur Oberst Streblow den Befehl dazu erhalten hat, ist bisher nicht geklärt worden.

Da die Akten zur Zeit nicht entbehrlich sind, habe ich für die dortigen Vorgänge eine Ablichtung des Protokolls über die richterliche Vernehmung des Rehdantz in der Sache gegen Dr. Zimmermann (45 Js 1/61) beigelegt.

In Auftrage:



(Schaplow)

Staatsanwalt

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Darmstadt

- 2 Js 1o17/58 -

(Aktenzeichen im Schriftwechsel angeben)

An den
Herrn
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 - B e r l i n - 21
Turmstraße 91

61 DARMSTADT, den
Mathildenplatz 14
Durchwahl: 81/ 84o
Sammelruf: 811

15.2.65



Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Odilo Globocnik in Klagenfurt,
wegen Mordes -

Bezug: Ihr Schreiben vom 25.1.1965 (1 Js 1/65 (RSA)) -

Als Anlage werden Ihnen die Akten zur Einsichtnahme übersandt.

Auf Anordnung

(Ewald, Justizhauptsekretär)

/ Rt

3A *Handwritten initials*

26.2.65

80

37 gets
- 1. März 1965

1/1 Gp 1/65 (RSA)

68

UF

~~alt sch~~
Ba. Gt. Stark

1/1 Bitte aus 8 S, Gp 309/47
folgende Abänderungen.

Ba. 1, 2, 4, 5, 10, 36, 37, 25, 26,
~~1~~, ~~1~~, ~~1~~, ~~1~~

2/1 wo. alsdann mit
Post 6 = 1AR(RSA)
670/65

Ba. 24. 2. 65
Sch.

UF

BA trennen

Ba. 26. 2. 1965
Sch.

BA geht
26 FEB. 1965

**Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft**

bei dem Landgericht Bielefeld

Geschäfts-Nr.: 9 Sp Js 309/47 Ber.

Bielefeld, den 12.2.1965

Postfach: 200

Fernsprecher: 6 32 41

Fernschreiber: 0 932 632

69

Auf das Schreiben vom 8.2.1965

- 1 Js 1/65 (RSA) -

werden die Akten:

Walter Stark



mit der Bitte übersandt, sie nach Gebrauch wieder hierher zurückzugeben.

An den Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Hörmann
(Hörmann)
Justizangestellter

B e r l i n 21

Turmstr. 91

1 Bz 1/65 (RSHA)

70

1/65
In schreiben an das Landgericht Hagen / Westf.
Stofkammer III 2. Bd. von L. Die Müller:

~~Bz~~: Stofsache gegen Bolender u. a. dertiges
A2. 45 Bz 24/61 StA Dortmund =
11 Ks 1/64 StA Hagen.

Selbst gestelltes Ks Landgerichtschlichtes
ich führe unter dem A2. 1/65 (RSHA) ein
Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen
des Verdachts der Beteiligung an Mafßnahmen
wie im Rahmen der sog. Endlösung
der Judenfrage. Meine Ermittlungen erstrecken
sich auch auf die Verhinderung der Juden

in Polen die sog. "Kation Reichardt", ~~der~~
~~den Verkauf~~ ^(der ist) ~~ist~~ bekannt geworden, daß
in einem Sonderband T des O.A. Stif-
alsten gegen Reichardt u.a. Dokumente ent-
halten sein sollen die die Kation Reichardt
betreffen. Darf ich aus diesem Grunde bitten
mit dem Sonderband T nach Möglichkeit
für wenige Tage zur Ansicht zu versenden,
da sicher entsprechende Rückgabe zu.

Hochachtungsvoll
i. A.

Bln. 26.2.65

mit zur Unterschrift

Schmerch
(Assessor)

gg. 2.3.65 Sch.
Sonne.

11/2/3.65 f

1 Js 1 / 65 (RSHA)

Vfg.

71

1. Herrn L. d. Arbeitsgruppe z.K.

2. zu schreiben an Staatsanwaltschaft München I z.Hd. von
Sta Dr. Straßer :

*Vorbereitungen gegen Angehörige des ehem. NSDAP wegen hiesiger
hier: < wie Anlage >*

Betr.: ~~Dortiges Az. 116 Js 36/64~~ / *Schöll*

Bezug : Ihr Schreiben vom 19. 2. 1965 - 116 Js 36/64 -

Sehr geehrter Herr Kollege,

das an den Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht in Berlin gerichtete o.a. Schreiben ist mir zuständigkeitshalber zur Erledigung zugeleitet worden.

Auf Ihre Anfrage teile ich Ihnen mit, daß sich im Zuge der hier geführten Ermittlungen keine Erkenntnisse bezüglich Schöll ergeben haben. Unterlagen, die Ihre Ermittlungen unterstützen könnten, liegen hier nicht vor.

3) *StA.*

Hochachtungsvoll

*H. 25.2.65 StA
zu 2) Schöll*

Bu. 24.2.65

*i.A.
Schneider (Abwasser)*

Aktenzeichen: 116 Js 36/64

Obiges Aktenzeichen bei Rückantwort erbeten



8 München 35, den
Postfach
Justizgebäude Maxburgstraße
(Fernruf: 55974)

19.2.1965

92

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Berlin

1 Berlin-West
Turmstraße 91



26. FEB. 1965

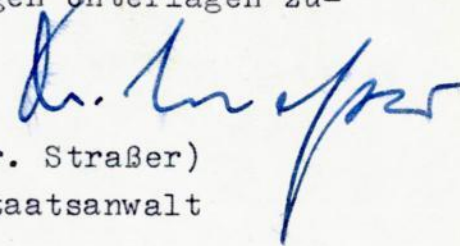
26. FEB. 1965

3 P(K)

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen S c h ö l l Franz Josef,
geboren am 28.5.1915 in Klösterl/Böhmen, wohnhaft in
München-Grünwald, Nördliche Münchner Straße 27
wegen Verdachts des Mordes (NSG)

Ich habe auf Anzeige hin ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Angehörigen des SS-Kavallerie-Regiments 5, Schöll, eingeleitet. Danach soll der Beschuldigte bei der Ermordung Admiral Canaris in Flossenbürg mitgewirkt haben. Ausserdem soll Schöll während eines 3-monatigen Aufenthalts im Konzentrationslager Auschwitz und später als "Sonderbeauftragter" des RSHA für Böhmen/Mähren, Ungarn und Kroatien bei Menschenvernichtungsaktionen mitgewirkt haben.

Ich bitte mir mitzuteilen, ob dort irgendwelche Erkenntnisse darüber vorhanden sind, ob Schöll tatsächlich als "Sonderbeauftragter des RSHA" für Böhmen/Mähren, Ungarn und Kroatien eingesetzt war. Gegebenenfalls bitte ich, mir die einschlägigen Unterlagen zukommen zu lassen.


(Dr. Straßer)
Staatsanwalt

1 Js 1/65 (RSHA)

Eilt

V.

1.) Bitte Abdrücke (Xerox je 2x) von den
in der Hülle befindlichen Dokumenten.

2.) Vermutl.: Die vorstigen Dokumente pp in den Akten
Js 141/60 fSTA Frankfurt/Main sind für das vor-
liegende Verfahren entweder uninteressant oder bereits
hier vorhanden.

3.) Mit Fot. w. v.

23/3/65

lg

Diese V. wird offen geführt (HA).

4/3/65

lg

Ein-
lieferungs-
schein

Bitte sorgfältig

V/ 042



Wert (in Ziffern)

1000.- DM

Freigebühr

850 Pf

Empfänger:

Generalanwalt
bei dem Oberlandesgericht
- gest. oder Verh. im Inst.

in Frankfurt a. M.

Postgewicht bei
vers. Wertpaket

4 kg 550 g

Postannahme:

[Signature]

Zur gefälligen Beachtung!

Die Angaben des Absenders auf dem Einlieferungsschein sind nur dann rechtsverbindlich, wenn sie mit den Angaben auf dem Hauptteil der Paketkarte übereinstimmen.

Höchstgewicht für Pakete
innerhalb der
Bundesrepublik: 20 kg

Kurze Mitteilungen für den Empfänger, z. B. Hinweise auf das Auftragschreiben, die Bestell-Nr., die Gesamtzahl der gleichzeitig eingelieferten Pakete usw., können in etwa 4 cm Breite am linken Rand der Paketaufschrift angebracht werden.

Die Deutlichkeit der Paketaufschrift darf durch die Mitteilungen nicht beeinträchtigt werden.

Be
Just

1 Js 1/65 (RSHA)
- 1 AR 123/63, Sachkomplex I -

74

U. Nur mit Luftpost! Wert: 1.000,- DM
1.1./Zu rder. (Kopt: Der Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht - Arbeitsgruppe -) unter
Beifügung der Akten Js 141/60 fStA + FM:

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Oberlandesgericht
Frankfurt/Main - persönlich o. V.i.A. -

Betr.: Ermittlungssache gegen Alois Brunner
wegen Mordes.

Anlagen: 4 Bände Akten Js 141/60 fStA - VS-V. -

Als Anlagen sende ich die dortigen Akten
- VS - Vertraulich - nach Auswertung zurück.

- 2.) Mir zur Unterschrift
- 3.) Diese Vg. wird offen geführt.
- 4.) z.d. HA

4/3/65

lg

14. MRZ 1965
für 1. Abt. 21x

1 Js 1.65 (RSHA)
- 1 AR 123.63, Sachkomplex I -

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Oberlandesgericht
- persönlich oder Vertreter im Amt -
6 F r a n k f u r t / M a i n

Betrifft: Ermittlungssache gegen Alois B r u n n e r
wegen Mordes

Anlagen: 4 Bände Akten Js 141.60 GStA - VS-V. -

Als Anlagen sende ich die dortigen Akten - VS-Vertraulich -
nach Auswertung zurück.

Im Auftrage

(Nagel)
Staatsanwalt

**Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft**

Hannover

Ort und Tag

18. Feb. 1965

Bitte bei allen Schreiben angeben:

Geschäfts-Nr.

22s 437/56

Anschrift

Fernruf

An die Geschäftsstelle
des Amtsgerichts - Landgerichts
der Staatsanwaltschaft

bei dem Kammergericht
in 1 Berlin 21
Türmstr. 91



Auf das Schreiben vom

25. 1. 65

- 17s 1/65 (RSA)

(Geschäftsnummer)

werden hiermit die Akten

22s 437/56

übersandt.

- 1/ Anwalt des Angeklagten
Kunze & Co. Berlin
Beschl. von Staatsanwaltschaft im GG
2/ BA Berlin

Kale, Basel

25. 1. 65

Seh

zu 2) BF gef.
- 3. März 1965

1/2 1/65 (RSHA)

44

✓ Bitte aus 4S, 6S3/47 Bie. / Castensen
folgende Ablichtungen:
Bl. 2, 3, 7,

2/ Wo. erschauen
mit Pc 13

Bl. 2. 2. 65
Sch.

BA - Kerner

Bl. 4. 3. 65
Sch.

BA gets.

- 8. März 1965
lee

**Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft**
bei dem Landgericht Bielefeld

Bielefeld, den 10.2.1965

Postfach: 200
Fernsprecher: 6 32 41
Fernschreiber: 0 932 632

Geschäfts-Nr.: 4 Sp Ls 653/47 Bie.



Auf das Schreiben vom 8.2.1965

- 1 Js 1/65 (RSA) -

werden die Akten:

Carl Carstensen

mit der Bitte übersandt, sie nach Gebrauch wieder hierher zurückzugeben.

An den Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht


(Hörmann)
Justizangestellter

Berlin 21

Turmstr. 91

**Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht**

Aktenzeichen: 141 Js 192/60

Hamburg 36, den 2. März 1965

Gerichtsgebäude, Karl-Muck-Platz 12

Fernsprecher 34 10 9

Behördennetz 43 (")

79

Bitte in allen Eingaben angeben!

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21
Turmstr. 91

Betr.: Ihre Aktenanforderung 2 Js 1006/58
betr. Brand und Thumann

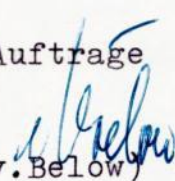
Bezug: Ihre Anfrage vom 25.1.1965
- 1 Js 1/65 -

Die Akten 141 Js 192/60 - Verfahren gegen Dr. Hahn u. And.
wegen Mordes (NSG), Tatort Warschau - sind hier unentbehrlich.
Ich kann sie Ihnen daher nicht zur Auswertung übersenden.

Bezüglich Alfred Brand ist das Ermittlungsverfahren mangels
Tatverdachts eingestellt worden.

Anton Thumann ist nach den hier vorliegenden Erkenntnissen
am 8.10.1948 in Pfaffenhofen verstorben.

Im Auftrage


(v. Below)
Staatsanwalt

1 8 1/65 (RSHA)

80

✓ 1. Bitte aus 8 II ^{Vf.} 126/54 Oes. Schwöbel
Ablichtung 30. 8

✓ 2. BA alsdann trennen. Ablichtung St. in
Balken vorlegen; Vff. an mich.

Blu 24. 2. 65
SS

✓ 1. Hand fassen zum
PH Schwöbel (Psd 235)

2) abip Vff. weiter ausführen
Vsi. 4. 3. 65

zu 2) 37 gets.

10. März 1965

SS

**Geschäftsstelle
des Amtsgerichts Tiergarten**

Geschäftsnummer: **Bodenregistratur**

..... *bet. Georg Schmöbel*
..... *gegen*

Auf das Schreiben vom *18. 2. 65.*

(
f-Band Akten: *1 B 7/65 (RSHA)*)

1 Berlin 21, den **22. Feb. 1965**
Turmstraße 91 – Wilsnacker Straße 3-5
Fernruf: 35 01 11 } App. *686*
innerbetriebl. (933) }

An *STA 4 Kammergericht*
(RSHA)
..... *im Hause*

Die beifolgenden Akten

8. II. 726. 54.

werden mit der Bitte übersandt, sie nach dem Gebrauch zurückzusenden.

✓
205.

(Name der absendenden Behörde)



Empfangsbekenntnis über die Zustellung (§ 5 Abs. 2 VwZG)

Aktenzeichen	Datum	Anlagen
1 Bz 1/65 (RSHA)	4. 3. 65	4 Bz. M.H.
1 AR 123/63 (Tuchkomplex I)		Bz 141/60 (G.H.A.)

abgesandt am **8. MRZ 1965**

empfangen am **- 9. März 1965**

Sofort zurückerbeten an

Geschäftsstelle **1 (RSHA)**
der Staatsanwaltschaft **Berlin**
1 Berlin, Türnstr. 91



(Unterschrift und gegebenenfalls Stempel des Empfängers)

Handwritten signature: Linn J.B.

18. 1/65 (RSHA)

83

UF

- 1./ Das Verfallen 4 AR 14/65 der StA streichen
und übernehmen.
- 2./ als AR-Sache eintragen
- 3./ als AR-Sache austragen
- 4./ Bitte abstrichen lassen Bl. 5-8 und
zu Prot. k. Bosshammer Prot. 113 nehmen.
- 5./ den Vorgang 1. Kryschele zum Prot. 11.
Prot. 153 nehmen
- 6./ bef. mit vorlegen

Bl. 2. 3. 65
Bl.

Feldblatt

84

Bl. 84 gegen " entleert und
zum PH Mayr, Heinz (Pur 133) genommen
(Aufenthalt mit Heilung Kripo Kempten).

9/8/65

ly

**Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht München II**

Mo.

Aktenzeichen: 10 a Js 29/60
(bitte bei allen Zuschriften angeben!)

8 MÜNCHEN 35, den 10.3.1965
Justizgebäude an der Eisenstr. 2a
Fernruf: 5 59 71

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München II

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
- Arbeitsgruppe -

1 B e r l i n 21
Turmstraße 91



Betreff: Ermittlungsverfahren gegen Wilhelm Zoepf
und Dr. Wilhelm Harster
wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord (NSG)

Zum dortigen Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 (RSHA)

Den im Betreff genannten Beschuldigten wird vorgeworfen, Beihilfe zur Ermordung von rund 100.000 Juden geleistet zu haben, die vom Durchgangslager Westerbork in Holland ab Mitte Juli 1943 überwiegend nach Auschwitz transportiert und dort getötet worden sind. Die Abschiebung dieser Juden erfolgte im Rahmen der sog. Endlösung der Judenfrage in Europa.

Dr. Harster war von Mai 1940 bis September 1943 BdS in den besetzten niederländischen Gebieten; der Beschuldigte Zoepf war "Judenreferent" (IV B 4) beim BdS in Holland.

Daß beide an der Judenfreimachung der besetzten niederländischen Gebiete aktiv in verschiedenster Form beteiligt waren, steht außer Zweifel; dies ergab sich zwangsläufig aus ihren Dienststellungen, ist dokumentarisch belegt und wird auch ohne weiteres eingeräumt. Die Beschuldigten bestreiten nur, gewußt zu haben, daß die "nach dem Osten" deportierten Juden getötet werden sollten.

86

Ich bitte um Mitteilung, ob im Zuge der dortigen Arbeiten betreffend das RSHA Dokumente gefunden worden sind, die in meinem Verfahren zum Nachweis des subjektiven Tatbestandes helfen können. Dabei denke ich nicht an die bereits allgemein bekannten Dokumente, wie sie beispielsweise von mir in der Anklageschrift gegen Karl Wolff zusammengestellt worden sind, sondern etwa an Schreiben, Rundschreiben, Erlasse insbes. des RSHA zur Behandlung der Judenfrage an die Sicherheitspolizeidienststellen (BdS, KdS, Gestapo (Leit-) Stellen u.s.w.), die auf Grund der dortigen Bemühungen neu gefunden oder gesammelt worden sind.

Für eine entgegenkommende Unterstützung meiner Ermittlungen wäre ich sehr verbunden und bedanke mich im voraus.



(Huber)
Erster Staatsanwalt

1. 1/65 (RSA)

87

VF.

1. 2. Bitte abkürzungen aus Niederlande 2
von D. 62, 63, 69, 70, 70a, 71, 72, 75, 78, 79, 99,
112, 114, 117, 130, 131.

2. Wo. abschauen

Bl. 16. 3. 65
SS.

**Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Essen**

- 29 AR 105/65 -

Geschäftsnummer:
(Bitte bei allen Schreiben die Geschäftsnummer angeben)



43 Essen, den

Fernruf: 771921
Fernschreiber: 0857 647
Postfach

11. 3. 1965. *88*

3. P.K.

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin

1 in Berlin-West 21
Turmstraße 91

17. MRZ 1965

Heim Am. Minister

Betrifft: Beteiligung von Angehörigen des Reichssicher-
heitshauptamtes an den Judenmaßnahmen des
"Dritten Reiches".

Anlagen: 6 Ablichtungen bzw. beglaubigte Abschriften.

Die Anlagen werden mit der Bitte um Kenntnisnahme und
evtl. Verwertung im Rahmen des dortigen Verfahrens gegen
Angehörige des früheren Reichssicherheitshauptamtes
überreicht.

Es handelt sich um Unterlagen, die in dem hiesigen Verfahren
gegen den ehemaligen Vortragenden Legationsrat Horst
Wagner festgestellt worden sind und für die dortigen
Vorgänge von Interesse sein könnten.

Dr. Franke

(Dr. Franke)

*Zu Dr. Bd. Fiedenkand
Jura...*

*Dr. 18.3.65
Sch.*

1. 1/65 (RSHA)

89

1/ ^{Uf.} hatte ablichtungen von
Bl. 64 58-65

2/ vom AG R Bülle 2. glo Kuntus. Bl. 12/3/65

3/ wo. ablassen mit P_t 24 (Hans Hansen)

1/ ^{Uf.} BA Hansen.

Bl. 1.3.65
Sch

Bl. 17.3.65

Sch.

BH geb.

18. März 1965 Me

**Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft**
bei dem Landgericht Bielefeld

Bielefeld, den 12.2.1965

Postfach: 200
Fernsprecher: 6 32 41
Fernschreiber: 0 932 632

Geschäfts-Nr.: 4 Sp Js 2994/48 Ber.

Auf das Schreiben vom 8.2.1965

- 1 Js 1/65 (RSHA) -



werden die Akten:

Harro Thomsen

mit der Bitte übersandt, sie nach Gebrauch wieder hierher zurückzugeben.

An den Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Mönn
(Hörmann)
Justizangestellter

Berlin 21

Turmstr. 91

1. 8. 1/65 (RS44)

91

W.

zu schreiben (i. mit und Unterschrift)

an Zentralstelle Buchungsamt

2. Hdt. von Oberstaatsanwalt Schick o. H. V. i. A.

Bst. Gutachten

Bering: 80 Schreiben vom 8. 3. 1965 - 41 - 57/11

Anlage: 1 Gutachten.

In der Anlage finde ich das mit freundlicherweise
zur Einsicht überlassene Gutachten von Dr. von
Kammlach "Zur Justizverrichtung im Justiz-
fernvernehmen 1941/43" zu meiner Entlastung
mit bestem Dank zurück.

94. 10. 3. 65 SA

~~7~~ Sam. 4 ab m. Anl. 18. März 1965

Dr. 11. 3. 65

Schickel (Absessal)

**Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen**

41 - 57/11

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

714 Ludwigsburg, den 8. März 1965
Schorndorfer Straße 28
Fernsprechananschluß:
Ludwigsburg Nr. 2221
bei Durchwahl 2222 App. Nr.

92

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
z.Hd.v.Herrn Oberstaatsanwalt
S e v e r i n o.H.V.i.A.

1 B e r l i n 21
Turmstrasse 91

11. März 1965
Herrn Ass. Schuler

Betr.: Gutachten

Bezug: Ihr Schreiben vom 22.Febr. 1965 -Az.: 1 Js 1/65 (RSA)-

Beil.: 1 Gutachten

Angeschlossen übersende ich das erbetete Gutachten von
Dr. von Krannhals "Zur Judenvernichtung im Generalgouver-
nement 1941/43" zur gefl. Kenntniss. Da es sich um das
einzige hier vorhandene Exemplar handelt, wäre ich für
die alsbaldige Rückgabe besonders dankbar.

Schüler

(Schüler)

Vfg.

zu schreiben an die StA München II z.Hd. von Herrn Ersten Staats-
anwalt H u b e r.

Betrifft : Dortiges Ermittlungsverfahren gegen Wilhelm Zoepf und
Dr. Wilhelm Harster wegen Verdachts der Beihilfe zum
Mord (NSG) - Az.: 10 a Js 29 / 60

Bezug : Ihr Schreiben vom 10. 3. 1965;
mein Schreiben vom 25. 1. 1965

Anlagen : 20 Blatt Dokumentenablichtungen
1 Vermerk " Judenverfolgung in den Niederlanden "

Sehr geehrter Herr Erster Staatsanwalt,


ich übersende Ihnen in der Anlage Ablichtungen einiger mir recht
aufschlußreich erscheinender Dokumente, die die Tätigkeit von
Dr. Harster und Wilhelm Zoepf in den Niederlanden betreffen. Aus-
serdem füge ich einen hier gefertigten Vermerk über den Ablauf der
Judenmaßnahmen in den Niederlanden zu Ihrer Information bei. Er
ist zwar mit besonderer Blickrichtung auf die Mitwirkung des
RSHA abgefaßt, gibt jedoch Aufschluß auch über die Tätigkeit der
örtlichen Stellen. Aus dieser Niederschrift wollen Sie bitte
auch entnehmen, welche Dokumente zum Komplex Niederlande mir im
einzelnen vorliegen. Ich bin gerne bereit, Ihnen weitere Ablich-
tungen herstellen zu lassen und darf gegebenenfalls um Mittei-
lung der am Rande des Vermerks aufgeführten Fundstellen bitten.

Ergänzend möchte ich aber schon jetzt darauf hinweisen, daß
nach meiner Erfahrung allgemeine Erlasse, die die im Rahmen der
" Endlösung der Judenfrage " wirklich verfolgten Ziele jeden
Zweifel ausschließend zum Ausdruck bringen, kaum zu finden sein
dürften, zumal zweifelhaft ist, ob es sie in dieser Form ange-
sichts der strengen Geheimhaltungsvorschriften und der vom RSHA
angeordneten verschleiernenden Sprachregelung überhaupt jemals
gegeben hat. Ich jedenfalls habe einen solchen Erlaß bisher
noch nicht finden können.

Sollten Sie Ihrerseits das mir zur Verfügung stehende Dokumen-
tenmaterial aus Ihren Unterlagen ergänzen können, so wäre ich
dafür sehr dankbar. Ich darf außerdem darum bitten, mir bald-
möglich eine Durchschrift Ihrer Anklageschrift gegen Karl Wolff
zuzuleiten, da dieser Vorgang für meine Ermittlungen von Inter-
esse ist. Auf die in meinem Schreiben vom 25. 1. 1965 erbetene
Aktenübersendung möchte ich im Augenblick verzichten, da Sie

die Akten gegenwärtig offenbar selbst benötigen.

Hochachtungsvoll

Berlin, den 17.^{3.}2.65 i.A. 
(Assessor)

Get. 19.3.65 Sie
Schub.

Ma 1/ab + 1. März 1965
19/3. K

1 & 1/65 (RSHA)

§4

✓ 1/ hatte Abrechnungen von Bl. 141 - 163

2/ vdr. alsdann

Bl. 11. 3. 65
Sch.

BA kamen

Bl. 23. 3. 65
Sch.

BA geht 24. März 1965
Me

1. 1/65 (RSHA)

95

UP

1. ✓ Bitte ablichtungen von Bl. 134-140

1

2. / u. abschauen

Dr. 1.3.65
Sch.

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 1/62
Bitte bei allen Schreiben angeben!

96
46 Dortmund, den 18.2.1965
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 52 78 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451



An den
Generalstaatsanwalt
beim Kammergericht
- Arbeitsgruppe -
1 Berlin 21
Turmstraße 91

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Losacker
wegen Beihilfe zum Mord.

Dortiges Schreiben vom 25. 1. 1965 - 1 Js 1/65
(R S H A) -

Anlage: 1 Band Ermittlungsakten 45 Js 1/62. *So.*

Als Anlage übersende ich die Ermittlungsakten
gegen Dr. Losacker mit der Bitte um baldige Rück-
gabe.

Im Auftrage:

Dr. Kuhlmann
Staatsanwalt

Beglaubigt:

Hallermann
(Hallermann)
Justizangestellte



BA Kuhlmann

10.3.65
SE

Vfg.

zu schreiben an den Polizeipräsidenten in Berlin

Abt. I z. Hd. von KK Paul

Betr.: Ermittlungsverfahren 1 Js 1 / 65 (RSHA) gegen frühere Angehörige des RSHA wegen des Verdachts der Beteiligung an Maßnahmen im Rahmen der sog. " Endlösung der Judenfrage ",

hier : O p p e r m a n n, Ernst
geb. 19. 10. 1906 in Berlin,

früher SS-HStuf und Regierungsamtmann im
Referat IV D 2 des RSHA.

Nach dem Ergebnis meiner bisherigen Ermittlungen bin ich davon ausgegangen, daß O p p e r m a n n am 29. 6. 1948 in Buchenwald verstorben ist. Entsprechende Auskunft erteilte mir auch das EMA auf telefonische Rückfrage.

An der Richtigkeit dieser Auffassung sind jedoch insofern Zweifel aufgetaucht, als der am 23. 3. 1965 vom Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Tiergarten Abt. 348 vernommene Zeuge Hans N e l s o n, 1 Berlin 61, Urbanstraße 137 wie folgt ausgesagt hat :

" Befragt, ob mir weitere Angehörige des Referats IV D 2 bekannt sind, die als Beschuldigte oder Zeugen in Betracht kommen, möchte ich noch Ernst O p p e r m a n n erwähnen. Mir ist gesagt worden, daß er 1948 in Buchenwald verstorben sein soll. Ich habe etwas Gegenteiliges gehört. Ein früherer Kollege, ein Amtsgehilfe aus IV D 2, an dessen Namen ich mich leider nicht erinnern kann, der aber damals in der Wissmannstraße in Neukölln wohnte, hat mir erzählt, daß Oppermann bei einer Senatsdienststelle beschäftigt sei und zwar wieder als Amtmann oder sogar Amtsrat. Wie die Dienststelle im einzelnen heißt, weiß ich nicht. Sie hat irgendetwas mit Entschädigung oder Enteignung zu tun, also entweder Entschädigungsamt oder eine Dienststelle des Senators für Bau- und Wohnungswesen. Der Kollege hat, wie er mir sagte, Oppermann selbst aufgesucht und sich von ihm bestätigen lassen, daß er nur Amtsgehilfe des RSHA war. Zu meiner Zeit gab es in IV D 2 nur einen Boten. Wenn ein anderer Zeuge einen Waldemar B u r i s c h als Boten angegeben hat, so könnte das der von mir Genannte sein. "

Bei dem von Nelson genannten " Kollegen " könnte es sich um den als Bote im Ref. IV D 2 des RSHA tätig gewesenen Waldemar Burisch, Berlin, Mahlowerstraße 8 handeln, der von einem anderen Zeugen benannt worden ist.

Ich bitte, die Angaben des Zeugen Nelson zu überprüfen und mir

das Ergebnis der Ermittlungen umgehend bekanntzugeben.

Die Unterlagen des Amtsgerichts Berlin - Hermsdorf, bei dem der Tod von Oppermann beurkundet sein soll, habe ich selbst angefordert und werde sie auswerten.

i.A.

Berlin, 25.3.65

Schneider

(Assessor)

JS

Vfg.

1. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe zur Zeichnung
2. zu schreiben an die StA Itzehoe z.Hd. v. Herrn StA J a n s :

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Helfer des früheren SS-Obersturmbannführers Eichmann bei der " Sonderaktion " gegen die ungarischen Juden im Jahre 1944,
hier : fr. Regierungsamtman im RSHA und SS-Hauptsturmführer Werner K r y s c h a c k

Bezug.: Dortiges Schreiben vom 22. 3. 1965

Anlage: 1 Blatt Ablichtung

Sehr geehrter Herr Kollege,

ich darf auf Ihr o. a. Schreiben wie folgt antworten :

Anlässlich einer persönlichen Rücksprache eines Mitarbeiters meiner Arbeitsgruppe Anfang Februar 1965 in Frankfurt am Main teilten Herr Oberstaatsanwalt Dr. Großmann und Herr Staatsanwalt Wagner mit, daß die Deportation der Juden aus Ungarn im Jahre 1944 dort Gegenstand verschiedener Verfahren ist.

Das Verfahren 1 Ks 1 / 63 richtet sich gegen Krumej und Hunsche. Hier ist bekanntlich vor kurzem das Urteil ergangen.

Das Verfahren 4 Js 1017 / 59 ^{noch} 1 Ks 1 / 63 ist ein Teil dieses Verfahrens } richtet sich gegen Becher, Dr. Geschke, Grell, Hezinger, Kraege, Neumann, Richter, Schmidtsiefen, Winkelmann, Dannecker und Rau. Es befindet sich in der Voruntersuchung, die kurz vor ihrem Abschluß stehen dürfte.

Diese Personen sind zwar sämtlich nicht Angehörige des RSHA bzw. zumindest in der entscheidenden Zeit nicht in Berlin tätig gewesen, sondern Angehörige der örtlichen deutschen Institutionen, die zusammen mit dem SEK Eichmann die Maßnahmen gegen die Juden in Ungarn durchgeführt haben.

Beschuldigter im Verfahren 4 Js 1017 / 59 ist jedoch auch noch K r y s c h a c k, der als Angehöriger von Eichmann's Referat IV B 4 (IV A 4 b) wie auch Hunsche zusammen mit Eichmann nach Ungarn gekommen war. Insoweit ist das Verfahren jedoch abgetrennt und nach § 205 StPO eingestellt worden, weil der Aufenthalt des Beschuldigten nicht bekannt war. Zwischenzeitlich habe ich die Anschrift von Kryschak jedoch ermitteln können und dies der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main mitgeteilt. Eine Ablichtung des Bestätigungsschreibens füge ich zu Ihrer Information bei. Ob hierauf das Verfahren bezüglich Kryschak wieder aufgenommen

worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Das in Ffm. wegen der Ungarnaktion anhängige Verfahren richtete sich schließlich zunächst auch noch gegen Novak, der ebenfalls mit Eichmann nach Ungarn gekommen war. Das Verfahren gegen Novak hat die StA Wien zu 27 b Vr 529 / 61 übernommen. Auch hier ist kürzlich das Urteil ergangen.

Das Ergebnis der Rücksprache in Ffm war zusammenfassend, daß dort grundsätzlich die Ermittlungen gegen alle die Personen geführt werden, die in Ungarn an den Judendeportationen mitgewirkt haben, auch, wenn es sich um die mit Eichmann aus Berlin nach Ungarn gegangenen Angehörigen des RSHA handelt, was im Falle K r y s c h a k ja zutreffen würde.

Gegenstand der von mir hier in Berlin geführten Ermittlungen ist nur die Mitwirkung von früheren Angehörigen des RSHA an Maßnahmen im Rahmen der Endlösung der Judenfrage, sofern diese in Berlin tätig geworden sind.

Hochachtungsvoll

(Severin)

Oberstaatsanwalt

Berlin, 25.3.1965



Aktenzeichen	N a m e, Vorname und Geburtsdatum	Zahl der sonst überprüf- ten Pers.	Gegenstand des Verfahrens	Systematische A n k l ä r u n g des Komplexes	Einzel- fall	Archiv	Abschliessend Entscheidung
4 Js 1192/59	Weesemayer		wegen Mitwirkung an der End- lösung der Judenfrage in Ungarn als Sonderbevoll- mächtigter des Reiches				Einstellung 13. 6. 1961 im Hinblick auf Verurteil- ung des Besch. durch ein amerik. Militär- gericht
4 Js 256/63	Krumey		Mord an einem ehemaligen k. u. k. Offizier in Prag (Anzeiger ist wegen Betruges bestrafter Strafgefangener, seine Angaben sind höchst fragwürdig)				noch offen
4 Ks 1/63	Krumey und Hunsche		Deportation der ungar. Juden				z.Zt. Haupt- verhandlung
4 Js 919/58	Krumey, Dongus, Püschel, Dr. Ehlich, Wettern, Pichler, Dr. Bradfisch, Fischer, Preuss		Komplex Lidice				Vorunter- suchung
4 Js 1017/59	Becher, Dr. Geschke, Grell, Heringer, Kraege, Neumann, Richter, Schmidtsiefen, Winkelmann, Dannecker, Rau		Sonderaktion gegen die Juden in Ungarn 1944				Vorunter- suchung
4 Js 541/61	Dr. Oebisger-Roeder, Gries, Freuwört, Boskoczil		Teilnahme an der Endlösung der Judenfrage in Ungarn als Angehörige eines Eins. Edos.				Einstellung

Aktenzeichen	N a m e, Vorname und Geburtsdatum	Zahl der sonst überprüf- ten Pers.	Gegenstand des Verfahrens	Systematische Erklärung des Komplexes	Einzel- fall	Archiv	Abschliessend Entscheidung
4 Js 540/61	Stick		Teilnahme an Endlösung der Judenfrage in Ungarn im Rahmen eines Gend.Eins.Kdos.				Einstellung
4 Js 833/61	Rosendahl, Hicke		Körperverletzung im Amt, be- gangen im KL Topolya (End- lösung der Judenfrage in Ungarn)				Einstellung
4 Js 51/62	Krumholz		Teilnahme an der Deportation der ungar. Juden i. Stabe- des HSh. SS- und Pol. Führers Winkelmann				Einstellung
4 Js 1064/62	Lencke, Werner		Endlösung der Judenfrage in Ungarn (Tötung eines jüd. Häftlinge und Mit- wirkung bei der Deportation des Lagers Kistarcsa)				Einstellung
4 Js 1161/62	Lenke, Willy		wie vorher				Einstellung
4 Js 336/63	Krumey		Ermordung ungar.-jüd. Häft- linge in Österreich				§ 154 StPO
4 Js 337/63	Hunsche		a) Befehl z. Überfall von Pfeilkreuzlern auf das Ghetto Budapest, Colum- busgasse b) Anschluß von 500-600 Mit- arbeitern des Jüd.-Zen- tralrats in Budapest an einen Dep.-Zug nach Auschwitz auf Befehl Hunsches				§ 154 StPO

101

Aktenzeichen	N a m e, Vorname und Geburtsdatum	Zahl der sonst überprüf- ten Pers.	Gegenstand des Verfahrens	Systematische A n k l ä r u n g des Komplexes	Einzel- fall	Archiv	Abschliessend Entscheidung
4 Js 985/63	Jurica und Binder		Mishandlung und Tötung von ungar. Juden bei Befestigungs- arbeiten an der ungar. Grenze				§ 205 StPO
4a Js 562/56	Triska		Teilnahme an der Endlösung der Judenfrage in Ungarn als Angehöriger der Dt. Ge- sandtschaft in Budapest				Einstellung
4 Js 105/64	Becker, Karl		Beteiligung an der End- lösung der Judenfrage in der CSR				noch offen
4 Js 1145/63	Günther, Hans Günther, Rolf Moes, Haas, Abromeit		Einziehung jüd. Vermögens als Referent im RSHA				§ 154 StPO
4 Js 614/63	Boehrn, Hunsche, Förster, Prüfer		Teilnahme an der Erschießung von Mitgl. der Reichsver- einigung der Juden in Berlin als Bedienstete des RSHA				noch offen
4 Js 908/62	Kruscey		Überstellung von arbeitsun- fähigen Polen aus dem Kreis Zamosc zur Vernichtung nach Auschwitz				Vorunter- suchung

102

1 g 1/65 (RSHA)

103

✓ 1/ zu senden an ^{Yf.} Ständesamt Dr. - Komschoff:

Bez.: Oppmann, Ernst, geb. 19. 10. 1906
in Berlin; früher Regierungsamtmann.

In einem hier anhängigen Ermittlungsverfahren
ist bekannt geworden, daß der Benannte
am 29. 6. 1948 in Buchenwald verstorben
und sein Tod unter Nr. 526/48 seine
Std. A. Dr. - Komschoff Buchmichel sein soll.
Sollte dies zutreffen, bitte ich um baldmög-
liche Übersendung einer Sterbeschein und

des eventuell vorhandenen Sachunterlagen,
die eine Nachprüfung des Sachverhalts zu-
lassen.

2. Vorl. u. Eingang

Ber. 24. 3. 65

~~Hochschulleitung~~
i. A.

Quinich
(obersar)

25. MRZ. 1965
2m) Schb. 2 x + ab

24. März 1965

109

1 Js 1/65 (RSHA)

An das
Standesamt Reinickendorf

Betrifft: O p p e r m a n n , Ernst, geboren am 19. Oktober 1906
in Berlin, früher Regierungsamtmann

In einem hier anhängigen Ermittlungsverfahren ist bekanntgeworden, daß der Obengenannte am 29. Juni 1948 in Buchenwald verstorben und sein Tod unter Nr. 526/48 beim Standesamt Berlin-Hermsdorf beurkundet sein soll. Sollte dies zutreffen, bitte ich um baldmögliche Übersendung einer Sterbeurkunde und der eventuell vorhandenen Sachunterlagen, die eine Nachprüfung der Todesumstände zulassen.

Im Auftrage
Schneider
Assessor

Le

Vfg.

105
19. MRZ. 1965

1. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe zur gfl. Kenntnis
- ✓ 2. zu schreiben an die Zentralstelle in Ludwigsburg :

Betr.: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes wegen des Verdachts der
Mitwirkung an Maßnahmen im Rahmen der " Endlösung der
Judenfrage;
hier: Weiterleitung eines Schreibens an das Bundes-
ministerium für Inneres in Wien.

Anlage: 1 Schreiben (2x)

In der Anlage übersende ich ein Schreiben an das Bundesmini-
sterium für Inneres in Wien mit der Bitte um gfl. Weiterlei-
tung nebst Durchschrift zum dortigen Verbleib.

Hochachtungsvoll

i.A.

(Assessor)

- ✓ 3. zu schreiben an das

Bundesministerium für Inneres
Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit
Abt. 2 c, z. Hd. von Herrn Polizeirat Dr. Wiesinger
~~in~~ Wien

Betr.: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes wegen Verdachts der Mitwir-
kung an Maßnahmen im Rahmen der " Endlösung der Juden-
frage;

hier: Karl Hrosinek, geb. 6. 11. 1909 in Wien

Bezug : Dortiges Schreiben vom 18. 2. 1965 m. Anlagen

Sehr geehrter Herr Polizeirat,

aus den mir von Ihnen mit. o.a. Schreiben übermittelten
Namensblättern ehemaliger Angehöriger des RSHA entnehme ich,
daß der frühere SS-Hstuf und Mitarbeiter im Referat IV B 4,
Karl H r o s i n e k, laut LGfZRS ~~Wien~~ zum 31. 3. 1945
für tot erklärt worden ist.

Darf ich bitten, ~~mir~~ ^{aus} aus den entsprechenden Gerichtsakten
Ablichtungen der wesentlichen Entscheidungsgrundlagen und

des Gerichtsbeschlusses herstellen zu lassen und diese ^{mir} ~~mir~~ zusammen mit einer Ausfertigung der Sterbeurkunde übersenden zu wollen. Sollte es für Sie einfacher sein, mir die Akten selbst ~~zu~~ ^{zu lassen} übersenden, so bin ich gerne bereit, die benötigten Ablichtungen ~~selbst~~ ^{hier} anfertigen ~~zu lassen~~. Für Ihre Bemühungen darf ich mich im voraus schon bestens bedanken.

Mit vorzüglicher Hochachtung
i.A.

(Assessor)

3. mir zur Unterschrift.

Bln, den 18. 3. 1965



25. MRZ. 1965 Le
zu 2) Schl. 2 x } + ab
3) Schl. 3 x }

26. März 1965



106

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen

714 L u d w i g s b u r g
Schorndorfer Straße 28

Betrifft: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen des Verdachts der Mitwirkung an Maßnahmen im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage";
hier: Weiterleitung eines Schreibens an das Bundesministerium für Inneres in Wien

Anlage: 1 Schreiben (2 x)

In der Anlage übersende ich ein Schreiben an das Bundesministerium für Inneres in Wien mit der Bitte um gefl. Weiterleitung nebst Durchschrift zum dortigen Verbleib.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

Le

107

1 Js 1/65 (RSHA)

An das
Bundesministerium für Inneres
Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit
- Abteilung 2 C -

z.Hd. von Herrn Polizeirat
Dr. W i e s i n g e r

W i e n
Herrengasse 7

Betrifft: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Mitwirkung an Maßnahmen im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage";

hier: Karl H r o s i n e k ,
geboren am 6. November 1909 in Wien

Bezug: Dortiges Schreiben vom 18. Februar 1965 mit Anlagen

Sehr geehrter Herr Polizeirat,

aus den mir von Ihnen mit o.a. Schreiben übermittelten Namensblättern ehemaliger Angehöriger des RSHA entnehme ich, daß der frühere SS-Hauptsturmführer und Mitarbeiter im Referat IV B 4, Karl H r o s i n e k , laut LGfZRS zum 31. März 1945 für tot erklärt worden ist.

Darf ich bitten, für mich aus den entsprechenden Gerichtsakten Ablichtungen der wesentlichen Entscheidungsgrundlagen und des Gerichtsbeschlusses herstellen zu lassen und mir diese zusammen mit einer Ausfertigung der Sterbeurkunde übersenden zu wollen. Sollte es für Sie einfacher sein, mir die Akten selbst übersenden zu lassen, so bin ich gerne bereit, die benötigten Ablichtungen hier anzufertigen. Für Ihre Bemühungen darf ich mich im voraus schon bestens bedanken.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage

Schneider

(Schneider)
Assessor

Le

108
1 AR 123/63 - II J

Vfg.

1) Herrn OStA Severin mit der Bitte um Kenntnisnahme von dem anliegenden Vermerk.

2) Vermerk v. 5.2.65 und
4 Dokumentenbände -II J/1-4

Herrn Dezernenten für 1 Js 1/65 (RSHA)

mit der Bitte um Verwertung im dortigen Komplex überreicht.

18.3.65

1 Js 1 / 65 (RSHA)

Vfg.

1. V e r m e r k :

Der Vermerk vom 5. 2. 1965 (s.o. Ziff. 2) ergänzt das Ergebnis der bisherigen Ermittlungen in 1 Js 1 / 65 (RSHA), ohne jedoch neue Taten oder Täterkreise zu eröffnen. Die Angehörigen der Referate IV B 4 und IV D 1 des RSHA sind bereits Beschuldigte in diesem Verfahren, das, soweit es Serbien betrifft, die in obigem Vermerk dargestellten Vernichtungsaktionen schon zum Gegenstand hat.

2. Der Vermerk Ziff. 2 der obigen Verfügung wird als Ergänzung zu dem Serbien - Vermerk in 1 Js 1 / 65 (RSHA) - Bl. 83 ff des Vermerkordners - genommen.

Die Dokumentenbände II J / 1 - 4 erhalten die neue Bezeichnung " Serbien 2 - 5 "

3. zu schreiben an die Zentralstelle in Ludwigsburg :

Betr.: Ermittlungsverfahren 1 Js 1 / 65 (RSHA) gegen frühere Angehörige des ehemaligen RSHA wegen des Verdachts der Beteiligung an Maßnahmen im Rahmen der Endlösung der Judenfrage.

hier : Ergänzung des Vermerkordners

Anlage: 1 Vermerk

In der Anlage übersende ich zu Ihrer Information einen Ergänzungsvermerk zu dem in dem bereits übergebenen " Vermerkordner 1 Js 1 / 65 (RSHA) " auf Bl. 83 - 88 enthaltenen Serbien - Vermerk, den Frau Staatsanwältin Eggers nachträglich noch angefertigt hat.

zu3) ab 26. März 1965

Hochachtungsvoll

Dr. 19.3.65 (abgeschlossen)

109

1 AR 123/63 - II J

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen

714 L u d w i g s b u r g
Schorndorfer Straße 28

Betrifft: Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 (RSHA) gegen
frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicher-
heitshauptamtes (RSHA) wegen des Verdachts der
Beteiligung an Maßnahmen im Rahmen der
"Endlösung der Judenfrage";
hier: Ergänzung des Vermerkordners

Anlage: 1 Vermerk

In der Anlage übersende ich zu Ihrer Information einen
Ergänzungsvermerk zu dem in dem bereits übergebenen
"Vermerkordner 1 Js 1/65 (RSHA)" auf Bl.83-88 enthalte-
nen Serbien-Vermerk, den Frau Staatsanwältin Eggers
nachträglich noch angefertigt hat.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

Le

1/8 1/65 (RSA)A)

110
alt selb

UP

1/ Bitte folgende Ablichtungen

Bl. 153, 154, 242, 243, 261, 262, 264 - 271

2/ Wo. abschauen

Bl. 11. 3. 1965

SS.

UP

1/ BA Kamen

Post. noch heute
durch Ges. Wachstumsst
zu Rest

Bl. 29. 3. 65

SS.

2/ ab Hinkommen
d. Ges. Wachstumsst.
29/3. 65

Ein-
lieferungs-
schein

1089

Bitte sorgfältig annehmen



Justiz

Berlin

B.

Wert (in Ziffern)

500 DM

Freigebühr

440

Pf

Empfänger:

An den Herrn
Vorsitzenden
d. Senats III
b. d. LG. Hagen
in 58 Hagen

Postgewicht bei
vers. Wertpaket

Postannahme:

Zur gefälligen Beachtung!

Die Angaben des Absenders auf dem Einlieferungsschein sind nur dann rechtsverbindlich, wenn sie mit den Angaben auf dem Hauptteil der Paketkarte übereinstimmen.

Höchstgewicht für Pakete
innerhalb der
Bundesrepublik: 20 kg

Kurze Mitteilungen für den Empfänger, z. B. Hinweise auf das Auftragschreiben, die Bestell-Nr., die Gesamtzahl der gleichzeitig eingelieferten Pakete usw., können in etwa 4 cm Breite am linken Rand der Paketaufschrift angebracht werden.

Die Deutlichkeit der Paketaufschrift darf durch die Mitteilungen nicht beeinträchtigt werden.

1 Js 1/65 (RSHA)

Landgericht Hagen

Geschäfts-Nr.:

Bitte bei allen Schreiben angeben!

45 Js 27/61 StA Dortmund
11 Ks 1/64 StA Hagen

58 Hagen, den

3. März 1965

Fernruf: 26851 - 55

Herrn

Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstrasse 91



Einschreiben !
Luftpost !

Zu 1 Js 1/65 (RSHA)
Ihr Schreiben vom 26.2.1965

In der Strafsache gegen Bolender u.a.
- 45 Js 27/61 StA Dortmund-

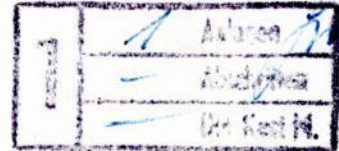
übersende ich auf das Ersuchen vom 26. 2. 1965 den Sonderband I
enthaltend 319 Blätter mit der Bitte um Rückgabe bis zum
31. März 1965.

Anlage

Der Vorsitzende der Strafkammer III
M ü l l e r, Landgerichtsdirektor
Beglaubigt:

Wagner

Wagner
Justizangestellter



Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht

4 AR 4/65



221 Itzehoe, den 22. 3. 1965

2	2	Anlagen
	/	Abschriften
	/	DM Kost M.

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht in Berlin
-"Arbeitsgruppe Reichssicherheitshauptamt"-

in B e r l i n 21

Turmstraße 91

25. MRZ. 1965



Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Helfer des früheren SS-Obersturm-
bannführers Eichmann bei der "Sonderaktion" gegen die
ungarischen Juden im Jahre 1944
hier: fr. Regierungsamtmann im RSHA und SS (SD)-Hauptsturm-
führer Werner K r y s c h a k .

Bezug: Rücksprache Staatsanwalt Nagel - Staatsanwalt Jans in Ber-
lin am 5. 2. 1965.

Anlagen: 2 Blatt Ablichtungen.

Als Anlagen übersende ich Ablichtungen meines Schreibens vom
22. 2. 1965 an den Leitenden Oberstaatsanwalt in Frankfurt/Main
sowie des Antwortschreibens vom 26. 2. 1965 mit der Bitte um
Kenntnisnahme und baldige Mitteilung, ob die Angaben des Ober-
staatsanwalts in Frankfurt/Main zutreffen. In diesem Falle bitte
ich um Nachricht, welche Staatsanwaltschaft für die Ermittlungen
gegen die Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes zuständig
ist, die sich an der Aktion gegen die ungarischen Juden im Jahre
1944 beteiligt haben.

Im Auftrage:

Jans

(Jans)

Staatsanwalt

*Vermerk: teleph. Rücksprache
am 29.3.65 mit STA Jans
(Sta Trefl)
SD*

4 AB 4/65

MB

1. Schreiben

An den

Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt

in Frankfurt/Main

zu 4 Js 1037/59

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Helfer des früheren
SS-Obersturmbannführers Eichmann bez der "Sonder-
aktion" gegen die ungarischen Juden im Jahre 1944.
hier: fr. Regierungsamtmann in RSHA und SS (SD)-
Hauptsturmführer Werner Kryschak.

Bezug: a) Dortiges Schreiben an die Zentrale Stelle der Landes-
justizverwaltungen in Ludwigsburg v. 9.9.1964

b) Dortiges Schreiben v. 13.11.1964

Nach den Angaben in den beiden Bezugsschreiben soll
Kryschak zu Beginn der Sonderaktion gegen die ungarischen Juden
im Jahre 1944 dem "Sondereinsatzkommando Eichmann" angehört
haben. Nähere Hinweise über den genauen Zeitpunkt und die Art und
Umfang der Tätigkeit Kryschaks bei den Massnahmen gegen die Juden
in Ungarn ergeben sich aus den Bezugsschreiben nicht. Es ist daher
zunächst davon auszugehen, dass sich die Ermittlungen allgemein
gegen Kryschak nur als Angehörigen des RSHA richten.

Ich habe bei der "Arbeitsgruppe Reichssicherheitshaupt-
amt" des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht in Berlin fest-
gestellt, dass der Complex Ungarn ~~der~~ nicht miterfasst worden ist.
Nach Angaben des zuständigen Sachbearbeiters der "Arbeitsgruppe"
wird der gesamte Complex Ungarn in dem dortigen Verfahren 4 Js
1037/59 bearbeitet. Ich bitte, mir mitzuteilen, ob diese Angabe zu-
trifft, und, ob daher die Tätigkeit Kryschaks als früherer Angehö-
riger des RSHA bei der Aktion gegen die Juden in Ungarn Gegen-
stand des dortigen Verfahrens ist. Weiter bitte ich, mir mitzutei-
len, ob gegebenenfalls gegen Kryschak die Unterbrechung der Ver-
föhrung in dem dortigen Verfahren veranlasst werden wird.

Für eine möglichst umgehende Beantwortung wäre ich dank-
bar.

Die Tage

zu 1 g.f.

432651 Br.

7.10.65
Pa.

24/2

Itz. 22.2.65

DER OBERSTAATSANWALT
bei dem Landgericht

12.7.64 - 10.7.64

Ihr Zeichen: - 5. NR 4/64 -

6. FRANKFURT (MAIN), 777. 12. 1. 1992

Postfach 2745

Telefon: 28871

Heiligkreuzgasse 34

MY

5. NR 1965

An den

Herrn Generalstaatsanwalt

am Landgericht

Betr.: Voruntersuchung gegen Helfer des früheren SS-
Obersturmbannführers Eichmann bei der "Sonderaktion"
gegen die ungarischen Juden im Jahre 1944;

Hier: früherer Regierungsbeamter im NSBA und SS (SA)-
Sturmabteilung Werner Kryschak

Bezug: Schreiben vom 22. 7. 1965 (4 Ak 4/64)

In einer Besprechung mit einem Angehörigen der
"Arbeitsgruppe NSBA" des Generalstaatsanwalts
beim Kammergericht wurde kürzlich klargestellt,
das sämtliche Angehörige des hiesigen Verfahrens
zu keiner Zeit dem NSBA zugehört haben und dass deshalb
keine Möglichkeit besteht, den Komplex "Lügen - soweit
er das NSBA betrifft" - im Rahmen der hier anhängigen
Voruntersuchung zu überprüfen.
Der oben genannte Kryschak ist in die Voruntersuchung
nicht einbezogen.

Im Auftrage

Wagner
Wagner

Staatsanwalt

Handwritten signature and notes

MS

Vfg.

1. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe zur Zeichnung
2. zu schreiben an die StA Itzehoe z.Hd. v. Herrn StA J a n s :

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Helfer des früheren SS-Obersturmbannführers Eichmann bei der " Sonderaktion " gegen die ungarischen Juden im Jahre 1944,
hier : fr. Regierungsamtman im RSHA und SS-Hauptsturmführer Werner K r y s c h a k

Bezug.: Dortiges Schreiben vom 22. 3. 1965

Anlage: 1 Blatt Ablichtung

Sehr geehrter Herr Kollege,

ich darf auf Ihr o. a. Schreiben wie folgt antworten :

Anläßlich einer persönlichen Rücksprache eines Mitarbeiters meiner Arbeitsgruppe Anfang Februar 1965 in Frankfurt am Main teilten Herr Oberstaatsanwalt Dr. Großmann und Herr Staatsanwalt Wagner mit, daß die Deportation der Juden aus Ungarn im Jahre 1944 dort Gegenstand verschiedener Verfahren ^{des Referats} ist.

Das Verfahren 1 Ks 1 / 63 richtet sich gegen Krumei und Hunsche. ^{In dieser Sache} Hier ist bekanntlich vor kurzem das Urteil ergangen.

Das Verfahren 4 Js 1017 / 59 ^{noch} 1 Ks 1 / 63 ist ein Teil dieses Verfahrens } richtet sich gegen Becher, Dr. Geschke, Grell, Hezinger, Kraege, Neumann, Richter, Schmidtsiefen, Winkelmann, Dannecker und Rau. Es befindet sich in der Voruntersuchung, die kurz vor ihrem Abschluß stehen dürfte.

Diese Personen sind zwar sämtlich nicht Angehörige des RSHA bzw. zumindest in der entscheidenden Zeit nicht in Berlin tätig gewesen, sondern Angehörige der örtlichen deutschen Institutionen, die zusammen mit dem SEK Eichmann die Maßnahmen gegen die Juden in Ungarn durchgeführt haben.

Beschuldigter im Verfahren 4 Js 1017 / 59 ist ~~jedoch~~ auch noch K r y s c h a k, der als Angehöriger von Eichmann's Referat IV B 4 (IV A 4 b)-wie auch Hunsche-zusammen mit Eichmann nach Ungarn gekommen war. Insoweit ist das Verfahren jedoch abgetrennt und nach § 205 StPO ^{ne} eingestellt worden, weil der Aufenthalt des Beschuldigten nicht bekannt war. Zwischenzeitlich habe ich die Anschrift von Kryschak jedoch ermitteln können und dies der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main mitgeteilt. Eine Ablichtung des Bestätigungsschreibens füge ich zu Ihrer Information bei. Ob hierauf das Verfahren bezüglich Kryschak wieder aufgenommen

worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Das in ^{Frankfurt/M.} Pfm. wegen der Ungarnaktion anhängige Verfahren richtete sich schließlich zunächst auch noch gegen Novak, der ebenfalls mit Eichmann nach Ungarn gekommen war. Das Verfahren gegen Novak hat die StA Wien zu 27 b Vr 529 / 61 übernommen. Auch ^{in diesem Verfahren} hier ist kürzlich ^{ein} das Urteil ergangen.

Das Ergebnis der Rücksprache in ^{Frankfurt/M.} Pfm. war zusammenfassend, daß dort grundsätzlich die Ermittlungen gegen alle die Personen geführt werden, die in Ungarn an den Judendeportationen mitgewirkt haben, auch, wenn es sich um die mit Eichmann aus Berlin nach Ungarn gegangenen Angehörigen des RSHA handelt, was im Falle K r y s c h a k ~~ja~~ zutreffen würde.

Gegenstand der von mir hier in Berlin geführten Ermittlungen ist nur die Mitwirkung von früheren Angehörigen des RSHA an Maßnahmen im Rahmen der Endlösung der Judenfrage, sofern diese in Berlin tätig geworden sind.

Hochachtungsvoll

(Severin)

Oberstaatsanwalt

Berlin, 25.3.1965

Severin

- 1/ Ziff 2 des Urteils auf ausführen*
2/ abklären wann OStA Severin zum Unterschl.
3/ Verf. mit vorlegen

28. 3. 65
Severin

11. MRZ. 1965
zu 2) Schb. 2 x + ab

5. April 1965

Lee

116

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
z.Hd. von Herrn
Staatsanwalt J a n s

221 I t z e h o e

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Helfer des früheren
SS-Obersturmbannführers E i c h m a n n bei der
"Sonderaktion" gegen die ungarischen Juden im
Jahre 1944;
hier: früherer Regierungsamtmann im RSHA und
SS-Hauptsturmführer Werner K r y s c h a k

Bezug: Dortiges Schreiben vom 22. März 1965

Anlage: 1 Blatt Ablichtung

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich darf auf Ihr o.a. Schreiben wie folgt antworten:

Anlässlich einer persönlichen Rücksprache eines Mitarbeiters
meiner Arbeitsgruppe Anfang Februar 1965 in Frankfurt am
Main teilten Herr Oberstaatsanwalt Dr. Großmann und Herr
Staatsanwalt Wagner mit, daß die Deportationen der Juden
aus Ungarn im Jahre 1944 dort Gegenstand verschiedener
Verfahren bzw. Verfahrensteile ist.

Das Verfahren 1 Ks 1/63 richtet sich gegen K r u m e y
und H u n s c h e . In dieser Sache ist bekanntlich vor
kurzem das Urteil ergangen.

Das Verfahren 4 Js 1017/59 (1 Ks 1/63 ist ein Teil dieses
Verfahrens) richtet sich noch gegen B e c h e r ,
Dr. G e s c h k e , G r e l l , H e z i n g e r ,
K r a e g e , N e u m a n n , R i c h t e r ,
S c h m i d t s i e f e n , W i n k e l m a n n ,
D a n n e c k e r und R a u . Es befindet sich in der

114

Voruntersuchung, die kurz vor ihrem Abschluß stehen dürfte. Diese Personen sind zwar sämtlich nicht Angehörige des RSHA bzw. zumindest in der entscheidenden Zeit nicht in Berlin tätig gewesen, sondern Angehörige der örtlichen deutschen Institutionen, die zusammen mit dem "SEK Eichmann" die Maßnahmen gegen die Juden in Ungarn durchgeführt haben.

Beschuldigter im Verfahren 4 Js 1017/59 ist auch noch Kryschak, der als Angehöriger von Eichmanns Referat IV B 4 (IV A 4 b) - wie auch Hunsche - zusammen mit Eichmann nach Ungarn gekommen war. Insoweit ist das Verfahren jedoch abgetrennt und nach § 205 StPO vorläufig eingestellt worden, weil der Aufenthalt des Beschuldigten nicht bekannt war. Zwischenzeitlich habe ich die Anschrift von Kryschak jedoch ermitteln können und dies der Staatsanwaltschaft in Frankfurt/Main mitgeteilt. Eine Ablichtung des Bestätigungsschreibens füge ich zu Ihrer Information bei. Ob hierauf das Verfahren bezüglich Kryschak wieder aufgenommen worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Das in Frankfurt/Main wegen der Ungarnaktion anhängige Verfahren richtete sich zunächst auch noch gegen N o v a k, der ebenfalls mit Eichmann nach Ungarn gekommen war. Das Verfahren gegen Novak hat die Staatsanwaltschaft Wien zu 27 b Vr 529/61 übernommen. Auch in diesem Verfahren ist kürzlich ein Urteil ergangen.

Das Ergebnis der Rücksprache in Frankfurt/Main war zusammenfassend, daß dort grundsätzlich die Ermittlungen gegen alle Personen geführt werden, die in Ungarn an den Judendeportationen mitgewirkt haben, auch wenn es sich um die mit Eichmann aus Berlin nach Ungarn gegangenen Angehörigen des RSHA handelt, was im Falle Kryschak zutreffen würde.

Gegenstand der von mir hier in Berlin geführten Ermittlungen

ist nur die Mitwirkung von früheren Angehörigen des RSHA
an Maßnahmen im Rahmen der Endlösung der Judenfrage, sofern
diese in Berlin tätig geworden sind.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Severin)
Oberstaatsanwalt
(Leiter der Arbeitsgruppe)

Le

119

Vfg.

zu schreiben an den Polizeipräsidenten in Berlin

Abt. I z. Hd. von KK Paul

Betr.: Ermittlungsverfahren 1 Js 1 / 65 (RSHA) gegen frühere Angehörige des RSHA wegen des Verdachts der Beteiligung an Maßnahmen im Rahmen der sog. " Endlösung der Judenfrage ",

hier : O p p e r m a n n, Ernst
geb. 19. 10. 1906 in Berlin,

früher SS-HStuf und Regierungsamtman im
Referat IV D 2 des RSHA.

Nach dem Ergebnis meiner bisherigen Ermittlungen bin ich davon ausgegangen, daß O p p e r m a n n am 29. 6. 1948 in Buchenwald verstorben ist. Entsprechende Auskunft erteilte mir auch das EMA auf telefonische Rückfrage.

An der Richtigkeit dieser Auffassung sind jedoch insofern Zweifel aufgetaucht, als der am 23. 3. 1965 vom Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Tiergarten Abt. 348 vernommene Zeuge Hans N e l s o n, 1 Berlin 61, Urbanstraße 137 wie folgt ausgesagt hat :

" Befragt, ob mir weitere Angehörige des Referats IV D 2 bekannt sind, die als Beschuldigte oder Zeugen in Betracht kommen, möchte ich noch Ernst O p p e r m a n n erwähnen. Mir ist gesagt worden, daß er 1948 in Buchenwald verstorben sein soll. Ich habe etwas Gegenteiliges gehört. Ein früherer Kollege, ein Amtsgehilfe aus IV D 2, an dessen Namen ich mich leider nicht erinnern kann, der aber damals in der Wissmannstraße in Neukölln wohnte, hat mir erzählt, daß Oppermann bei einer Senatsdienststelle beschäftigt sei und zwar wieder als Amtmann oder sogar Amtsrat. Wie die Dienststelle im einzelnen heißt, weiß ich nicht. Sie hat irgendetwas mit Entschädigung oder Enteignung zu tun, also entweder Entschädigungsamt oder eine Dienststelle des Senators für Bau- und Wohnungswesen. Der Kollege hat, wie er mir sagte, Oppermann selbst aufgesucht und sich von ihm bestätigen lassen, daß er nur Amtsgehilfe des RSHA war. Zu meiner Zeit gab es in IV D 2 nur einen Boten. Wenn ein anderer Zeuge einen Waldemar B u r i s c h als Boten angegeben hat, so könnte das der von mir Genannte sein. "

Bei dem von Nelson genannten " Kollegen " könnte es sich um den *angeblich* als Bote im Ref. IV D 2 des RSHA tätig gewesenenen Waldemar Burisch, Berlin, Mahlowerstraße 8 handeln, der von einem anderen Zeugen benannt worden ist.

Ich bitte, die Angaben des "eugen Nelson zu überprüfen und mir

das Ergebnis der Ermittlungen umgehend bekanntzugeben.
Die Unterlagen des Amtsgerichts Berlin - Hermsdorf, bei dem
der Tod von Oppermann beurkundet sein soll, habe ich selbst
angefordert und werde sie auswerten.

i.A.
Berlin, 25.3.65 *Schneider*
Schneider
(Assessor)

30. MRZ. 1965 *le*
1 Sch. 2 x + ab
- 1. April 1965 *le*

120

1 Js 1/65 (RSHA)

An den
Polizeipräsidenten in Berlin
- Abteilung I -
z.Hd. von Herrn KK P a u l

Betrifft: Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 (RSHA) gegen frühere
Angehörige des RSHA wegen des Verdachts der Beteili-
gung an Maßnahmen im Rahmen der "Endlösung der Juden-
frage";
hier: O p p e r m a n n , Ernst,
geboren am 19. Oktober 1906 in Berlin,
früher SS-HStuf. und Regierungsamtman im
Referat IV D 2 des RSHA

Nach dem Ergebnis meiner bisherigen Ermittlungen bin ich davon
ausgegangen, daß O p p e r m a n n am 29. Juni 1948 in Buchen-
wald verstorben ist. Entsprechende Auskunft erteilte mir auch
das Einwohnermeldeamt auf telefonische Rückfrage.

An der Richtigkeit dieser Auffassung sind jedoch insofern Zwei-
fel aufgetaucht, als der am 23. März 1965 vom Vernehmungsrichter
des Amtsgerichts Tiergarten - Abteilung 348 - vernommene Zeuge
Hans N e l s o n , 1 Berlin 61, Urbanstraße 137, wie folgt
ausgesagt hat:

"Befragt, ob mir weitere Angehörige des Referats IV D 2
bekannt sind, die als Beschuldigte oder Zeugen in Be-
tracht kommen, möchte ich noch Ernst O p p e r m a n n
erwähnen. Mir ist gesagt worden, daß er 1948 in Buchen-
wald verstorben sein soll. Ich habe etwas Gegenteiliges
gehört. Ein früherer Kollege, ein Amtsgehilfe aus IV D 2,
an dessen Namen ich mich leider nicht erinnern kann, der
aber damals in der Wissmannstraße in Neukölln wohnte,
hat mir erzählt, daß Oppermann bei einer Senatsdienst-
stelle beschäftigt sei, und zwar wieder als Amtmann oder
sogar Amtsrat. Wie die Dienststelle im einzelnen heißt,
weiß ich nicht. Sie hat irgendetwas mit Entschädigung
oder Enteignung zu tun, also entweder Entschädigungsamt
oder eine Dienststelle des Senators für Bau- und Wohnungs-
wesen. Der Kollege hat, wie er mir sagte, Oppermann selbst
aufgesucht und sich von ihm bestätigen lassen, daß er nur

Amtsgehilfe des RSHA war. Zu meiner Zeit gab es in IV D 2 nur einen Boten. Wenn ein anderer Zeuge einen Waldemar Burisch als Boten angegeben hat, so könnte das der von mir Genannte sein."

Bei dem von Nelson genannten "Kollegen" könnte es sich um den angeblich als Bote im Referat IV D 2 des RSHA tätig gewesenen Waldemar Burisch, Berlin, Mahlowerstraße 8, handeln, der von einem anderen Zeugen benannt worden ist.

Ich bitte, die Angaben des Zeugen Nelson zu überprüfen und mir das Ergebnis der Ermittlungen umgehend bekanntzugeben. Die Unterlagen des Amtsgerichts Berlin-Hermsdorf, bei dem der Tod von Oppermann beurkundet sein soll, habe ich selbst angefordert und werde sie auswerten.

Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

Le

Der Oberstaatsanwalt

bei dem Landgericht

4 Js 1676/64

8	Anlagen
	Abschriften
	DM Kost M.

221 Itzehoe, den 18. März 1965

Breitenburgerstr. 70

Fernruf 27 82

An den

Herrn Generalstaatsanwalt

bei dem Kammergericht

-Arbeitsgruppe Reichssicherheitshauptamt-

(1) B e r l i n 21

Turmstr. 91.

zu: 1 Js 1/65 (RSHA)



24. MÄRZ 1965
fil.

Herrn Ass. Generalstaatsanwalt
auf der Bitte um Rücksprache.

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Helfer des früheren
SS (SD) Obersturmbannführers E i c h m a n n
wegen NS-Gewaltverbrechen gegen die Juden in
Dänemark im Jahre 1943;

- hier: 1) früherer Regierungsamtmann im RSHA und SS (SD)
Hauptsturmführer Werner K r y s c h a k,
geb. am 20.1.1906 in Küstrin,
2) SS-Obersturmführer Max P a c h o w,
geb. am 13.10.1910 in Hoyerswerda,
3) SS-Obersturmführer Richard H a r t e n b e r g e r,
geb. am 27.4.1911 in Wien.

Bezug: Rücksprache Staatsanwalt Nagel / Staatsanwalt Jans
in Berlin am 5.2.1965.

Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigs-
burg hat mir ihre Vorgänge betreffend Vorermittlungen wegen
der Judenverfolgungen in Dänemark - 9 AR-Z 26/64 - übersandt,
weil sich meine Zuständigkeit aus dem Wohnsitz des Haupt-
beschuldigten Kryschak ergäbe. Im Zuge der Ermittlungen hat
sich herausgestellt, daß Kryschak jedoch nicht als Haupt-
beschuldigter anzusehen ist. Nach den bei der Arbeitsgruppe
Reichssicherheitshauptamt befindlichen Unterlagen, die zum
größten Teil aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes
in Bonn stammen, oblag die Ausführung des von Hitler am
21. September 1943 erteilten Befehls zur Deportation der
dänischen Juden dem Referat IV B 4 des Reichssicherheitshaupt-
amtes, das den damaligen BdS Kopenhagen, SS-Standartenführer

123

Dr. Rudolf Mildner, mit der Leitung der Aktion betraute. Zur Vorbereitung der Aktion entsandte das Reichssicherheitshauptamt ein Sonderkommando nach Kopenhagen, das von dem Stellvertreter Eichmanns, Günther, geführt wurde. Diesem Sonderkommando gehörten u.a. auch die Angehörigen des Referats IV B 4, Kryschak, Pachow und Hartenberger an. An den Vorbereitungen zur Deportation der dänischen Juden soll ferner der SS-Sturmbannführer Dr. Karl-Heinz Hoffmann, geb. am 12.2.1912 in Duisburg, jetzt Rechtsanwalt in Koblenz, maßgeblich beteiligt gewesen sein. Nach den Aussagen Hoffmanns vor der dänischen Kriminalpolizei im Jahre 1947 hat er den Führern der zu der Festnahmeaktion herangezogenen Schutzpolizeieinheiten die Einzelanweisungen über die Durchführung der Aktion erteilt und ihnen die erforderlichen Unterlagen ausgehändigt. Er soll ferner die Leiter der in Dänemark verteilten Gestapo-Außenstellen zusammengerufen und ihnen ebenfalls entsprechende Befehle erteilt haben. Die Tätigkeit Kryschaks hat nach den vorhandenen Unterlagen im wesentlichen darin bestanden, daß er den Transport der festgenommenen Juden von Kopenhagen nach Theresienstadt begleitete, gemeinsam mit Pachow und Hartenberger.

Der Sachbearbeiter des hiesigen Verfahrens, Staatsanwalt Jans, hat bei seiner Rücksprache in Berlin am 5.2.1965 festgestellt, daß die Arbeitsgruppe Reichssicherheitshauptamt bereits seit längerer Zeit umfangreiche Ermittlungen bezüglich der Beschuldigungen, die Gegenstand des hier anhängigen Verfahrens sind, geführt hat. Sie verfügt insbesondere über Kenntnisse aus Dokumenten, die hier bislang unbekannt waren, da sie auch in dem Abschlußbericht der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen vom 21. Oktober 1964 nicht erwähnt sind. Da in die Ermittlungen der Arbeitsgruppe Reichssicherheitshauptamt auch Kryschak, Pachow und Hartenberger als Beschuldigte einbezogen sind, beabsichtige ich, das hier

anhängige Ermittlungsverfahren aus den dargelegten Gründen einzustellen. Hinzu kommt, daß die von dort geführten Ermittlungen sich auch gegen den SS-Sturmbannführer Dr. Hoffmann richten. Für diese Ermittlungen ist eine hiesige Zuständigkeit nicht gegeben.

Ich bitte daher um baldige Mitteilung, ob die Ermittlungen u.a. gegen Kryschak, Pachow und Hartenberger von dort aus weitergeführt werden und sichergestellt ist, daß insoweit die Verjährung der Strafverfolgung rechtzeitig unterbrochen wird.

Im Auftrage:

gez. Völker
Erster Staatsanwalt

Beglaubigt:



Justizsekretär.

125

Vfg.

1. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Kenntnissnahme.
2. zu schreiben an die Staatsanwaltschaft in I t z e h o e
z.Hd. von Herrn Ersten Staatsanwalt V ö l k e r :

(mit 2 Durchschlägen)

zu: 4 Js 1676/64

Betrifft: 1 wie Anlage

Bezug: Dortiges Schreiben vom 18. 3. 1965

Sehr geehrter Herr Kollege,

auf Ihr oben ^{früheres} ~~angegebenes~~ Schreiben teile ich Ihnen mit, daß ^{das Ihnen übertragene} das Ermittlungsverfahren 4 Js 1676 / 64 ^(ich habe nicht in der Lage teile) ~~der Staatsanwaltschaft in Itzehoe u.a. gegen K r y s c h a k, P a c h o w, H a r t e n b e r g e r und Dr. Hoffmann nicht nach hier~~ ^{zu übernehmen} ~~übernommen und von meiner "Arbeitsgruppe Reichssicherheitshauptamt"~~ weitergeführt werden kann. ^{und hier weiterzuführen}

Die Ermittlungen meiner Arbeitsgruppe ^{sich} können sich ^{lediglich} ~~lediglich~~ gegen die früheren Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes, ~~nichten~~, die verdächtig sind, von Berlin aus an Maßnahmen im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" mitgewirkt zu haben. ^{hingegen} ~~Ich bin dagegen nicht zu ständig~~ ^{gegen} ~~soweit~~ ^{im Rahmen der} ~~frühere~~ ^{die} ~~RSHA - Angehörige~~ außerhalb Berlins ~~für die~~ ^{im Rahmen der} ~~Judenvernichtung~~ tätig geworden sind.

Zwar sind in dem hiesigen Ermittlungsverfahren 1 Js 1 / 65 (RSHA) auch Kryschak, Pachow, Hartenberger und Dr. Hoffmann Beschuldigte. Entsprechend meiner Zuständigkeit wird ihnen jedoch nur vorgeworfen, sich als Angehörige des Referats IV B 4 (Kryschak, Pachow und Hartenberger) sowie IV D 4 (Dr. Hoffmann; aber nur bis August 1943) durch ihre Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt in Berlin an der Ermordung mehrerer Millionen Juden in Europa beteiligt zu haben. Soweit die Betreffenden im Falle Dänemark an Ort und Stelle in die Deportationen eingegriffen haben, sind sie von dem hiesigen Verfahren nicht betroffen, ~~da keine Zuständigkeit gegeben ist~~. Bei Dr. H o f f m a n n kommt ~~noch~~ hinzu, daß er - wie oben bereits ^{ausgeführt} ~~angedeutet~~ - im Zeitpunkt der Judenmaßnahmen in Dänemark schon aus dem "Reichssicherheitshauptamt ausgeschieden und Leiter der Abteilung IV beim BdS Dänemark war.

126

Abschließend darf ich noch bemerken, daß es grundsätzlich auch nicht meine Aufgabe ist, gegen Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes, die bereits in staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren gegen örtliche Täter in Erscheinung getreten sind, gesondert zu ermitteln. Dies kommt bereits in dem Rundschreiben der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg vom 15. 1. 1964 (4 / 64) zum Ausdruck. Es ist dort ausgeführt, daß die Berliner Arbeitsgruppe nur den Gesamtkomplex Reichssicherheitshauptamt untersucht, soweit er noch nicht anderweitig anhängig ist.

Hochachtungsvoll

(Severin)

Oberstaatsanwalt

30. MRZ. 1965

3. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Zeichnung.
4. Diese Verfügung und einen Durchschlag von Ziff. 2 mir vorlegen, *mit d. Anlage*.
- ✓ 5. Einen weiteren Durchschlag Herrn Leiter der Arbeitsgruppe zu den Akten.

Berlin, dne 30.3.1965



31. MRZ. 1965
H an 2) Schl. 3x + ab

1. April 1965



127

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
z.Hd. von Herrn
Ersten Staatsanwalt V ö l k e r

221 I t z e h o e

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Helfer des früheren
SS (SD) Obersturmbannführers E i c h m a n n
wegen NS-Gewaltverbrechen gegen die Juden in
Dänemark im Jahre 1943;

hier: 1. früherer Regierungsamtmann im RSHA und SS (SD)
Hauptsturmführer Werner K r y s c h a k,
geboren am 20. Januar 1906 in Küstrin,
2. SS-Obersturmführer Max P a c h o w ,
geboren am 13. Oktober 1910 in Hoyerswerda,
3. SS-Obersturmführer Richard Hartenberger,
geboren am 27. April 1911 in Wien.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 18. März 1965
- 4 Js 1676/64 -

Sehr geehrter Herr Kollege!

Auf Ihr oben angeführtes Schreiben teile ich Ihnen mit, daß
ich mich nicht in der Lage sehe, das bei Ihnen anhängige Er-
mittlungsverfahren 4 Js 1676/64 gegen K r y s c h a k ,
P a c h o w , H a r t e n b e r g e r und Dr. H o f f m a n n
zu übernehmen und hier weiterzuführen.

Die Ermittlungen meiner Arbeitsgruppe richten sich ausschließ-
lich gegen die früheren Angehörigen des Reichssicherheits-
hauptamtes, die verdächtig sind, von Berlin aus an Maßnahmen
im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" mitgewirkt zu haben.
Hingegen ermittle ich nicht gegen frühere RSHA-Angehörige,
die außerhalb Berlins im Rahmen der Judenvernichtung tätig
geworden sind. Zwar sind in dem hiesigen Ermittlungsverfahren

128

1 Js 1/65 (RSHA) auch Kryschak, Pachow, Hartenberger und Dr. Hoffmann Beschuldigte. Entsprechend meiner Zuständigkeit wird ihnen jedoch nur vorgeworfen, sich als Angehörige der Referate IV B 4 (Kryschak, Pachow und Hartenberger) sowie IV D 4 (Dr. Hoffmann; aber nur bis August 1943) durch ihre Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt in Berlin an der Ermordung mehrerer Millionen Juden in Europa beteiligt zu haben. Soweit die Betreffenden im Falle Dänemark an Ort und Stelle in die Deportationen eingegriffen haben, sind sie von dem hiesigen Verfahren nicht betroffen. Bei Dr. Hoffmann kommt hinzu, daß er - wie oben bereits ausgeführt - im Zeitpunkt der Judenmaßnahmen in Dänemark schon aus dem Reichssicherheitshauptamt ausgeschieden und Leiter der Abteilung IV beim BdS Dänemark war.

Abschließend darf ich noch bemerken, daß es grundsätzlich auch nicht meine Aufgabe ist, gegen Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes, die bereits in staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren gegen örtliche Täter in Erscheinung getreten sind, gesondert zu ermitteln. Dies kommt bereits in dem Rundschreiben der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg vom 15. Januar 1964 (4/64) zum Ausdruck. Es ist dort ausgeführt, daß die Berliner Arbeitsgruppe den Gesamtkomplex Reichssicherheitshauptamt nur untersucht, soweit er noch nicht anderweitig anhängig ist.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Severin)
Oberstaatsanwalt
(Leiter der Arbeitsgruppe)

Fehlblatt

Bl. 129/130 entklebt und zu den HA genommen
(Durdurchschiff des Kern. studiums vom 6/4/65
an das Af Heidenheim betr. Wannecke).

9/8/65
y

Vfg.

1. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Kenntnissnahme.
2. zu schreiben an das Oberlandesgericht in Karlsruhe

12. Zivilsenat :

zu : 7 U 37 / 64 b Entsch.

0 (E II) 38 / 61

Betrifft: Dr. Franz Schüler gegen das Land Baden - Württemberg.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 2. 4. 1965.

Auf das oben angegebene Schreiben teile ich mit, daß der frühere Kriminalsekretär Oskar B a a d e r in den Telefonverzeichnissen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) von 1942 und 1943 und in der sog. Seidl - Aufstellung als Angehöriger des Referats IV A 4 aufgeführt ist. Nach der sog. Ostliste wohnte Baader im Krieg in Berlin - Steglitz, Schlageterstraße 2. Weitere Angaben zur Person sowie sein gegenwärtiger Aufenthalt konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Das Referat des RSHA, das nach den Geschäftsverteilungsplänen mit stand vom 1. 3. 1941, 1. 1. 1942 und 1. 10. 1943 im Jahre 1942 die Bezeichnung IV A 4 führte, bearbeitete in der Gruppe IV A (" Gegner, Sabotage und Schutzdienst; Gruppenleiter SS-Standartenführer und Regierungsdirektor Panzinger) das Aufgabengebiet " Schutzdienst, Attentatsmeldungen, Überwachungen, Sonderaufträge, Fahndungstrupp ". Referatsleiter war SS-Sturm-bannführer RuKR Schulz.

Ich gehe mangels weiterer Angaben davon aus, daß es sich bei dem in dem oben angegebenen Schreiben genannten, mir bisher nicht bekannten Vorgang " RSHA - IV A 4 b - 840 / 42 gegen Dr. Franz Schüler " um einen solchen aus dem Jahre 1942 handelt, obwohl hier die Unterteilung des Referats IV A 4 in Abteilungen a und b für das Jahr 1942 noch nicht aufgetaucht ist. Der Vollständigkeit halber möchte ich jedoch darauf hinweisen, daß Eichmanns Judenreferat IV B 4 etwa im April 1944 die neue Bezeichnung IV A 4 b bei gleichbleibendem Aufgabengebiet erhielt. Es wäre immerhin denkbar, wenn auch sehr unwahrscheinlich, daß der dort vorhandene Vorgang zwar mit dem Aktenzeichen aus 1942 jedoch erst 1944 unter der neuen Referatsbezeichnung vom Eichmann - Referat bearbeitet worden ist. Entscheidend kommt es darauf an, was Gegenstand des Vorgangs war.

Akten des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes konnten im Zuge der hiesigen Ermittlungen noch nicht erfaßt werden. Es kann wohl mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß sie gegen Ende des Krieges vollständig vernichtet worden sind. Meine Erkenntnisse stützen sich auf Unterlagen, die vom RSHA an örtliche Dienststellen oder andere Reichsbehörden gesandt und dort nicht zerstört worden sind.

Die oben zitierten Telefonverzeichnisse des RSHA sind in den im Bundesarchiv in Koblenz vorhandenen sog. Alexandria - Akten enthalten. Bei der sog. Seidl - Aufstellung handelt es sich um eine vermutlich von den Amerikanern für einen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zusammengestellte Personalliste des ~~Reichs~~ Amtes IV im RSHA, die der Verteidiger Seidl in den Prozess 1 Ks 21 / 50 StA München II gegen Huppenkothan eingebracht hat. Die sog. Ostliste ist eine auf bisher nicht bekannten Quellen beruhende Nachkriegsaufstellung über die Angehörigen des RSHA, die in Ablichtung im sog. Deutschen Zentralarchiv in Potsdam vorliegt.

Im Auftrage

(Severin)

Oberstaatsanwalt

3. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Zeichnung.
4. 1 Durchschrift H.L.d.A. zum dortigen Verbleib.
5. Urschrift dieser Verfügung und 1 Durchschlag mir vorlegen.

Berlin, den 8. 4. 1965

1 Jg 1/65 (RSA)

133

UF

1.) Bitte erfahren

Sprachkammerdaten

II / 648 Berlin

/. Kilm
Erbach

2./ Vorlag nach Eingang

22. 7.4. 65
sd

zu 1/ Rkten erf
- 8. APR. 1965

+32147

Der Polizeipräsident in Berlin

134

I 1 - KI 2 -1728/65 1 Berlin 42 , den 8 .4. 19 65
Tempelhofer Damm 1-7
(Angabe bei Antwort erbeten)

Fernruf: 66 0017

Im Innenbetrieb: (95) 42 31 } App. 30 15

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
z.H. von Herrn Assessor
S c h n e i d e r

1 B e r l i n 21
Turmstr. 91

Betrifft: Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 RSHA
gegen frühere Angehörige des RSHA we-
gen Verdachts der Beteiligung an Maßnah-
men im Rahmen der "Endlösung der Juden-
frage";

hier: O p p e r m a n n, Ernst,
19.10.1906 in Berlin geb.,

Bezug: Dort. Schreiben vom 25.3.1965

Anlage: -1- Bericht

Als Anlage übersende ich Ihnen einen Bericht, aus
welchem das E_rgebnis der hiesigen Ermittlungen er-
sichtlich ist.

Im Auftrage

Paul
(Paul), KK

Ma

**Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht München II**

Mö.
Aktenzeichen: 10 a Js 29/60
(bitte bei allen Zuschriften angeben!)



135
MÜNCHEN 35, den 8.4.1965
Justizgebäude an der Eisenstr. 2a
Fernruf: 55971

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München II

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- zu Hd. v. Herrn Ger.Ass.
Schneider -

1 B e r l i n 21
Turmstraße 91

Betreff: Ermittlungsverfahren gegen W. Zoepf und and.
wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord

Zu Ihrem Schreiben vom 17.3.1965
- 1 Js 1/65 (RSHA) -

Mit 1 Anklageschrift gegen Karl Wolff

Sehr geehrter Herr Kollege!

Verbindlichen Dank für Ihre Auskünfte und die übersandten Unterlagen. Leider konnte ich die Dinge bisher noch nicht genauer studieren.

Die Durchsicht der Dokumente ergab, daß sich jedenfalls die meisten bereits hier ~~in~~ den sehr umfangreichen Akten befinden. Gegen Ende April werde ich wieder überwiegend für das im Betreff bezeichnete Ermittlungsverfahren arbeiten; es wird zu einer wohl recht umfangreichen Anklageschrift kommen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mich über neue Ermittlungsergebnisse,

136

- 2 -

die für mein Verfahren von Bedeutung sein können, weiterhin unterrichten könnten.

Falls Sie nach München kommen, besuchen Sie mich bitte zu einer Besprechung.

Hochachtungsvoll



(Huber)
Erster Staatsanwalt

**Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

An das
Standesamt Reinickendorf

Betrifft: O p p e r m a n n , Ernst, geboren am 19. Oktober 1906
in Berlin, früher Regierungsamtman

In einem hier anhängigen Ermittlungsverfahren ist bekanntgeworden,
daß der Obengenannte am 29. Juni 1948 in Buchenwald verstorben
und sein Tod unter Nr. 526/48 beim Standesamt Berlin-Hermsdorf
beurkundet sein soll. Sollte dies zutreffen, bitte ich um bald-
mögliche Übersendung einer Sterbeurkunde und der eventuell vor-
handenen Sachunterlagen, die eine Nachprüfung der Todesumstände
zulassen.

Im Auftrage
Schneider
Assessor

Beglaubigt
Leibke
Justizangestellte

Nur in dieser Sache 1 Berlin 21, den 24. März 1965
(betr. RSHA) Anschrift: Turmstr. 91, Zimmer

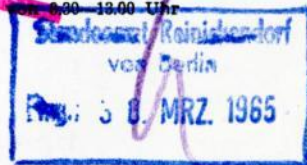
Fernruf: 35 01 11 (933)

1 Berlin 19 (Charlottenburg), den 19

Amtsgerichtsplatz 1

Fernruf 34 03 71 (968)

Sprechstunden: Montags bis freitags von 9.00 - 12.00 Uhr



+ 1015

— Stand VII —

Urschriftlich

an ins. Einsender

mit 1 angeforderten Personenstandsurkunde(n) + 1 Fotokopie

Ersatz (en) zurückgesandt.

Berlin-Wittensau, den

Standesamt Reinickendorf von Berlin

Der Standesbeamte

i.V.

Dieme

Amtsgericht München

Abt. Strafgericht

Registratur S

8 München, Mariahilfplatz 17a

Eingang II

Parteiverkehr: Mo.-Fr.: 8-12 Uhr

Ortsverkehr Tel. 5597/611
(durchwählen)

Fernverkehr Tel. 55971

8.4.65

138

Zimmer Nr. 47

An den Generalstaatsanwalt
beim Kammergericht
Berlin 21, Turmstr. 91
Betreff:

1 Js 1/65 RSHA - Ihr Schreiben vom 16.II.65
Willi Dienst, 1. Januar 1912 geboren.

Trotz eingehender Nachforschungen konnte im hiesigen Archiv
kein Nachweis gefunden werden, dass ~~sein~~ Dienst nach 1945
in einem bayerischen Internierungslager festgehalten wurde.

Auch Entnazifizierungsakten konnten keine aufgefunden werden.

Falls inzwischen anderweitig die Aufenthaltsorte von ihm
festgestellt werden könnten, wird um Mitteilung gebeten, wo er
sich im April-Mai 1946 aufgehalten hat, damit seine Spruchkammer-
akten aufgefunden werden können.

Amtsgericht München, Abt. 4

— Registratur S +

Mariahilfplatz 17a

(Truchsess, Justizangestellte)

1 g 1/65 (RS44)

139

Uf.

1/ Vermerk: Das Verp. 2 g 148/61 STA Hannover
betrifft die Tätigkeit des SEK Sengel
in Völkendorf.

2/ Vom GASS Roeseler Zuständigkeitsbereich unter
Hinweis auf die Rückgabepflicht verlegt mit
der Bitte um ~~Vermittlung~~ Rückgabe nach Abstimmung

Den. 22. 3. 65
Sch.

Eile! Sipa!

- ~ 1/ ^{4/1} RA 2 p 148/6 SA. kannes kommen i. Winkeln
2/ kann Sechshundert in 2 p 1/4- (KSHH) mit dazum. leben.

zu 1/ STB. - gelr.
- 9. APR. 1989 Sei

Kurt 8. 4. 65

**Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht**

Bitte bei allen Schreiben angeben:

Geschäfts-Nr.

2 Js 148/61

3 Hannover, den 1. 3. 1965
Volgersweg 65
Fernruf 16171

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, 3 Hannover, Volgersweg 65

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1. B e r l i n 21
Turmstraße 91



Zu: 1 Js 1/65 (RSA).

In dem Ermittlungsverfahren gegen Walter
Keuck u. And. wegen Beihilfe zu Morden werden
unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben
vom 25.1.1965 anliegend die hiesigen Akten

2 Js 148/61

übersandt.

Rückgabe nach 4 Wochen.

Auf Anordnung

Kühn
(Mainzer)

Justizangestellte

OBERLANDESGERICHT
KARLSRUHE

12. ZIVILSENAT

7 U 37/64b Entsch.
0 (E II) 38/61

75 Karlsruhe, den 2.4.
Hoffstr. 10

1965

-7. APR 1965

*Heute An. henschel
mit der Bitte um weitere
Verhandlung
Antragstellerin bitte um
für Besetzung*

In Sachen

Dr. Schüler gegen Ld. Baden-Würt-
temberg

wegen Entschädigung

In obiger Sache wird der frühere Kriminalsekretär Baader vom Reichs-
sicherheitshauptamt - nähere Personalien nicht bekannt - als Zeuge be-
nötigt. Es wird um Auskunft über den Verbleib des Genannten gebeten.
Ferner wird um Auskunft gebeten, ob und gegebenenfalls wo Akten über
Einzelvorgänge des Reichssicherheitshauptamtes verwahrt werden. Hier
interessiert der Vorgang RSHA - IV A 4b - 840/42 gegen Dr. Franz
Schüler. Es muß sich um mehrere Bände Akten gehandelt haben. Mit wel-
chem Aufgabenkreis war die Abteilung IV A 4b des RSHA befaßt?

Der Einzelrichter:

Gez. Wittber

Ausgefertigt:

Der Geschäftsbeamte der Geschäftsstelle

(Banspach)



An den Herrn
Generalstaatsanwalt
b.d.Kammergericht Berlin
z.Hd.v.H.Oberstaatsanwalt Severin

B e r l i n

Vfg.

- ✓ 1. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Kenntnisnahme.
✓ 2. zu schreiben an das Oberlandesgericht in Karlsruhe

12. Zivilsenat : (2 Durchschläge)zu : 7 U 37 / 64 b Entsch.0 (E II) 38 / 61Betrifft: ^{Schüler} Dr. Franz Schüler gegen das Land Baden - Württemberg.Bezug: Dortiges Schreiben vom 2. 4. 1965.

Auf das oben ^{geführte} ~~angegebene~~ Schreiben teile ich mit, daß der frühere Kriminalsekretär Oskar B a a d e r in den Telefonverzeichnissen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) von 1942 und 1943 und in der sog. Seidl - Aufstellung als Angehöriger des Referats IV A 4, aufgeführt ist. Nach ~~der Aussage eines~~ Ostliste wohnte Baader im Kriege in Berlin - Steglitz, Schlageterstraße 2. Weitere Angaben zur Person sowie sein gegenwärtiger Aufenthalt konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Das Referat des RSHA, das nach den Geschäftsverteilungsplänen mit ~~Stand~~ vom 1. 3. 1941, 1. 1. 1942 und 1. 10. 1943 im Jahre 1942 die Bezeichnung IV A 4 führte, bearbeitete in der Gruppe IV A (" Gegner, Sabotage und Schutzdienst"; Gruppenleiter SS-Standartenführer und Regiergungsdirektor Panzinger) das Aufgabengebiet " Schutzdienst, Attentatsmeldungen, Überwachungen, Sonderaufträge, Fahndungstrupp ". Referatsleiter war SS-Sturm-bannführer RuKR Schulz.

Ich gehe mangels weiterer Angaben davon aus, daß es sich bei dem ~~im dem~~ oben angegebenen Schreiben genannten, mir bisher nicht bekannten Vorgang " RSHA - IV A 4 b - 840 / 42 gegen Dr. Franz Schüler " um einen solchen aus dem Jahre 1942 handelt, obwohl hier die Unterteilung des Referats IV A 4 in Abteilungen a und b für das Jahr 1942 noch nicht aufgetaucht ist. Der Vollständigkeit halber möchte ich jedoch darauf hinweisen, daß Eichmanns Judenreferat IV B 4 etwa im April 1944 die neue Bezeichnung IV A 4 b bei gleichbleibendem Aufgabengebiet erhielt. Es wäre immerhin denkbar, wenn auch sehr unwahrscheinlich, daß der dort ^{unterzeichnete} ~~vorhandene~~ Vorgang zwar mit dem Aktenzeichen aus 1942, jedoch erst 1944 unter der neuen Referatsbezeichnung vom Eichmann - Referat bearbeitet worden ist. Entscheidend kommt es darauf an, was Gegenstand des Vorganges war. //

Original

Akten des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes konnten im Zuge der hiesigen Ermittlungen noch nicht ^{aufgefunden} erfasst werden. Es kann ~~wohl~~ mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß sie gegen Ende des Krieges ^{auf entsprechende Anweisung zum größten Teil} vollständig vernichtet worden sind. ^{die mir vorliegenden} Meine Erkenntnisse stützen sich auf Unterlagen, die vom RSHA an örtliche Dienststellen oder andere "eichsbehörden" ^{dort erhalten geblieben} gesandt und ~~dort nicht zerstört~~ worden sind.

Die oben zitierten Telefonverzeichnisse des RSHA sind in den im Bundesarchiv in Koblenz vorhandenen sog. Alexandria - Akten enthalten. Bei der sog. Seidl - Aufstellung handelt es sich um eine vermutlich von den Amerikanern für einen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zusammengestellte Personalliste des ~~XXXXXX~~ Amtes IV im RSHA, die der Verteidiger Seidl in den Prozess 1 Ks 21 / 50 StA München II gegen Huppenkothan eingebracht hat. Die ~~sog.~~ ["] Ostliste ist eine auf bisher nicht bekannten Quellen beruhende Nachkriegsaufstellung über die Angehörigen des RSHA, die in Ablichtung im sog. Deutschen "entralarchiv in Potsdam vorliegt.

- 8. APR. 1965
im Auftrage

(Severin)
Oberstaatsanwalt

- ✓ 3. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Zeichnung.
^{32.} Karteikasten freier.
- ✓ 4. 1 Durchschrift H.L.d.A. zum dortigen Verbleib.
5. Urschrift dieser Verfügung ^{des Stabes vom 2.4.65} und 1 Durchschlag mir vorlegen.

Berlin, den 8. 4. 1965

[Signature]

24.15.4.65 Sec
Zu 1/ Schob. 31

^{hab}
21. APR. 1965 *[Signature]*

1 Js 1/65 (RSHA)

An das
Oberlandesgericht Karlsruhe
- 12. Zivilsenat -

75 K a r l s r u h e
Hoffstraße 10

zu: 7 U 37/64b Entsch.
0 (E II) 38/61

Betrifft: Sache Dr. Franz S c h ü l e r
gegen das Land Baden-Württemberg

Bezug: Dortiges Schreiben vom 2. April 1965

Auf das oben angeführte Schreiben teile ich mit, daß der frühere Kriminalsekretär Oskar B a a d e r in den Telefonverzeichnissen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) von 1942 und 1943 und in der sogenannten Seidl-Aufstellung als Angehöriger des Referats IV A 4 aufgeführt ist. Nach einer "Ostliste" wohnte Baader im Kriege in Berlin-Steglitz, Schlageterstraße 2. Weitere Angaben zur Person sowie sein gegenwärtiger Aufenthalt konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Das Referat des RSHA, das nach den Geschäftsverteilungsplänen vom 1. März 1941, 1. Januar 1942 und 1. Oktober 1943 im Jahre 1942 die Bezeichnung IV A 4 führte, bearbeitete in der Gruppe IV A ("Gegner, Sabotage und Schutzdienst"; Gruppenleiter SS-Standartenführer und Regierungsdirektor Panzinger) das Aufgabengebiet "Schutzdienst, Attentatsmeldungen, Überwachungen, Sonderaufträge, Fahndungstrupp". Referatsleiter war SS-Sturmbannführer, Regierungs- und Kriminalrat Schulz.

Ich gehe mangels weiterer Angaben davon aus, daß es sich bei dem im oben angegebenen Schreiben genannten, mir bisher nicht bekannten Vorgang "RSHA - IV A 4b - 840/42 gegen Dr. Franz Schüler" um einen solchen aus dem Jahre 1942 handelt, obwohl hier die Unterteilung des Referats IV A 4 in Abteilungen a und b für das Jahr 1942 noch nicht aufgetaucht ist. Der Vollständigkeit halber möchte ich jedoch darauf hinweisen, daß Eichmanns Judenreferat IV B 4 etwa im April 1944 die neue Bezeichnung IV A 4b bei gleichbleibendem Aufgabengebiet erhielt. Es wäre immerhin denkbar, wenn auch sehr unwahrscheinlich, daß der dort interessierende Vorgang zwar mit dem Aktenzeichen aus 1942, jedoch erst 1944 unter der neuen Referatsbezeichnung vom Eichmann-Referat bearbeitet worden ist. Entscheidend kommt es darauf an, was Gegenstand des Vorganges war.

Originalakten des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes konnten im Zuge der hiesigen Ermittlungen noch nicht aufgefunden werden. Es kann mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß sie gegen Ende des Krieges auf entsprechende Anordnung zum größten Teil vernichtet worden sind. Die mir vorliegenden Erkenntnisse stützen sich auf Unterlagen, die vom RSHA an örtliche Dienststellen oder andere Reichsbehörden gesandt und dort erhalten geblieben sind.

Die oben zitierten Telefonverzeichnisse des RSHA sind in den im Bundesarchiv in Koblenz vorhandenen sogenannten Alexandria-Akten enthalten. Bei der sogenannten Seidl-Aufstellung handelt es sich um eine vermutlich von den Amerikanern für einen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zusammengestellte Personalliste des Amtes IV

im RSHA, die der Verteidiger Seidl in den Prozeß 1 Ks 21/50 Staatsanwaltschaft München II gegen Huppenkothen eingebracht hat. Die "Ostliste" ist eine auf bisher nicht bekannten Quellen beruhende Nachkriegsaufstellung über die Angehörigen des RSHA, die in Ablichtung im sogenannten Deutschen Zentralarchiv in Potsdam vorliegt.

Im Auftrage

(Severin)
Oberstaatsanwalt

Der Senator für Inneres

I F 1 - 0258 (Kühn, Gerhard)

147
Berlin 31, den 14. April 1965
Fehrbelliner Platz 2
~~Fernruf: 87 04 86 App. 10~~
Innenbetrieb (95) 4265 3810
Fernruf: 7801 3810

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

Vertraulich - Verschlossen!

Mit Empfangsbekenntnis!

EB ab

15. April 1965

Betr.: Gerhard Kühn, geboren am 15. März 1902

Vorg.: Ihr Schreiben vom 8. April 1965 - 1 Js (RSA) 1.65 -

Anl.: 1 Akte(n)/ ~~Auskunft des BDC/ Fotokopie(n)~~

Auf Grund des § 17 ~~- § 13 Abs. 4~~ des Zweiten Gesetzes zum Abschluß
der Entnazifizierung vom 20. Dezember 1955 (GVBl. S.1022) übersende(n)
ich / wir Ihnen die erbetene(n) Entnazifizierungsakte(n) ~~- die Aus-~~
~~kunft des Berlin Document Center Nummer vom~~
und ~~Fotokopie(n) sämtlicher / der wesentlichsten Unterlagen des~~
~~BDC über den / die Obengenannte(n) zur Einsichtnahme mit der Bitte~~
um Rückgabe der Akte(n) ~~- Fotokopie(n) bis zum~~ nach Gebrauch.

~~In meinem / unserem Archiv konnten keine Unterlagen über den / die~~
~~Obengenannte(n) ermittelt werden.~~

Das Berlin Document Center hat durch die beigefügte Auskunft
Nummer vom mitgeteilt, daß Unterlagen
über den / die Obengenannte(n) nicht ermittelt werden konnten
~~("negativ").~~

Eine Weitergabe der Unterlage(n) ist nur im Rahmen des § 17 aaO.
zulässig.

VR
BA ~~Leinen~~
BB 21.4.65
SL

Im Auftrage

(Magen)

BR. / EB gef.
22. APR. 1965

Teilblatt

(Original - Bericht vom 28/4/65 - zudem HA genommen).

9/8/65
y

Vfg.

149
v. Be. 199 Be. V

zu schreiben an die Zentralstelle in Ludwigsburg:

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des *damaligen*
Reichssicherheitshauptamtes;
hier: gegen Karl A n d e r s und 151 andere.

Bezugnehmend auf das von der "entralen Stelle der Landesjustiz-
verwaltungen, Abteilung III vorgelegte"Verzeichnis von Dokumen-
ten, die sich im Original im Staatsarchiv in Prag / CSR befinden"
bitte ich, mir Ablichtungen folgender Dokumente zur Verfügung
stellen zu wollen:

aus Teil II des Verzeichnisses Bild Nr. 169 - 174, 179, 180,
181 - 182, 183 - 184, 188, 189, 190 - 191, 191 - 193, 203,
204 (Nr. 129 und 130), 206 - 209, 210 - 214, 215, 216-217,
218 - 219, 220, 221, 222, 223 - 224, 225, 226, 227, 228, 229,
230, 231(~~231~~ Nr. 146 und 147), 232, 233 - 234, 235, 236, 237,
~~238 (Nr. 154)~~, 241, 242, 243, 255 - 256, 257 - 258, 270 - 271.

i.A.

Schneider
(Assessor)

Bln, 14.4.65

sch

22. APR. 1965 Lp

Sch. 2x + ab 22/4. 65

150

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen

714 L u d w i g s b u r g
Schorndorfer Straße 28

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA);
hier: gegen Karl A n d e r s und 151 andere

Bezugnehmend auf das von der Zentralen Stelle der Landes-
justizverwaltungen, Abteilung III, vorgelegte Verzeichnis
von Dokumenten, die sich im Original im Staatsarchiv in
Prag/CSR befinden, bitte ich, mir Ablichtungen folgender
Dokumente zur Verfügung stellen zu wollen:

Aus Teil II des Verzeichnisses

Bild Nr. 169-174, 179, 180, 181-182, 183-184, 188, 189, 190-191,
192-193, 203, 204 (Nr. 129 und 130), 206-209, 210-214,
215, 216-217, 218-219, 220, 221, 222, 223-224, 225,
226, 227, 228, 229, 230, 231 (Nr. 146 und 147), 232,
233-234, 235, 236, 237, 238 (Nr. 154), 241, 242, 243,
255-256, 257-258, 270-271.

Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

Aktenzeichen: 22 Js 68/61

Obliges Aktenzeichen bei Rückantwort erbeten

151
8 München 35, den 12.2.1965

Postfach
Justizgebäude Maxburgstraße
(Fernruf: 55974)

8	Anlagen
	Abschriften
	DM Kost M.

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 B e r l i n 21
Turmstraße 91



12/2.65

Betrifft: Strafverfahren gegen Josef Oberhauser u.A.
wegen Beihilfe zum Mord

Zur dortigen Anfrage vom 27.1.1965 - Gesch.Nr. 1 Js 1/65 (RSHA)

Anlagen: 2

Das vorbezeichnete Strafverfahren hatte die Vergasung jüdischer Menschen in dem im Bezirk Lublin gelegenen Vernichtungslager Belzec zum Gegenstand.

Bei den ausgemittelten ehemaligen Angehörigen der deutschen Lagerbesatzung handelte es sich durchwegs um Leute, die vor ihrem Einsatz in Belzec im Rahmen des Euthanasieprogramms verwendet wurden und nach Einstellung der Euthanasie geschlossen dem SS- und Polizeiführer in Lublin, Odilo Globocnik (tot) zur Verfügung gestellt wurden. Die maßgebliche Dienststelle dieser Leute war demnach die "Reichsarbeitsgemeinschaft für Heil- und Pflegeanstalten", die mehr unter dem Namen "T 4" (= Tarnname nach dem Sitz der Dienststelle an der Tiergartenstraße 4) bekannt geworden ist. Diese Dienststelle war eng verflochten mit dem Hauptamt II der "Kanzlei des Führers".

In welcher Weise diese Dienststelle mit dem RSHA zusammengearbeitet hat, kann aus den hiesigen Unterlagen nicht geklärt werden. Ich empfehle Ihnen, sich insoweit mit der Staatsanwaltschaft Hamburg in Verbindung zu setzen. Meines Wissens ist

8

dort ein Verfahren gegen Angehörige der Dienststelle T 4
(Hauptbeschuldigter Allers) anhängig.

Möglicherweise könnte Ihnen zur weiteren Aufklärung als
Zeuge noch der ehemalige Leiter der SS-Standortverwaltung
in Lublin, SS-Sturmbannführer Georg Wipperf, nunmehr wohn-
haft in Saarbrücken, Am Eschberg, Block C links, nützlich
sein. Wipperf hat seinerzeit im Auftrag des RSHA die bei
den Judenvernichtungsaktionen angefallenen Schmuck- und
Wertgegenstände vereinnahmt und der weiteren Verwertung
zugeführt.

Zu Ihrer weiteren Information füge ich Ihnen noch eine
Zusammenstellung der im Verfahren Oberhauser bekanntge-
wordenen Dienststellen bei; ebenso eine Photocopie der
Anklageschrift vom 8.8.1963. Oberhauser wurde zwischen-
zeitlich am 21.1.1965 vom Schwurgericht beim Landgericht
München I zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das noch
nicht abgesetzte Urteil ist noch nicht rechtskräftig.
Hinsichtlich der übrigen in der Anklageschrift aufge-
führten Angeschuldigten wurde die Eröffnung des Hauptver-
fahrens rechtskräftig abgelehnt.


(Bär)

Staatsanwalt

**Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht**

Bitte bei allen Schreiben angeben:

Geschäfts-Nr.

- 2 a Ks 1/64 -

314 Lüneburg, den 25. 2. 1965
Bardowicker Straße 31
Fernruf 6621

152

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, 314 Lüneburg, Bardowicker Str. 31

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21
Turmstraße 91

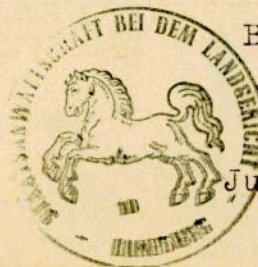


Auf Ihre Anfrage vom 25. 1. 1965 - 1 Js 1/65 (RSHA) -
2 Anlagen: 2 Schriftstücke.

Die Strafakten gegen D e g e n h a r d t u. A. sind zur Zeit
nicht entbehrlich. Das Hauptverfahren ist eröffnet worden. Zur
Zeit entscheidet die Strafkammer beim Landgericht Lüneburg dar-
über, ob die Sache als verhandlungsbereit anzusehen ist, weil
der Hauptangeklagte D e g e n h a r d t krank ist.

Zur Information füge ich je ein Stück der Anklageschrift und des
Abschlußvermerkes bei.

H o e n i s c h
Staatsanwalt



Beglaubigt:

(Adan)

Justizsekretär

**Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Dortmund**

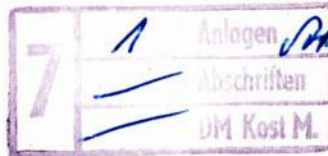
Geschäfts-Nr.: 45 Js 1/61
Bitte bei allen Schreiben angeben!

153
46 Dortmund, den 25.2.1965
Saarbrücker Str. 5-9
Fernruf: 527821
Fernschreiber: 0822 451
Postfach

An den
Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht

1 B e r l i n
Turmstraße 91

Einschreiben



Betrifft: Strafsache gegen den Rechts-
anwalt Dr. Herbert Zimmermann
u.A. wegen Mordes und Bei-
hilfe zum Mord

Bezug: Ihr Schreiben vom 27.1.1965
-1 Js 1/65 (RSA)

Anlage: Abdruck meiner Anklage vom
15.12.1964.

Wunschgemäß übersende ich Ihnen einen
Abdruck meiner Anklageschrift vom
15.12.1964 für die dortigen Vorgänge.

In Auftrage:

Schaplow
(Schaplow)
Staatsanwalt

Stabsgruppe / 141

1 Js

Vfg.

1. zu schreiben

an die Staatsanwaltschaft in D o r t m u n d (Zentralstelle)
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Schaplow:

zu: 45 Js 1/61 gegen Dr. Zimmermann u.A.

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA);

hier: gegen Karl A n d e r s u.A.

Bezug: Mein Schreiben vom 25. 2. 1965;
persönliche Rücksprache mit Herrn Staatsanwalt Schaplow
in Berlin am 5. 5. 1965.

Bezugnehmend auf die persönliche Rücksprache von Herrn Staats-
anwalt Schaplow am 5. 5. 1965 in Berlin bitte ich, mir baldmög-
lich Durchschriften der in dem o.a. Ermittlungsverfahren gegen
Dr. Zimmermann u.A. gefertigten Vernehmungen des beschuldigten
Dr. A l t e n l o h zur Verfügung zu stellen.

Weiterhin wäre ich für die Überprüfung dankbar, ob sich aus den
dortigen Unterlagen sonstige Anhaltspunkte dafür ergeben, daß
das RSHA- vornehmlich das Eichmannreferat IV B 4 - in irgend-
einer Weise an der Vernichtung der im Bezirk Bialystok leben-
den Juden mitgewirkt hat. Gegebenenfalls darf ich um Mitteilung
und Übersendung der entsprechenden Unterlagen zur Auswertung
bitten.

i.A.

Schneider

Assessor

Bln, 5. 5. 65

gef. 5.5.65 Sch
zu 1/ Scarb.

Sc

155/6

Teilblatt

entnommen (Bl. 155) zu den HA 1751/65 bzw.
" 156 " " " 1757/65.

9/8/65

ly

1. 1/65 (RSHA)

157

1/ Bitte Ablichtungen von Bl. 4 5 12 13
und 14

des Sp. A 7 Sp. 46/450 N Bie-/-
Dr. Jumburg.

- 2/ BA alsdann sofort senden.
3/ Ablichtungen mit IP 48 mit vorlegen

27. 4. 65



Zu 2) BH gets.
10.5. Ill

1 Js 1/65 (RSHA)

158

V.

✓ 1.) Beialsten 141 Js 846/61 STA Hamburg
trennen.

2.) ~~zurück~~ w.v.

10/5/65
y

Zu 1) BH gets.

10. Mai 1965

lee

Teilblatt

Bl. 159/160 (Bericht vom 13/4/65)
zu den HA genommen.

9/8/65

Ug

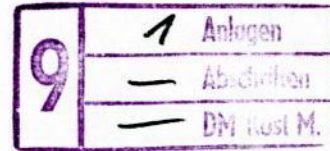
Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht
FREIBURG I. BR.

1 Ks 1/64

Es wird gebeten, dieses Aktenzeichen
bei allen Schreiben anzugeben

161
78 FREIBURG I. BR., den 5. Februar 1965
Kaiser-Joseph-Straße 257
Fernsprecher: Justizzentrale Nr. 319 23



An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Berlin 21

Turmstr. 91

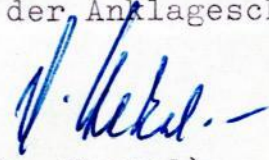
Betr.: Strafsache gegen Robert Weißmann und Arno Sehmisch
wegen Beihilfe zum Mord

Bezug: Dortiges Schreiben vom 27.1.1965 - 1 Js 1/65 (RSA) -

Anlg.: 1

Beifolgend übersende ich ein Exemplar der Anklage vom 24.1.1964 in der im Betreff genannten Strafsache. Die Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht hat am 25. Januar 1965 begonnen und wird voraussichtlich bis Ende April 1965 andauern.

Im Ermittlungsverfahren und bis jetzt in der Hauptverhandlung haben sich keine Hinweise ergeben, ob und in welcher Weise das RSA sichtbar an den Vernichtungsaktionen, die Gegenstand des Verfahrens sind, beteiligt war. Im übrigen darf ich auf die Ausführungen in der Anklageschrift Bezug nehmen.


(Dr. Hertel)
Staatsanwalt

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 14/62

Bitte bei allen Schreiben angeben!

162
46 Dortmund, den 18.2.1965

Saarbrücker Straße 5-9

Fernruf 52 78 21-29

Postfach

Fernschreiber 08 22 451

An den

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21

Turmstraße 91



Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Weirauch u.a.
wegen Beihilfe zum Mord.

Bezug: Schreiben vom 25.1.1965 - 1 Js 1/65 (RSHA)-.

Anlage: 1 begl. Abschrift meines Einstellungsvermerkes

Auf das Bezugsschreiben übersende ich eine begl. Abschrift
meines Einstellungsvermerkes.

Die Akten nebst Beiakten habe ich an den Leitenden
Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Mainz zu 3 Js 51/65
zur Fortführung des Ermittlungsverfahrens gegen die Be-
schuldigten Türk und Reuter abgegeben.

Im Auftrage:

Dr. Kuhlmann
Staatsanwalt



Beglaubigt:

H. Hallermann

(Hallermann)

Justizangestellte

163

Für den Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht in Kiel
der gemäss § 145 GVG beauftragte
Staatsanwalt Plath aus Flensburg
2 Ks 6/63 StA.Kiel

Flensburg, den 3. Februar 1965



Einschreiben!

1	<input checked="" type="checkbox"/> Anlagen
	<input checked="" type="checkbox"/> Abschriften
	<input checked="" type="checkbox"/> DM. Kost M.

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht in Berlin
- Arbeitsgruppe RSHA -

1 B e r l i n 21
Turmstr. 91

Betrifft: Strafverfahren gegen Martin F e l l e n z
wegen Mordes.

Bezug: Ihr Schreiben vom 27.1.1965 - 1 Js 1/65 -.

Anlagen: 4 Schriftstücke.

Mit den Anlagen übersende ich je eine Abschrift
der ersten Anklage gegen Fellenz vom 5.4.1962, des Ur-
teils des Schwurgerichts bei dem Landgericht in Flensburg
vom 11.1.1963, des Urteils des 5. Strafsenats des BGH
vom 8.10.1963 sowie der Anklageschrift in der zweiten Sache
gegen Fellenz vom 1.9.1964.

Zum Stand der Verfahren ist folgendes zu sagen:

Gegen Fellenz waren zwei Strafverfahren anhängig.
Das erste Verfahren 2 Js 486/60 StA. Flensburg ~~ist~~ = 2 Ks 1/62
StA. Flensburg ist bereits einmal vor dem Schwurgericht
bei dem Landgericht in Flensburg verhandelt worden (vgl.
Urteil des Schwurgerichts bei dem Landgericht in Flensburg
vom 11.1.63). Vor allem auf die Revision der Staatsanwalt-
schaft hin ist das Urteil durch den 5. Strafsenat des BGH
vom 8.10.63 aufgehoben worden (s. Anlage). Die Sache ist zur
erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Schwurgericht
bei dem Landgericht in Kiel zurückverwiesen worden. Sie

trägt dort jetzt das Aktenzeichen 2 Ks 6/63 StA.Kiel. Staatsanwaltschaftlich wird sie entsprechend dem oben gegebenen Geschäftsauftrag meines Generalstaatsanwalts weiterhin von mir bearbeitet.

Im zweiten Verfahren gegen Fellenz (2 Js 117/63) ist das Hauptverfahren vor dem Schwurgericht eröffnet worden. Es trug das Aktenzeichen 2 Ks 1/64 StA.Flensburg. Sodann ist diese Sache mit der ersten Sache gegen Fellenz (2 Ks 6/63 StA. Kiel) zum Zwecke gemeinschaftlicher Verhandlung und Entscheidung verbunden worden.

In der somit jetzt vorliegenden einheitlichen Sache ist ein Termin zur Hauptverhandlung noch nicht anberaumt worden.

Dem Angeklagten Fellenz wird zur Last gelegt, als Stabsführer des SS- und Polizeiführers im Distrikt Krakau die Judenaussiedlungen in Krakau, Tarnow, Miechalowice, Reichshof und Przemysl verantwortlich geleitet und sich dadurch der Mittäterschaft zum Massenmord schuldig gemacht zu haben. Das Verfahren betrifft mithin lediglich die Massenvernichtung von Juden im sogenannten GG, nicht aber die ausserhalb von Aussiedlungen durch Angehörige der Geheimen Staatspolizei vorgenommenen Tötungen (Sonderbehandlungen). Da somit Einzeltötungen, die von Gestapo-Angehörigen vorgenommen worden sind, nicht Gegenstand des Verfahrens gegen Fellenz waren, kann ich auch nicht angeben, ob insoweit die Einzeltötungen (Sonderbehandlungen) auf generellen oder speziellen Befehlen des Reichssicherheitshauptamtes beruhen. In Bezug auf die Massenvernichtung der Juden im Wege von Judenaussiedlungen, und Vergasungen in Belzec, Treblinka, Sobibor und Maidanek haben die Ermittlungen ergeben, dass insoweit diese Aktionen fast ausschliesslich im Generalgouvernement geplant und auch durchgeführt worden sind. Ein unmittelbarer Einfluss des Reichssicherheitshauptamtes war bisher insoweit nicht zu erkennen. Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen

ist davon auszugehen, dass der Höhere SS-und Polizeiführer im Generalgouvernement, SS-Obergruppenführer Krüger, vom Reichsführer SS den Auftrag bekommen hat, die Judenvernichtung in seinem Bereich (im GG) in eigener Zuständigkeit durchzuführen. In diesem Zusammenhang erhielt der SS-und Polizeiführer im Distrikt Lublin, SS-Brigadeführer Globocnik den Sonderauftrag, die vier schon bezeichneten Vernichtungslager zu errichten und zu betreiben. Die übrigen 4 SS-und Polizeiführer in den Distrikten Krakau, Warschau, Radom und Galizien (Lemberg) hatten die Aufgabe, die Juden ihres Bereiches zu sammeln und mit der Eisenbahn in die Vernichtungslager im Bereich Lublin abzutransportieren. Naturgemäss hat der SS-und Polizeiführer in Lublin in seinem eigenen Distrikt diese Tätigkeit ebenfalls vorgenommen. Da der Höhere SS-und Polizeiführer im GG und die SS-und Polizeiführer in den Distrikten - wie urkundlich nachgewiesen - sowohl der Sicherheits- als auch der Ordnungspolizei ihres Bereichs weisungsberechtigt waren und da die eigentlichen Judenaussiedlungen auf entsprechende Befehle der SS-und Polizeiführer zurückgehen, ist eine unmittelbare Einflussnahme des Reichssicherheitshauptamtes insoweit nicht zu erkennen. Das Reichssicherheitshauptamt hat teilweise nur die allgemeine Tätigkeit der Sicherheitspolizei gesteuert, Allerdings auch nur im beschränkten Umfange; denn das Generalgouvernement war ein an sich abgeschlossenes Gebiet; der Höhere SS-und Polizeiführer im Generalgouvernement war seit 1942 Staatssekretär für das Sicherheitswesen in diesem Bereich. Ein grosser Teil der Befehle auch zur Sicherheit im Generalgouvernement ist vom Höheren SS-und Polizeiführer ausgegangen. Das Nähere über die Durchführung der Judenaussiedlungen sowie die im Generalgouvernement bestehende Polizeiorganisation bitte ich den beiliegenden Anklageschriften zu entnehmen.

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, dass zu dieser Frage auch im ^{Eckmann} ~~eigenen~~ Urteil ~~einige~~ Stellen enthalten sind. Das israelische Gericht hat nicht mit Sicherheit feststel-

len können, dass das Reichssicherheitshauptamt auch die Judenvernichtung im Generalgouvernement gesteuert hat. Es hat im Gegenteil ausgeführt, dass insoweit die Einflussnahme des Reichssicherheitshauptamtes nicht von Bedeutung war.

Der Ordnung halber teile ich mit, dass das hier vorliegende Aktenmaterial gegen Fellenz z.Zt. nicht übersandt werden kann, da es dem Schwurgericht in Kiel zur Vorbereitung der Hauptverhandlung vorliegt.

Plath

(P l a t h)

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

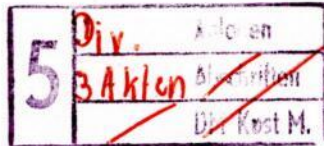
Geschäfts-Nr.:
Bitte bei allen Schreiben angeben!

45 Js 1/61

167
46 Dortmund, den 14.5.1965
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 52 78 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 B e r l i n
Turmstraße 91



Schnellpaket



Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere
Angehörige des ehemaligen Reichs-
sicherheitshauptamtes (RSHA);
hier: gegen Karl Anders u.A.

Bezug: Ihr Schreiben vom 5.5.1965;
persönliche Rücksprache des Unter-
zeichneten mit den Herren Staatsanwalt
Nagel und Gerichtsassessor Schneider
am 5. und 11.5.1965

Anlagen: 8 Vernehmungsniederschriften
3 Schnellhefter (Polen 1-3)

Vereinbarungsgemäß übersende ich Ihnen mit der
Bitte um Auswertung und Rückgabe folgende Ver-
nehmungsprotokolle:

- a) Dr.Altenloh vom 21. 9.1960 (Bd.II-1 Bl.122-131),
- b) Dr.Altenloh vom 21. 9.1961 (Bd.XII Bl.157-170),
- c) Dr.Altenloh vom 10. 7.1962 (Bd.XXIII Bl.130-136),
- d) Dr.Altenloh vom 19. 8.1963 (Bd.XXXI Bl.114-125),
- e) Dr.Altenloh vom 20. 8.1965 (Bd.XXXI Bl.150-154),
- f) Heimbach vom 21./22.5.1965 (Bd.XXII Bl.139-159),
- g) Heimbach vom 16./18.10.1963 (Bd.XXXII Bl.81-101).

168

Ferner gebe ich mit verbindlichem Dank die mir zur Auswertung freundlicherweise überlassenen drei Schnellhefter mit Dokumenten über Polen (Polen 1 bis 3) zurück. Sollten dort noch weitere Dokumente, die insbesondere Hinweise auf die Tätigkeit von Dienststellen im Raum Bialystok enthalten, zur Verfügung stehen oder noch bekannt werden, darf ich um Mitteilung bitten.

Im Auftrage:
Schaplow
Staatsanwalt



Beglaubigt:

Lippemeier
(Lippemeier)

Justizangestellte

Landgericht Baden-Baden
- Der Untersuchungsrichter -

Baden-Baden, den 19. Mai 1965

VU 1/65

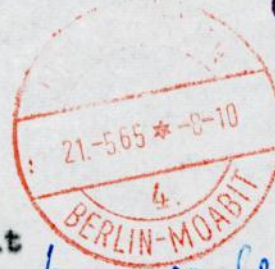
169

4	V	St
		DM Kost M.

An die
Zentralstelle für die
Bearbeitung von national-
sozialistischen Verbrechen
bei dem Herrn Generalstaatsanwalt

B e r l i n 21- West

Turmstrasse 91



hilt

Kerny Gf. Schneider
mit der Bitte um Rücksprache.

21. MAI 1965

Betreff: Strafsache gegen

1. Hellmuth Reinhard (alias Patzschke)
aus Unterwerschen

2. Wilhelm Wagner aus Altenkirchen
wegen Beihilfe zum Mord

Bezug: ohne

Anlagen: 1

Wie ich von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltung in Ludwigsburg erfahren habe, soll die Zentralstelle für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Verbrechen bei dem Herrn Generalstaatsanwalt in Berlin - vermutlich unter dem Aktenzeichen 1 AR (RSHA) 944/64- eine umfangreiche Untersuchung über die Tätigkeit der beim Reichssicherheitshauptamt beschäftigten Personen führen. Ich hege deshalb die Hoffnung, dass möglicherweise dort Urkunden oder andere Beweismittel und Erkenntnisse vorhanden sind, die für das bei mir anhängige Verfahren erheblich sein könnten.

Aus der beiliegenden Abschrift der Verfügung über die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung ergibt sich im wesentlichen der Gegenstand des hier anhängigen Verfahrens. Das bisherige Belastungsmaterial stammt im wesentlichen aus einer Dokumentensammlung über

140

"Die Deportierung der Juden aus Norwegen nach Auschwitz", zusammengestellt von Towiah Friedmann, herausgegeben durch die Stadtverwaltung von Ramat Gan, August 1963.

In dieser Dokumentensammlung ist zunächst einmal ein Fernschreiben folgenden Inhalts abgedruckt:

"+ Oslo Nr. 19898 25.11.42 0055 = GE =
An die Stapoleitstelle S t e t t i n =
G e h e i m =
Betr.: Abtransport von Juden aus Norwegen =
Dringend sofort vorlegen==
Vorg: ohne=

711 B-551-
Aus besonderen Gründen kann ich erst heute mitteilen, das am 26.11.42 ein Schiffstransport von ungefähr 7 - 900 männlichen und weiblichen Juden in allen Altersstufen von Oslo nach Stettin durchgeführt werden wird. Die Überfahrt wird wahrscheinlich ungefähr 3 Tage beanspruchen.= Da das von der Kriegsmarine zur Verfügung gestellte Schiff nach seiner Ankunft in Stettin sofort wieder benötigt wird, bitte ich, die sofortige Ausschiffung und Unterbringung der Juden nach ihrer Ankunft vorzubereiten. Die Juden sollen nach Auschwitz verbracht werden. Ich habe soeben das RSHA unterrichtet, und nehme an, dass von dort aus weitere Weisung erfolgt.=

B. D.S. U. SD- Oslo B.NR. ROEM.4 - GEZ. R E I N H A R D T ,
SS-STUBAF=+++ "

Das Schreiben bzw. FS, mit dem das Reichssicherheitshauptamt unterrichtet worden ist, ist in der Dokumentensammlung von T.Friedmann nicht enthalten. Es muss jedoch ein entsprechendes Blitz-FS unter der Nummer 19892 am 25.11.42 vom BDS Oslo an das Reichssicherheitshauptamt ergangen sein, wie sich aus dem nachfolgend, ebenfalls in der Dokumentensammlung von T.Friedmann abgedruckten Antwort FS des Reichssicherheitshauptamtes ergibt:

711 B-550-
"+++ Blitz Berlin NUE Nr 215 667 25.11.42 1745 = GR =
An BDS Oslo -
Nachrichtlich an Stapoleitstelle Stettin =
Geheim -

Betr: Abransport von Juden aus Norwegen.-

Bezug: Dort.Blitz FS Nr. 19.892 vom 25.11.42 -

Die plötzlich von Seiten der Kriegsmarine angebotene Möglichkeit zum Abtransport der Juden aus Norwegen bitte

141

ich auf alle Fälle auszunutzen.- Bei der Bestimmung des zu evakuierenden Personenkreises bitte ich folgende Richtlinien genau zu beachten:

1) Es dürfen nur Personen mit der Staatsangehörigkeit von Norwegen, Deutsches Reich, Slowakei, Kroatien und den vom Reich besetzten Länder u. Staatenlose, die nach den in Norwegen vorliegenden Bestimmungen als gelten, abgeschoben werden. (Unter Bezugnahme auf den hiesigen Erlass vom 28.7.42 - IV B 4 klein A - 2644/42 - nach dem Juden mit der Staatsangehörigkeit des britischen Empire, der USA, von Mexiko, der Mittel- und südamerikanischen Feindstaaten sowie der neutralen und verbündeten Staaten wie Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien usw). In keinem Fall (unterstrichen) abzuschieben sind, W D besonders hingewiesen) -

2) Von der Evakuierung sind zunächst zurückzustellen:

A) In deutsch-jüdischer oder norwegisch-jüdischer Misshöhe lebende Juden mit Familienangehörigen.-

B) Jüdische Mischlinge, die nicht als Juden gelten, mit Familienangehörigen.- Eine Ehetrennung sowie die Trennung von Kindern unter 14 Jahren ist zu vermeiden.-

Den Transporten bitte ich Lebensmittel in ausreichender (UNTERSTR) Menge für den Zeitraum von mindestens 14 Tagen mitzugeben. Ausserdem soll jeder Jude ausreichend mit guter Arbeitskleidung, Schuhwerk, Wäsche, Bettzeug, Decken, Ess- und Trinkgeschirr usw. ausgerüstet sein.-

Nicht mitgenommen werden dürfen: Wertpapiere, Devisen, Sparkassenbücher und sonstige Wertsachen (Gold, Silber, Platin- mit Ausnahme des Eheringes) - sowie lebendes Inventar. Die Juden sind vor Abfahrt der Transporte u.a. nach Waffen, Sprengstoffen, Giften usw. zu durchsuchen.-

Zur Sicherung der Transporte ist eine entsprechend ausgerüstete Begleitmannschaft unter Führung eines SS-Führers oder Polizeioffiziers einzusetzen.-

Weiter bitte ich zu erwirken, dass die abbeförderten Juden nach Verlassen des norwegischen Gebietes ihre norwegische Staatsangehörigkeit verlieren und die norwegische Regierung keinerlei Ansprüche mehr hinsichtlich einzelner Juden erhebt. Eine Rückkehr abbeförderter Juden nach Norwegen kommt in keinem einzigen Fall mehr in Frage.- Die Abfahrt der Transporte bitte ich mit FS unter Angabe der Transportstärke, des Führers und der Stärke der Belegmannschaft sowie der voraussichtlichen Ankunftszeit in Stettin dem RSHA, IV B 4, und der Stapoleitstelle Stettin bekanntzugeben.-

Für die vorübergehende Konzentrierung der in Stettin ankommenden Juden wird die Stapoleitstelle Stettin sorgen. Der baldige Weitertransport nach Auschwitz wird von hier veranlasst. - Einem abschliessenden Bericht sehe ich ausserdem entgegen.-

Zusatz für Stettin:-

Ich bitte, wie von Oslo beantragt, für eine vorübergehende Konzentrierung der in Stettin voraussichtlich am 29.11.42 ankommenden Juden zu sorgen. Der für den Weitertransport der Juden erforderliche Sonderzug wird von hier beim Reichsverkehrsministerium beantragt. Weitere Weisung ergeht.

RSA ROEM.4 B 4 3771 / 42 KLEIN G = 1546)

I.A. GEU. GUENTHER SS-STURMBANNFÜHRER + -"

Es befindet sich in der Dokumentensammlung von T.Friedmann auch noch ein weiteres wichtiges FS:

"+ Berlin Nue 217 082 1// 26.11.42 1740 = JO =

An die Stapoleitstelle S t e t t i n -

z.Hd.SS-STUBAF. DR. R I E D E L - O.V.I.A.-

S t e t t i n. ==

Dringend - sofort vorlegen - geheim.-

Betr.: Abbeförderung von Juden aus Norwegen.-

Bezug: FS.-Erlass ROEM. 4 B KL.A - 3771/42 KL.G (15 vom 25.11.42.-

Im Nachgang zu dem obengenannten FS.-Erlass und unter Bezugnahme auf den dortigen FS.-Bericht vom 25.11.42 - ROEM. 2 B 4 - 1514 KL. G-

teile ich mit, dass beim Reichsverkehrsministerium die Bereitstellung eines Sonderzuges für die Weiterbeförderung der voraussichtlich am 29.11.1942 mit Schiffstransport in Stettin ankommenden Juden aus Norwegen nach Auschwitz beantragt wurde.- Der Sonderzug wird voraussichtlich am 30.11.42 ab Stettin verkehren. Den genauen Fahrplan bitte ich bei der Reichsbahndirektion Stettin zu erfragen.-

Die Bereitstellung der für den Eisenbahntransport ab Stettin nach Auschwitz erforderlichen Begleitmannschaft (Ordnungspolizei in Stärke von 1 Führer und mindestens 15 Mann) bitte ich von dort zu veranlassen.- Die Abfahrt des Transportes ab Stettin bitte ich mit dringendem FS. dem RSA. ROEM. 4 B 4, dem Inspekteur der KL. in Oranienburg und dem KI Auschwitz unter Angabe der Transportstärke und des Führers und der Stärke des Begleitkommandos bekanntzugeben.- Die Verrechnung der durch den Transport entstehenden Kosten ist gemäss Runderlass ROEM. 2 C 1/2 NR. 650/41 - 238-10. vom 10.1.1942 zu regeln.=

RSA. BLN - ROEM. 4 B 4 - KL. A -

3771/42 KL. G (1546) I. A. GEZ.

GUENTHER - SS-STUBAF.-+ "

Über den zweiten im Frühjahr 1943 durchgeführten Transport von Juden nach Norwegen nach Auschwitz weist die Dokumentensammlung von T. Friedmann nach folgende wichtige FS auf:

"+ Oslo FS 3113 23/2 2145 = FR =

An die Stapoleitstelle Stettin . ==

Dringend, sofort vorlegen. ==

Betr.: Abtransport von Juden aus Norwegen. ==

Vorg.: Hiesg. FS Nr. 19898 v. 25.11.42 - Roem. 4 B 4 - 1554/42 G. ==

Am 24. Febr. 1943 wird ein weiterer Schiffstransport von ungefähr 160 männl. und weibl. Juden in allen Altersstufen von Oslo nach Stettin durchgeführt. (Ca. 75 Männer, der Rest Frauen und Kinder). Die Überfahrt wird wahrscheinlich 2 Tage beanspruchen.-- Ich bitte, zu veranlassen, dass unmittelbar nach Ankunft des Schiffes in Stettin das Schiff ausgeladen wird und für die Unterbringung der Juden nach ihrer Ankunft gesorgt ist. Auch diese Juden sind wiederum für das Konzentrationslager Auschwitz vorgesehen. Ich habe soeben das Reichssicherheitshauptamt unterrichtet, und nehme an, dass von dort weitere Weisung erfolgt. ==

S L.D. S D Oslo- ROEM. 4 B 4 - Nr. 1554/42 G -

I.A. Gez. WAGNER, - HAUPTSTURMFÜHRER + - "

"Berlin Nue Nr. 35781 25.2.43 1855 = HU =

An die Stl. Stettin = Nachrichtlich: an die Stl. Berlin
- G e h e i m --

Dingend sofort vorlegen --

Betr.: Abbeförderung von Juden aus Norwegen.-

Nach der Mitteilung des BDS. U.D. SD in Oslo werden am 26.2.43 etwa 160 Juden aus Norwegen in Stettin eintreffen. Ich bitte diese Juden im Einvernehmen mit der Stl. Berlin nach Berlin zu überführen, wo sie geschlossen einem der nächsten Judentransporte nach Auschwitz angeschlossen werden.- Die Überstellung nach Berlin erfolgt zweckmässig mit mehreren an einem Regelzug angeschlossenen Sonderwaggons, die bei der Reichsbahndirektion Stettin zu beantragen sind. Für entsprechende Bewachung bitte ich Sorge zu tragen.- Zusatz für STL. Berlin: Die genannten Juden bitte ich dem am 1.3.43 vorgesehenen Judentransport nach Auschwitz anzuschliessen. In der Abfahrtsmeldung sind diese Juden besonders anzuführen.=

RSHA - ROEM 4 B 4 A - 3771/42 G (1546).

-I.A. Gez. EICHMANN,- OSTUBAF + "

7116-595-

"+++ Oslo FB 3304 26.2.43 1745 = FR =

Geheim, dringend, sofort vorlegen.--

An St. Stettin.---

Betr.: Abtransport von Juden aus Norwegen.---

Vorg.: Hies. FS. ROEM. 4 B 4 V 1554/42 G V. 23.2.43 Nr. 3114

7118-557-
.... Am 25.2.43 wurden mit dem Transportschiff "Gotenland" 158 Juden (74 Männer, 84 Frauen und Kinder) nach Stettin abgeschickt. Das Schiff wird voraussichtlich am 27.2.43 in Stettin ankommen. Die Ankunftszeit wird der Marinedienststelle Stettin durch Funkspruch der "Gotenland" bekannt gegeben. Das RSHA wurde ebenfalls über die Abfahrt des Schiffes durch FS verständigt.---

BDS u. D SU Oslo ROEM. 4 B 4--1554/42 G.--I.A.gez.

WAGNER, SS-HAUPTSTURMFÜHRER! ++

Ich erlaube mir deshalb die Bitte, ob etwas und gegebenenfalls was dort über die beiden hier interessierenden Deportationen von Juden aus Norwegen nach Auschwitz bekannt ist, und ferner insbesondere, ob und gegebenenfalls welche einschlägigen Unterlagen, insbesondere Fernschreiben, dort vorliegen.

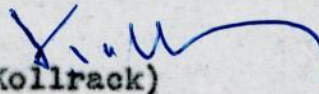
Der Beschuldigte Reinhard läßt sich im vorliegenden Verfahren dahin ein, dass er mit der Deportation der Juden überhaupt nichts zu tun gehabt und von Auschwitz nur soviel gewußt hätte, dass es sich um ein Konzentrationslager gehandelt habe; er habe jedoch bis zu Kriegsende nicht gewusst, dass Juden in Auschwitz oder sonstwo systematisch umgebracht, insbesondere vergast worden seien.

Soweit ich informiert bin, geht die "Endlösung der Judenfrage", also die systematische Vernichtung jüdischer Menschen, auf die Wannsee-Konferenz vom 20.1.1942 zurück. Es müssen jedoch in der Folgezeit weitere Besprechungen und Anweisungen erfolgt sein, die den reibungslosen Ablauf der beiden hier interessierenden Deportationen und die - wie bisher bekannt - sofortige Vernichtung des größten Teils dieser Menschen am Ankunftsstage in Auschwitz erklären. Ich darf deshalb auch um Mitteilung bitten, was über derartige Besprechungen, Anweisungen, Befehle etc., die für das vorliegende Verfahren von Bedeutung sein können, dort bekannt ist; insbesondere interessiert, ob die beiden hier Beschuldigten

Reinhard und Wagner auf Grund solcher Besprechungen, Anweisung etc. wussten, dass ~~dän~~ Juden mit ihrer Deportation aus Norwegen der Tod in Auschwitz drohte.

Schliesslich wäre ich für die Überlassung einer Fotokopie des Organisationsplanes des Reichssicherheitshauptamtes, insbesondere der Abteilung IV, sehr dankbar.

Da es sich in vorliegender Sache um eine Haftsache handelt, darf ich höflichst um baldige Beantwortung meines Schreibens bitten.


(Kollrack)
Landgerichtsrat

146

Vfg.

1. zu schreiben an das Landgericht Baden-Baden - Der Untersuchungsrichter - z.Hd. von Herrn Landgerichtsrat K o l l r a c k :

zu : VU 1 / 65

Betrifft: Strafsache gegen Reinhard und Wagner

Bezug: Ihr Schreiben vom 19. 5. 1965

Anlagen: 1 Bd. 1 AR (RSHA) 944/64
1 Dok.Bd. " Norwegen " 1 Js 1 / 65 (RSHA)
1 Bd. GVPl. des RSHA - Stand 1. 3. 1941

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat,

auf Ihr o.a. Schreiben hin erlaube ich mir, Ihnen die hier vorhandenen Unterlagen über die gegen die Juden in Norwegen gerichteten Maßnahmen zur "Kenntnisnahme und Auswertung im dortigen Verfahren zu übersenden. Um baldmögliche Rückgabe, spätestens nach 3 Wochen, darf ich höflichst bitten.

Bezüglich des Geschäftsverteilungsplanes darf ich ergänzend noch darauf hinweisen, daß die ^{be} aus den Jahren 1942 und 1943 ebenfalls vorhandenen Unterlagen ~~bezüglich~~ hinsichtlich des Amtes IV im RSHA keine oder nur unwesentliche Änderungen enthalten.

Weitere Beweismittel, insbesondere solche, aus denen sich die Kenntnis von Reinhard und Wagner über das Schicksal der nach Auschwitz deportierten Juden ergibt, konnten hier nicht erfaßt werden.

Hochachtungsvoll

i.A.

(Schneider)
Gerichtsassessor

2. mir zur Unterschrift

Bln., den 21. 5. 1965

24. MAI 1965
H. m.) Sch. 2
tab 25. MAI 1965

SA

176a

1 Js 1/65 (RSHA)

An das
Landgericht Baden-Baden
Der Untersuchungsrichter
z.Hd. von Herrn
Landgerichtsrat K o l l r a c k

757 B a d e n - B a d e n

Betrifft: Strafsache gegen R e i n h a r d und W a g n e r
Bezug: Ihr Schreiben vom 19. Mai 1965 - VU 1/65 -
Anlagen: 1 Band Akten 1 AR (RSHA) 944/64
1 Dokumentenband "Norwegen" 1 Js 1/65 (RSHA)
1 Band GVPl. des RSHA - Stand 1. März 1941

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat,

auf Ihr o.a. Schreiben hin erlaube ich mir, Ihnen die hier vorhandenen Unterlagen über die gegen die Juden in Norwegen gerichteten Maßnahmen zur Kenntnismahme und Auswertung im dortigen Verfahren zu übersenden. Um baldmögliche Rückgabe, spätestens nach drei Wochen, darf ich höflichst bitten.

Bezüglich des Geschäftsverteilungsplanes darf ich ergänzend noch darauf hinweisen, daß diese aus den Jahren 1942 und 1943 ebenfalls vorhandenen Unterlagen hinsichtlich des Amtes IV im RSHA keine oder nur unwesentliche Änderungen enthalten.

Weitere Beweismittel, insbesondere solche, aus denen sich die Kenntnis von Reinhard und Wagner über das Schicksal der nach Auschwitz deportierten Juden ergibt, konnten hier nicht erfaßt werden.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Schneider)
Gerichtsassessor

177

Vfg.

1. zu schreiben an das Staatsarchiv in Nürnberg, Archivstr. 17:

Betr.: Archiv des IMT in Nürnberg

hier: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes wegen Beteiligung
an Maßnahmen im Rahmen der " Endlösung der Juden-
frage " - 1 Js 1 / 65 (RSHA) - .

In dem hier anhängigen o.a. Ermittlungsverfahren benötige ich
folgende Dokumente zur kurzfristigen Einsichtnahme und wäre
für ihre baldmögliche Übersendung dankbar:

N O 057 ~~058~~ bis 064 (Bl. 158 bis 187) ✓
" 148 (Bl. 352) ✓
" 485 (Bl. 709 - 714) ✓
" 1266 (Bl. 7) ✓
" 1567 (Bl. 870 - 877) ✓
" 1746 (Bl. 233 - 237) ✓
" 2202 (Bl. 415 - 424) ✓
" 2444 (Bl. 63 - 66) ✓
" 2477 (Bl. 112 - 120) ✓
" 2562 (Bl. 375 - 377) ✓
" 2756 (Bl. 942) ✓
" 3031 (Bl. 123 - 125)
" 3034 (Bl. 130)

Hochachtungsvoll

i.A.

(Schneider)

Assessor

2. mir zur Unterschrift

Bln., 20.5.65

[Signature]

21. MAI 1965 *le*
21. Mai 1965 *le*

21. Mai 1965

le

178

1 Js 1/65 (RSHA)

An das
Staatsarchiv in Nürnberg

85 N ü r n b e r g
 Archivstraße 17

Betrifft: Archiv des IMT in Nürnberg
 hier: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des
 ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
 wegen Beteiligung an Maßnahmen im Rahmen der
 "Endlösung der Judenfrage" - 1 Js 1/65 (RSHA) -

In dem hier anhängigen o.a. Ermittlungsverfahren benötige ich
folgende Dokumente zur kurzfristigen Einsichtnahme und wäre
für ihre baldmögliche Übersendung dankbar:

N O	057 bis 064 (Bl.158-187)
"	148 (Bl.352)
"	485 (Bl.709-714)
"	1266 (Bl.7)
"	1567 (Bl.870-877)
"	1746 (Bl.233-237)
"	2202 (Bl.415-424)
"	2444 (Bl.63-66)
"	2477 (Bl.112-120)
"	2562 (Bl.375-377)
"	2756 (Bl.942)
"	3031 (Bl.123-125)
"	3034 (Bl.130)

Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

Le

175

Vfg.

v o r z u l e g e n Herrn Ersten Staatsanwalt V o i g t
mit den Akten 3 P (K) Js 49 / 63 :

Auf die Anfrage vom 26. 5. 1965 teile ich mit, daß hier keine neuen Erkenntnisse über H a r t m a n n vorliegen, die für das dortige Verfahren von Interesse sein können.

In dem Ermittlungsverfahren 1 Js 1 / 65 (RSHA) ist Hartmann zwar einer von 152 Beschuldigten. Gegenstand dieses Verfahrens ist jedoch lediglich die Mitwirkung von früheren Angehörigen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes an Maßnahmen im Rahmen der " Endlösung der Judenfrage ", soweit diese im RSHA von Berlin aus erfolgte. Die Ermittlungen richten sich hingegen nicht gegen RSHA - Angehörige, die außerhalb von Berlin an der Judenvernichtung beteiligt waren. H a r t m a n n wird demzufolge hier auch nur seine Tätigkeit im Judenreferat IV B 4 im RSHA in Berlin zum Vorwurf gemacht.

Allein schon diese Zuständigkeitsregelung schließt gegenwärtig und auch für später eine Übernahme des dortigen Verfahrens aus, da es allein die Zeit der Zugehörigkeit von H a r t m a n n im Jahre 1943 zum Sonderkommando Brunner in Südfrankreich betrifft. Hinzu kommt aber, daß es grundsätzlich nicht Aufgabe der Arbeitsgruppe ist, gegen frühere Angehörige des ehemaligen RSHA zu ermitteln, die bereits in staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren gegen örtliche Täter in Erscheinung getreten sind. Es kommt dies bereits in dem Rundschreiben der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg vom 15. Januar 1964 (4 / 64) zum Ausdruck.

Zu der Möglichkeit einer Einstellung des dortigen Verfahrens nach § 154 StPO vermag ich im gegenwärtigen Stand der Ermittlungen noch nicht Stellung zu nehmen. Ich halte sie jedoch schon deswegen für nicht sehr wahrscheinlich, da der Vorwurf örtlicher Straftaten erfahrungsgemäß eine strengere Bestrafung zur Folge hat als der des sog. Schreibtischtäters im hiesigen Verfahren.

Berlin, dne 26.5.1965



Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 12/63
Bitte bei allen Schreiben angeben!

180
28.5.1965
46 Dortmund, den
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 52 78 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 B e r l i n 21

Turmstrasse 91

z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Nagel

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Rechtsanwalt
Bosshammer und andere wegen Mordes bzw.
Beihilfe zum Mord (BDS Italien)

Bezug: Mein Ferngespräch mit Staatsanwalt Nagel

Der beschuldigte Rechtsanwalt Bosshammer hat bei dem am 25.5.1965 vorgesehenen Vernehmungstermin erklärt, daß er grundsätzlich bereit sei, Aussagen zur Sache zu machen, daß er jedoch einen Verteidiger bestellen wolle, der bei der Vernehmung zugegen sei. Der neue Vernehmungstermin ist für den 23.6.1965 vorgesehen.

Nach Durchführung dieser Vernehmung werde ich eine Vernehmungsabschrift zu den dortigen Akten übersenden.

Im Auftrage

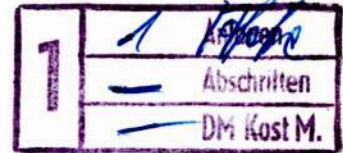
Obdula
(Obdula)

Staatsanwalt

Landgericht Baden-Baden
- Der Untersuchungsrichter-

Baden-Baden, den 28. Mai 1965

VU 1/65
zu 1 Js 1/65 (RSHA)



An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21

Turmstrasse 91
z.Hd.v.Herrn Gerichts-Ass.Schneider

Betr.: Strafsache gegen Hellmut Reinhard (alias Patzschke)
aus Unterwerschen und Wilhelm Wagner aus Alten-
kirchen

Bezug: Dortiges Schreiben vom 21.5.1965

Anlage: 1 Band Akten 1 AR (RSHA) 944/64.

Sehr geehrter Herr Gerichtsassessor Schneider !

Ich bedanke mich für die schnelle Übersendung der erbetenen Akten. In der Anlage darf ich Ihnen die Akten 1 AR (RSHA) 944/64 zurückgeben, da ich diese Unterlagen bereits bei meinen Akten habe. Demgegenüber enthalten die übersandten Akten "Norwegen" 1 Js 1/65 (RSHA) und der Band über den Geschäftsverteilungsplan des Reichssicherheitshauptamtes für mich neues Material. Da ich jedoch die nächste Woche zu einer Tagung nach Stuttgart muss und anschliessend in Urlaub gehe, bin ich nicht in der Lage, diese beiden Akten jetzt noch durchzuarbeiten. Ich würde es deshalb begrüßen, wenn ich diese beiden Akten erst bis 10.7.65 zurücksenden bräuchte. Sollte dies nicht möglich sein, bitte ich, mir dies mitzuteilen, damit Ihnen die Akten unverzüglich zurückgesandt werden können. Ich würde mir dann erlauben, nach meinem Urlaub die Akten noch einmal anzufordern.

Ich verbleibe mit

vorzüglicher Hochachtung

(Kollrack)
Landgerichtsrat.

Vfg.

zu schreiben an das Landgericht Baden - Baden - Der Untersuchungsrichter - z. Hd. von Herrn Landgerichtsrat Kollrack:

Betr.: Strafsache gegen R e i n h a r d (alias Patzschke) und
W a g n e r - VU 1 / 65 -

Bezug: Ihr Schreiben vom 28. 5. 1965

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat K o l l r a c k,

ich bestätige hiermit dankend den Eingang Ihres o.a. Schreibens mit meinen Akten 1 AR (RSHA) 944 / 64 gegen R e i n h a r d. Den Dok.Bd. "Norwegen" aus 1 Js 1 / 65 (RSHA) und den GVPl. des RSHA können Sie wunschgemäß bis zum 10. 7. 1965 für das dortige Verfahren auswerten.

Ich verbleibe mit den besten Wünschen für einen erholsamen Urlaub und vorzüglicher Hochachtung

(Schneider)

Gerichtsassessor

Bln, den 1. 6. 1965

Sch

ff - 1. JUNI 1965 Le
Schl. 2x *2/6*

183

1 Js 1/65 (RSA)

An das
Landgericht Baden-Baden
Der Untersuchungsrichter
z.Hd. von Herrn
Landgerichtsrat K o l l r a c k

757 B a d e n - B a d e n

Betrifft: Strafsache gegen R e i n h a r d (alias Patzschke)
und W a g n e r

Bezug: Ihr Schreiben vom 28. Mai 1965 - VU 1/65 -

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat Kollrack,

ich bestätige hiermit dankend den Eingang Ihres o.a. Schreibens mit meinen Akten 1 AR (RSA) 944/64 gegen R e i n h a r d . Den Dokumentenband "Norwegen" aus 1 Js 1/65 (RSA) und den Geschäftsverteilungsplan des RSA können Sie wunschgemäß bis zum 10. Juli 1965 für das dortige Verfahren auswerten.

Ich verbleibe mit den besten Wünschen für einen erholsamen Urlaub

und vorzüglicher Hochachtung

(Schneider)
Gerichtsassessor

**Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen**

15 AR 1310/63

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

714 Ludwigsburg, den 31. Mai 1965 184
Schorndorfer Straße 28
Fernsprechananschluß:
Ludwigsburg Nr. 22221
bei Durchwahl 2222 App. Nr.

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
z.Hd.v.Herrn Oberstaatsanwalt
Severin

- 1 - B e r l i n 21

Turmstraße 91


Betr.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes

Bezug: Ohne

Beil.: 2

Als Anlagen übersende ich ein Schreiben des Bundes-
ministeriums für Inneres der Republik Österreich in Wien
vom 24.5.1965 mit Ablichtungen des Todeserklärungsver-
fahrens H r o s i n e k mit der Bitte um Kenntnisnahme.

In Vertretung


(Dr. Artzt)

Erster Staatsanwalt



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES

GENERALDIREKTION
FÜR DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT
Abteilung 2C

185
Wien, den 24. Mai 1965
I, Herreng. 7
Tel. 63 17 41

Zl. I - P 91.800-2C/10/65

Betr.: RSHA

Bezug: do. Schreiben v. 18.3.1965
Zl. 1 Js 1/65 (RSHA)

An den

Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht Berlin

zu Händen des Herrn
Oberstaatsanwalt SEVERIN

Turmstraße 91
1 Berlin 21

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt!

Das Bundesministerium für Inneres übermittelt
Ihnen beigeschlossen die Ablichtungen der wesentlichen
Schriftstücke aus dem Todeserklärungsverfahren des
Landesgerichtes für Zivilrechtsachen in Wien, Zahl
48 T 201/60.

✓ 1 Anlage

Mit vorzüglicher Hochachtung

Grünig

1 Js 1/65 (RSHA)

186

V.

1.) Bemerk.: Die Akten 24 Js 1/65 (7) StA Köln / 1. Andree, Vollentbruch
(s. Aktenanforderung vom 26/1/65) habe ich in dem Verfahren
1 Js 7/65 ausgewertet.

Sie sind für das vorl. Verfahren ungeeignet, da sie die Unterbringung
aus Ungarn deportierter jüdischer Frauen im Lager Pottenbrunn
zwecks Arbeitseinsatz in den Agenswerken zum Gegenstand haben.
Da keine Hinweise auf eine Beteiligung von Angehörigen der Stapo =
leitstelle Berlin an den dort verübten Exzessen bestehen, erübrigt
sich eine Vorlage für 1 Js 9/65 (Stapoleit).

2.) Zur Frist

8/6/65
Ug

STAATSARCHIV NÜRNBERG

187
Nürnberg, den 4.6.1965
Archivstraße 17 · Fernruf 30437
Postscheckkonto Nürnberg 10658

Nr. 1596
(Bitte in der Antwort angeben.)

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht in Berlin
1 Berlin 21
Turmstraße 21

Betreff: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des RSHA
Bezug : Ihr Schreiben vom 20./25.V.65 Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSHA)
Sachbearbeiter: Kreutzer
Beilagen: 20 Archivalien
1 Empfangsschein

Das Staatsarchiv übersendet anbei die erbetenen NO-Dokumente zur
gefälligen Einsichtnahme und eventuellen Ablichtung der benötigten Text-
teile.

Die Leihfrist beträgt 4 Wochen. Es wird gebeten, den Empfangsschein
sofort nach Erhalt der Sendung anher zurückleiten zu wollen.

I.A.

O. Puchner
(Dr. O. Puchner)

Oberregierungsarchivrat

Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Bonn

Geschäfts-Nr.: 4 Ks 5 / 48
(Bitte bei allen Schreiben angeben)

Staatsanwaltschaft
b. d. Kammergericht - Berlin

Eing. am - 5. JUN. 1965

mit Anl. Blatts. Bd. Akten

188
35 Bonn, den 1.6.1965
Wilhelmstraße 21
Fernruf 311 61
311 64 (nach Dienstschluß)
Fernschreiber 08-84521

An die
Generalstaatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht - Arbeitsgruppe -

in Berlin

zum dortigen Aktenzeichen: 1 AR 123 / 63 Sachkomplex



Es wird um die Rücksendung der hiesigen Akten
gebeten.

Falls die Akten dort zur Zeit noch unentbehrlich sind, wird um kurze
Benachrichtigung nach hier gebeten.

Auf Anordnung:

v. Scherlem

AV.Nr. 5
(Rücksendungs-)

Justiz-Hauptsekretär-Angestellte

1 Js 1 / 65 (RSHA)

Vfg.

189

✓ zu schreiben an StA Bonn :

Betrifft: Dortiges Az. 4 Ks 5 / 48

Mein Az. 1 Js 1 / 65 (RSHA) - früher 1 AR 123 / 63 Sach-
komplex I -

Bezug: Dortiges Schreiben vom 1. 6. 1965

Auf das o.a. Schreiben teile ich mit, daß die erinnerten Akten
4 Ks 5 / 48 bereits am 15. 2. 1965 wieder nach dort zurückgesandt
worden sind.

i.A.

(Schneider)

Gerichtsassessor

gef. 11. 6. 65 Sch
Schub. + ab

Blm. 11. 6. 1965

SC

Vfg.

1. zu schreiben an den Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht in E s s e n :

unter Verfüzung der Akten 29 AR 104/65

Betrifft: Ermittlungsverfahren 1 Js 1 / 65 (RSHA) gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA).

Bezug: Dortige Verfügung vom 31. Mai 1965
- Bl. 101 der Akten 29 AR 104 / 65 -

Anlage: ^{1 Band} ~~Dortige~~ Akten 29 AR 104 / 65 (~~1 Band~~)

Als Anlage sende ich den dortigen Vorgang 29 AR 104 / 65 gegen Theodor D a n n e c k e r u.a. zurück. Zur Übernahme dieses Verfahrens sehe ich mich n i c h t in der Lage.

Die Ermittlungen meiner Arbeitsgruppe - RSHA richten sich ausschließlich gegen die früheren Angehörigen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes, die verdächtig sind, von Berlin aus an Maßnahmen im Rahmen der " Endlösung der Judenfrage " mitgewirkt zu haben. Ich ermittle hingegen nicht gegen frühere RSHA - Angehörige, die außerhalb von Berlin bei der Judenvernichtung tätig geworden sind mit Ausnahme der als sog. Judenberater ins Ausland abgestellten Personen.

Es kann dahingestellt bleiben, ob D a n n e c k e r unter diesen Personenkreis fallen würde. Er ist am 10. 12. 1945 in Bad Tölz verstorben und sein Tod beim dortigen Standesamt unter Nr. 508/45 beurkundet.

noch Die übrigen auf Bl. 2 d.A. genannten Personen gehörten der Dienststelle des BdS in Paris an. ^(Sie) sind also zumindest in der fraglichen Zeit sämtlich nicht ⁱⁿ ~~von~~ Berlin aus tätig geworden, ganz abgesehen davon, daß sie nach hiesiger Kenntnis bis auf H e i n r i c h s o h n dem RSHA überhaupt nicht angehört haben.

~~Abschließend darf ich noch bemerken, daß es grundsätzlich auch nicht meine Aufgabe ist, gegen Angehörige des RSHA, die bereits in staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren gegen örtliche Täter in Erscheinung getreten sind, gesondert zu ermitteln. Dies kommt bereits in dem Rundschreiben der "entralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg vom 15. 1. 1964 (4/64) zum Ausdruck. Es ist dort ausgeführt, daß die "erliner Arbeitsgruppe den Gesamtkomplex Reichssicherheitshauptamt nur untersucht, soweit~~

er noch nicht anderweitig anhängig ist.

Die letzte hier bekannte Anschrift von Ernst H e i n r i c h s o h n
geb. am 13. 5. 1920 in Berlin - Hermsdorf, früher SS-Ober-
scharführer, ist im übrigen B ü r g s t a d t, Lkrs. Mil-
tenberg, Freudenbergerstraße 2 (8.6.1964).

i.A.

(Severin)

Oberstaatsanwalt
Leiter der Arbeitsgruppe

2. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Zeichnung.
3. Erbitte aus 29 AR 104/65 Ablichtung von Bl. 9/10 für 1 Js 1 /65.

Berlin, den 14. 6. 65

SO

gef. 18.6.65 Sch
zu 1/ Seb.

MA + 1 ANKE
21/6 K

Für Bulgarien werden benötigt:

Bl. 9/10

Alfred

191

Ab Bl. 25 Frankreich — bis Bl. 67, weiter von Bl. 70

- ✓ ? vorhanden Bericht Dammes v. 1/7/41 Bl. 29/34?
- ✓ " " Bl. 35 Sch. Dammes v. 28/1/42 ?
- ✓ " " Bl. 39 Vom. Dam. v. 15/6/42 betr. Berpredg. in RSHA v. 11/6/42
- ✓ " " Bl. 56 Sch. Dam. v. 9/7/42 an Dienststelle Brüssel
- ✓ " " Bl. 63 Vom. Dammes vom 3/8/42
- ✓ " " Bl. 64 ⁹⁰/₇₃ Fernsch. Roethke an Dammes v. 28/8/42
- ✓ " " Bl. 71/2 " Almet an " vom 26/8/42
- ✓ " " Bl. 80/81 Vermutl. Heinrichs vom 27/8/42
- ✓ " " Bl. 84 f Vermutl. Roethke v. 28/7/42
- ✓ " " Bl. 88 " " " 18/8/42
- ✓ " " Bl. 89 Fernsch. Roethke v. 20/8/42
- ✓ " " Bl. 91 f Vermutl. " v. 1.9.42

192

zu schreiben an das Staatsarchiv Nürnberg, Nürnberg, Archivstr. 17:

Betrifft: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 4. 6. 1965 - Gesch.Nr. 1596

Anlage: 20 Archivalien

In der Anlage reiche ich zu meiner Entlastung die mir freundlicherweise überlassenen Dokumente

- ✓ NO 57 - 64 (Bl. 158 - 187)
- ✓ NO 148 (Bl. 352)
- ✓ NO 485 (Bl. 709 - 714)
- ✓ NO 1266 (Bl. 7)
- ✓ NO 1567 (Bl. 870 - 877)
- ✓ NO 1746 (Bl. 233- 237)
- ✓ NO 2202 (Bl. 415 - 424)
- ✓ NO 2444 (Bl. 63 - 66)
- ✓ NO 2477 (Bl. 112 - 120)
- ✓ NO 2562 (Bl. 375 - 377)
- ✓ NO 2756 (Bl. 952)
- ✓ NO 3031 (Bl. 123 - 125)
- ✓ NO 3034 (Bl. 130)

mit bestem Dank zurück.

i.A.
(Schneider)
Gerichtsassessor

Berlin, den 14.6.65



gef. 18. 6. 65 Sch
Schreib. u. Anh.
ab + Anlagen
21/6 K

Vfg.

14. JUNI 1965

193

1. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe zur Kenntnis
2. zu schreiben an die Zentralstelle in Ludwigsburg
z.Hd. von Herrn Ersten Staatsanwalt Dr. Artzt:

Betrifft: Vorermittlungen gegen ~~frühere~~ Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
hier: Vorermittlungen gegen ~~die~~ sog. Judenberater

Bezug: Persönliche Rücksprache zwischen Herrn Ersten Staatsanwalt Dr. Artzt und Herrn Oberstaatsanwalt Severin in Stuttgart.

Wie kürzlich ~~bereits~~ bei der Tagung in Stuttgart zum Ausdruck gebracht bin ich grundsätzlich bereit, im Rahmen meiner Arbeitsgruppe - RSHA Vorermittlungen auch gegen solche RSHA - Angehörigen zu führen, die als sog. J u d e n b e r a t e r außerhalb von Berlin an Maßnahmen im Rahmen der " Endlösung der Judenfrage " mitgewirkt haben. Bezugnehmend auf die von Herrn Ersten Staatsanwalt Dr. Artzt und Herrn Oberstaatsanwalt Severin im Hinblick hierauf in Stuttgart bereits geführte Unterredung bitte ich um Mitteilung, welche Erkenntnisse bei der Zentralen Stelle über die sog. Judenberater vorliegen und gegebenenfalls um Übersendung entsprechender Unter-

lagen.

i.A.
Schneider
Gerichtsassessor

Berlin, 14. 6. 65

Get. 18. 6. 65 Sch.
Zu 2/ Stenst. + ab



H8

17s 7/65 (RSHA)

V.

1.) Vorwerk: Aut. aus Zeitordnung (Verf. / Allen)

"Aktion Reinhard - Italien" G.E.

Je 1 Abbildung soll kommen zum Odb. Bd. Italien
und zum H. Bonhammer.

2.) Bitte Abbildung (Xerox je 2 x)

von dem beigegeklebten Vorwerk BRP - Z 4/63 der
Zentralen Stelle.

3.) wr

13/4/65

Ungel

199
Zeit! Was kurz =
früh verfügbar!

71

(Dok. aus Leibordner (Vof. / J. Allers)
"Aktion Reinhard - Italien")

195

17s 1/65 (RSHA)

Alt! Aus kurz-
fristig verfügbar!

V.

1/ Bitte Abklirbung (Keros je 1x) von den
beigehafteten Schriftstücken.

2./ wr.

13/4/65

ly

1 Jg 1/65 (RSUA)

196

1./ bitte Kasse - bringe von den bei -
gefügten Berechnungen (je 2x)

2./ Wo. abschauen
(Berechnungen zurück an StA Schuplow)

Bln. 15.6.65

StL

1 Js 1 / 65 (RSHA)

197

Vfg.

zu schreiben an die StA Dortmund z.Hd. von Staatsanwalt Schaplow:

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA);
hier: gegen Karl Anders u.A. - 1 Js 1 / 65 (RSHA)
Dortiges Az. 45 Js 1 / 61

Bezug: Ihr Schreiben vom 14. 5. 1965

Anlage: 8 Vernehmungsniederschriften

Sehr geehrter Herr Kollege,
ich sende Ihnen in der Anlage die mir freundlicherweise zur Auswertung übersandten Vernehmungsniederschriften des Dr. Altenloh mit bestem Dank zu meiner Entlassung zurück.

i.A.

Schneider

(Gerichtsassessor)

30. JUNI 1965
Schm. 2x + ent

Berlin, den 28. 6.

[Signature]

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Dortmund
z.Hd. von Herrn
Staatsanwalt S c h a p l o w

46 D o r t m u n d
Postfach

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA);
hier: gegen Karl A n d e r s u.A. - 1 Js 1/65 (RSHA) -
Bezug: Ihr Schreiben vom 14. Mai 1965 - 45 Js 1/61 -
Anlagen: 8 Vernehmungsniederschriften

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich sende Ihnen in der Anlage die mir freundlicherweise zur
Auswertung übersandten Vernehmungsniederschriften des
Dr. A l t e n l o h mit bestem Dank zu meiner Entlastung
zurück.

Im Auftrage
Schneider
Gerichtsassessor

199

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
- Abt. III Ref. 21 -
Dokumentation
Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

714 Ludwigsburg, den
Schorndorfer Straße 28
Fernsprechananschluß:
Ludwigsburg Nr. 22221
bei Durchwahl 2222 App. Nr.

25. Juni 1965

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstrasse 91

z. Hd. von Herrn Gerichtsassessor
S c h n e i d e r o. H. V. i. A.



Betr.: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige
des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes;
hier: gegen Karl A n d e r s und 151 andere

Bezug: Ihre Dokumentenbestellung vom 14. 4. 1965 → Re. 149 Re. V

Beil.: 62 Blatt Fotokopien

Sehr geehrter Herr Gerichtsassessor Schneider!

Beigeschlossen übersende ich Ihnen die erwünschten Fotokopien
von Dokumenten aus dem Staatsarchiv Prag zum dortigen Verbleib.

Im Auftrage
Mittendorf
(Mittendorf)
Gerichtsassessor

Vermerk: Dok. heute zum Ablichten zwecks 'Verhärterung'
gegeben. Nach Erledigung zum Dok. h. d. Prosekutorat.

2/2/65
Gp

**Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen**

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

714 Ludwigshafen, den
Schornhofer Straße 28
Fernsprechanschl.:
Ludwigshafen Nr. 22221
bei Durchwahl 2222 App. Nr.

1.) Verfügung vom 25/6. 65 zu Ziff. 1 ausführen.

2.) Bitte folgende Ablichtungen aus der beiliegenden Akten STA Frankfurt/Main 4 Js 1145/63 (~~Kern je 1 x~~):

a) Bl. 7 - 15, 21 R - 23 R, 37 - 55 R, - je 1 x -

b) 122 - 131 R - je 4 x -

c) 249 mit Rücko. - je 1 x -

3.) Die zu 2.) a) gefertigten Ablichtungen in ein neu anzulegendes Zeugnisheft Dr. Seidl, Siegfried nehmen und mir für 1 Js 1/65 zum Vorbleib vorlegen. - Ablichtung zu 2 b) je 1 x in die Personalhefte Burger, Anton (Pb 165).

Ablichtung zu 2 c) zum PH Lintner, Franz (Pg 66) nehmen.

4.) Akten Herrn ESA Selle gem. Ziff. 3 der V. vom 25/6/65 vorlegen. Ich bitte gem. Rücksprache, bei Überendung der Akten an die WgK um kurzfristige Überstellung der Bände 2) - 7) zu 1 Js 1/65 (RSHA) nachzukommen.

5.) ZdA 1 Js 1/65 (RSHA).

30/6/65

ly

1. Jg 1/65 (RSA)

201

✓ 1.) Herrn ESA Ringe vorlegen. ^{UF} $\text{rel. } \frac{8}{6}$ ✓

2.) Bitte für 1. Jg 1/65 (RSA) folgende
Abrechnungen:

Bd I Bd. 13-14 15-21 41-45/46 47-48
50-53 66 75-79 101-102

Bd III Bd. 422-429 432-437 440-445
477-480

Bd IV Bd. 736-738 805

3.) Die als BA mit überarbeiteter
StA Köln liegt Herrn AG R

Vorgang 24 Ks 4/53
Beitrag von

Bd. 4.6.65 *SD*

1/5.

1.) STA in Bilsten vorzulegen mit der Bitte
die Akten 24 Ks 3/53 zusammen mit
24 Ks 4/53 nach Untersuchung zurückzu-
senden.

2.) alsdann diese Kop. zu d.A. 17s 1/65

V.

Q. 22.6.65
Sch.

zu 1/65
4. 8. 65
8/74
✓ 1) Akten 24 Ks 3/53 STA Köln
(einschl. der oben genannten Akten 24 Ks 4/53)
beurteilen und an STA Köln zurücksenden
2) dies z.d.A. 17s 1/65

6.
7.7.65

Kernsch (Hinweis):

In dem Urteil der Spruchkammer II Kanel vom 3/12/48
gegen Werner Wölleke (Abteilung befindet sich in
1 Js 7/65 Dok. Bd. 9 Bl. 90-114) ist festgestellt, dass von
Kanel drei prose Judentransporte nach dem Osten abgippen
und zwar in Dez. 1941, Sommer 1942 und
Sept. 1942 (a.a.O. Bl. 104).

Die Juden wurden vorher in der Schule Schillerstr. gesammelt,
ihre Gepäckstücke durchsucht und anschließend zum Hauptbahnhof
geführt.

9/7/65

ly

203

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
- 2 Js 1000/64 -

Flensburg, den 9. Juli 1965

10	1	Anlagen
		Abschriften
		DM Kost

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -



B e r l i n NW 21
Turmstr. 91

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Bürgermeister
Heinz R e i n e f a r t h, Westerland/Sylt,
wegen Verdachts der Teilnahme an der Vernichtung
von 7176 Juden im Vernichtungslager Kulmhof (Chelmno)
im Sommer 1944.

Bezug: Dortiges Verfahren gegen Angehörige des
Reichssicherheitshauptamts.

Anlage: 1 Vordruck.

Hinsichtlich des Gegenstandes des vorliegenden Verfahrens darf
ich auf die Ausführungen in dem beigelegten Vordruck Bezug
nehmen.

Ich bitte um Mitteilung, ob in dem dortigen Verfahren gegen
Angehörige des ehemaligen RSHA Erkenntnisse darüber vorliegen,
auf Grund welcher Befehle im Sommer 1944 die Aussiedlung von
Juden aus Litzmannstadt und ihre Vernichtung in Kulmhof
erfolgt ist. Dabei ist insbesondere die Frage von Bedeutung,
ob entsprechende Befehle des RSHA über den damaligen HSSPF
Posen, Reinefarth, oder aber ohne dessen Einschaltung unmittel-
bar an die Stapo-Leitstelle in Posen bzw. die Stapo-Stelle
Litzmannstadt übermittelt worden sind.

- 1) Herr H. H. Nagel an d. H. in der Prüfung,
ob in der Sache 17/1165 entsprechende
Erkenntnisse vorliegen.
- 2) Was dann wie da vorliegen.

(Biermann)

Leitender Oberstaatsanwalt

Ziff. 2 (WV) des Vfg. v. 12/7/65
nach Rückpr. mit H. ESFA Seite 200/21.
15/7/65

12. JULI 1965

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht

Flensburg, den

- 2 Js 1000/64 -

An

in _____

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Bürgermeister
Heinz R e i n e f a r t h, Westerland/Sylt,
wegen Verdachts der Teilnahme an der Vernichtung
von 7176 Juden im Vernichtungslager Kulmhof
im Sommer 1944;

hier: Vernehmung des

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist die Vernichtung von über 7000 Juden im Sommer 1944 in Kulmhof (polnisch: Chelmo)/Warthegau. In den Jahren 1942 und 1943 waren bereits zahlreiche Juden aus dem Getto Litzmannstadt im Lager Kulmhof umgebracht worden. Nach den Feststellungen des Schwurgerichts Bonn im Urteil vom 30. März 1963 gegen Laabs u.A. - 8 Ks 3/62 - soll es sich dabei um 145000 Menschen gehandelt haben. Für diese Tötungen soll u.a. der damalige Höhere SS- und Polizeiführer in Posen, Wilhelm Koppe, mitverantwortlich sein. Gegen Koppe ist deswegen im Verfahren 8 Js 52/60 StA Bonn Anklage wegen Beihilfe zum Mord erhoben worden. In der Zeit vom 23.6. bis 14.7.1944 wurden über 7000 Juden aus dem Getto Litzmannstadt (Lodz) nach Kulmhof gebracht und dort in Lastkraftwagen durch Vergasung getötet. Die Befehle hierzu sollen - im Einverständnis mit dem Gauleiter von Posen, Greiser, - vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin gekommen und dem Leiter der Stapo-Stelle Litzmannstadt übermittelt worden sein.

Führer des hierfür eingesetzten Sonderkommandos war der damalige SS-Hauptsturmführer B o t h m a n n. Zu seinem Kommando gehörten u.a. die Polizeibeamten

Gustav L a a b s,
Alois H ä f e l e,
Walter B u r m e i s t e r,
Ernst B u r m e i s t e r,
Erwin S c h m i d t.

Der Verdacht, daß der Beschuldigte R e i n e f a r t h für die im Sommer 1944 erfolgte Aussiedlung von Juden aus dem Getto Litzmannstadt und ihre Vernichtung in Kulmhof mitverantwortlich sein könnte, ergibt sich aus seiner damaligen Dienststellung.

Nachdem der Nachfolger Koppes, der SS-Obergruppenführer Berkelmann, am 27. Dezember 1943 verstorben war, wurde dem Beschuldigten Reinefarth die Führung der Geschäfte des Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) in Posen, die des Oberabschnitts Warthe und die des stellvertretenden Beauftragten des Reichskommissars für Festigung des deutschen Volkstums im Reichsgau Wartheland übertragen (Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums war Himmler; sein Beauftragter für dieses Amt im Reichsgau Wartheland war der Reichsstatthalter und Gauleiter in Posen Arthur G r e i s e r). Reinefarth übernahm die Führung dieser Geschäfte am 25. Januar 1944. Mit Wirkung vom 20. April 1944 wurde er offiziell zum HSSPF und Führer des SS-Oberabschnitts Warthegau in Posen ernannt. Anfang August 1944 wurde er bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes eingesetzt.

Zur Klärung der Frage, ob der Beschuldigte Reinefarth in irgendeiner Weise an der Vernichtung der Juden beteiligt gewesen ist, bitte ich, die obengenannte Person, die im Kriege der Polizei oder der SS oder der deutschen Verwaltung im Osten angehört hat, zeugenschaftlich zu folgenden Punkten zu befragen:

- 1.) Welcher Dienststelle gehörte der Zeuge von Anfang 1944 bis August 1944 an? Mit welchem Dienstrang und in welcher Funktion?
- 2.) Was ist dem Zeugen über die Person und die dienstliche Stellung des Beschuldigten Reinefarth im Jahre 1944 bekannt?
Was kann er allgemein über die dienstliche Tätigkeit Reinefarths sagen? Sind ihm insbesondere Fälle bekannt, in denen Reinefarth ihm, seiner Dienststelle oder anderen Dienststellen bestimmte Befehle - gleich welcher Art - erteilt hat?
- 3.) Ist dem Zeugen damals dienstlich oder auf andere Weise zur Kenntnis gelangt, daß im Jahre 1944 Juden aus dem Getto Litzmannstadt nach Kulmhof gebracht und dort getötet worden sind?
Wenn ja,
- 4.) weiß der Zeuge etwas darüber, aufgrund welchen Befehls die Aussiedlungs- und Tötungsaktion erfolgt ist? Kann er insbesondere sagen, ob s.Zt. der Beschuldigte Reinefarth etwas mit dieser Aktion zu tun gehabt hat oder ob der Name Reinefarth damals im Zusammenhang mit der Tötungsaktion genannt worden ist? Kann er ggf. weitere Zeugen hierfür benennen?

Falls der Zeuge die Frage zu Ziffer 3.) nicht verneint, bitte ich, ihm - falls erforderlich - zur Stützung seines Gedächtnisses die vor Ziffer 1.) geschilderten Ereignisse vorzuhalten.

Die Vernehmungsniederschrift erbitte ich 3-fach.

Beglaubigt:

gez. Scheske
Staatsanwalt

Justizangestellte

J

V

1./ Zu rder. - 1 Generaldirekt. - unter Beifügung der Anlagen:

An die Staatsanwaltschaft
beim Landgericht Flensburg

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Reinefarte,
dort. Az 2 Js 1000/64

Bezug: Dortiges Schreiben vom 9/7/65

Anlagen: Abschrift meines Vermerks "Judenverfolgung in Polen"
vom 30/10/64 ~~und~~ ^{nebst} Ergänzungsvermerk vom
19/5/65.

Auf die dortige Anfrage darf ich bemerken, dass ich bisher
keine speziellen Erkenntnisse darüber gewinnen konnte,
wer die Befehle über die Ausrottung von Juden aus
Litkuanstadt und ihre Tötung in Kulenkopf im
Sommer 1944 erteilt hat. Da ich bisher noch keine
Vernehmungen über die Judenverfolgung in Polen und
die Beteiligung der RSHA an diesen Taten durchgeführt
habe, beruhen meine bisherigen Erkenntnisse im-
wesentlichen auf den mir vorliegenden Dokumenten; ^{derzeit} ~~derzeit~~
^{deren Inhalt ist} ~~noch~~ in dem zum dortigen Vorfall beigefügten Vermerk
vom 30/10/64 kurz zusammengefasst. // Von Interesse für das
dortige Verfahren dürften neben dem auf S. 22 zitierten
Schreiben des Reichstatthalters vom 14.2.1944 insbesondere
die Ausführungen über die Stellung der HSSPF sein.
Sollten einige der in dem Vermerk zitierten Dokumente dort
noch nicht bekannt sein, bin ich gerne bereit, sie auf
Anforderung zu übersenden.

2.) z.d.A.

15/7/65

gef. 16. 7. 65 Sch
zu 1/ Samml. in. Mtl. + ab

Uy

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht

239 F l e n s b u r g

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen R e i n e f a r t h
- dort. Az. 2 Js 1000/64 -

Bezug: Dortiges Schreiben vom 9. Juli 1965

Anlagen: Abschrift meines Vermerks "Judenverfolgung in Polen"
vom 30. Oktober 1964 nebst Ergänzungsvermerk vom
19. Mai 1965

Auf die dortige Anfrage darf ich bemerken, daß ich bisher keine speziellen Erkenntnisse darüber gewinnen konnte, wer die Befehle über die Aussiedlung von Juden aus Litzmannstadt und ihre Tötung in Kulmhof im Sommer 1944 erteilt hat. Da ich bisher noch keine Vernehmungen über die Judenverfolgung in Polen und die Beteiligung des RSHA an diesen Taten durchgeführt habe, beruhen meine bisherigen Erkenntnisse im wesentlichen auf den mir vorliegenden Dokumenten; ihr wesentlicher Inhalt ist in dem zum dortigen Verbleib beigelegten Vermerk vom 30. Oktober 1964 kurz zusammengefaßt.

Von Interesse für das dortige Verfahren dürften neben dem auf S. 22 zitierten Schreiben des Reichsstatthalters vom 14. Februar 1944 insbesondere die Ausführungen über die Stellung der HSSPF sein. Sollten einige der in dem Vermerk zitierten Dokumente dort noch nicht bekannt sein, bin ich gern bereit, sie auf Anforderung zu übersenden.

Im Auftrage
Nagel
Staatsanwalt

1./ Vermutl.: Die zu Ziff. 2.) erforderlichen Ablichtungen werden für das Verfahren 8 I Js 815/65 StA Düneldorf benötigt. Sie sind zu übersenden an:
 Landesbrunnalamt NW, Dezernat 15,
 Düneldorf, Jungensplatz 5-7, Tgl. Nr. 6198/64 - Bg.-
 zu Händen von KOM Borgloff.]

⑥ 2.) Bitte Ablichtungen (je 1x Xerox bzw. Foto) von folgenden Dokumenten:

nämlich FII b: 299, 296, 291, 3, 4, 31, 784 (hier von
 nur die ersten 6 Blätter: Scher. Stapoleitst.
 Nürnberg-Fürter v. 8.11.1941 nebst "Richtlinien zur
 technischen Durchführung der Evakuierung von
 Juden nach Ostland" mit Nachtrag),
 464, 314, 883

FII a Nr. 3, 40

NPr. 3 S. 4503-05, 4511

3.) Mit Ablichtungen wr.

10/6/65
 Uge

V.

1./ Zu ider. an [Ziff. 1 der ob. Vff. v. 10.6.65] - unter Peifügung der Anlagen -
Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige wegen der
 Stapoleitstelle Düneldorf wegen Mordes (Beteiligung an Juden-
 deportationen)
Beruz: Ridesprache mit KOM Borgloff in Berlin Anfang Juni des Jahres
Anlagen: 34 Blatt Ablichtungen
 Als Anlagen übersende ich die von KOM Borgloff erbetenen
 Ablichtungen zum dortigen Verbleib.

2./ z. d. A.

14. JULI 1965 Le
 1) Schb. 2x + ab
 m. Abf.

13/7/65
 U

208

1 Js 1/65 (RSA)

An das
Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
- Dezernat 15 -
z.Hd. von Herrn
Kriminalobermeister B o r g h o f f

4 D ü s s e l d o r f
Jürgensplatz 5-7

Zu Tgb.Nr. 6198/64 - Bg. -

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige der
Stapoleitstelle Düsseldorf wegen Mordes (Beteiligung
an Judendeportationen)

Bezug: Rücksprache mit KOM Borghoff in Berlin Anfang Juni d.J.

Anlagen: 34 Blatt Ablichtungen

Als Anlagen übersende ich die von KOM B o r g h o f f
erbetenen Ablichtungen zum dortigen Verbleib.

Im Auftrage
Nagel
Staatsanwalt

Le

1 J s 1/65 (RSHA)

V.

- 1.) Vermerk: Weitere Nachforschungen haben ergeben, dass Spruchkammerakten über folgende Personen vorhanden sind, deren Aufenthalt bisher noch nicht feststeht, die aber in diesem Verfahren Beschuldigte sind bzw. als Zeugen in Betracht kommen:

Borkowski, Fritz (BAng. in II A 5),

Doll, Marcel (KS in IV D 4),

Ruh, Paul (KS in IV P).

Möglicherweise sind aus den Spruchkammerakten Anhaltspunkte über den Aufenthaltsort dieser Personen zu gewinnen.

- 2.) Folgende Spruchkammerakten erfordern:

- ✓ a) 9 Sp Ls 279/47 Her (Bielefeld) betr. Borkowski, Fritz
- ✓ b) 3 Sp Ls 242/47 Rec (Bielefeld) betr. Doll, Marcel
- ✓ c) 3 Sp Js 5193/47 Ber (Bielefeld) betr. Ruh, Paul.

- 3.) Zur Frist

(Arten betr. Doll Herrn Stt Schmidt zur
Kenntnisnahme - Verfahren 17516/65)

P/6/65
Ug

gt. 8.6.65 Sch
zu 2/3 Schrift. + ab

**Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft**
bei dem Landgericht Bielefeld

210
Bielefeld, den 18.6.1965

Postfach: 200
Fernsprecher: 632 41
Fernschreiber: 0932 632

Geschäfts-Nr.: 3 Sp Ls 227/48 Ber.
3 Sp Js 5193/47 Ber -

6	<i>W. Hörmann</i>
	Abschriften
	DM Kost M.

Auf das Schreiben vom 8.6.1965

- 1 Js 1/65 (RSHA) -



3. PK

werden die Akten:

Paul R u h

V. v. Rückg.

mit der Bitte übersandt, sie nach Gebrauch wieder hierher zurückzugeben.

An
den Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Hörmann
(Hörmann)
Justizangestellter

B e r l i n 21
Turmstr. 91

17. 1/65 (RSHA)

✓
(Xerox) V.
1.) Abzeichnungen fertigen für die Personalakte Rühl (Pr. 185)
von Bl. 2 - 4, 23 - 28 Rückes. der beiliegenden Spruchkammer =
akten.

✓ 2.) BA kennen.

3.) z.d.A.

zu 2)
Akte gefr.
14/7

30/6.65

lg

**Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft**
bei dem Landgericht Bielefeld

Geschäfts-Nr.: 9 Sp Ls 279/47 Sta.

Auf das Schreiben vom 8.6.1965
- 1 Js 1/65 (RSA) -

werden die Akten:

Fritz Borkowski

mit der Bitte übersandt, sie nach Gebrauch wieder hierher zurückzugeben.

An
den Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

B e r l i n 21

Türmstr. 91

Bielefeld, den 18.6.1965 ²¹¹

Postfach: 200

Fernsprecher: 6 32 41

Fernschreiber: 0 932 632

28.6.65

6	1. Hk Hängen
	2. Hk Abschriften
	3. Hk DM Kost M.

3. PK

Hörmann
(Hörmann)
Justizangestellter

17s 1/65 (RSHA)

V.

1.) Zeugenheft Borkowski, Fritz für 17s 1/65 (Ref. II A5)
anlegen.

2.) Abbildungen (Xerox je 1x) für das Zeugenheft
fertigen von

Bl. 5-8, 13/14, 16 einsch. Rückes., 35/36
des beil. Spruchkammeraktes.

3.) BA trennen.

4.) ww mit Zeugenheft

Zu 3)
Abte gel.

14/4

30/6/65

Ug

**Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft**
bei dem Landgericht Bielefeld

212

Bielefeld, den 18.6.1965
Postfach: 200
Fernsprecher: 6 32 41
Fernschreiber: 0 932 632

Geschäfts-Nr.: 3 Sp Ls 242/47 Rec.

Auf das Schreiben vom 8.6.1965

- 1 Js 1/65 (RSA) -



6	<i>W. Rüdiger</i>
	Anlagen
	Abschriften
DM Kost M.	

3. PK.

28.6.65
4

werden die Akten:

Marcel D o l l

V. Rüdiger,

mit der Bitte übersandt, sie nach Gebrauch wieder hierher zurückzugeben.

An
den Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Hörmann
(Hörmann)
Justizangestellter

B e r l i n 21
Turmstr. 91

17s 1/65 (RSHA)

V.

1.) Ablichtungen fertigen für die Personalakte Kausal Deck (2/78)
von Pl. 5, 7 einzeln. Rückes., 16/17, 43-45
der beiliegenden Spruchkammerakten.

2.2/ Abte
geh. 14/4/

2.) BA trennen

3.) z.d.A.

30/6/65

g

213

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
- 2 Js 1000/64 -



Flensburg, den 22. Juli 1965

Artikelsgruppe

An den Herrn Generalstaatsanwalt
beim Kammergericht



B e r l i n NW 21
Turmstr. 91

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Bürgermeister
Heinz R e i n e f a r t h, Westerland/Sylt,
wegen Verdachts der Teilnahme an der Vernichtung
von 7176 Juden im Vernichtungslager Kulmhof (Chelmno)
im Sommer 1944.

Bezug: Dort. Schreiben vom 15.7.65 - 1 Js 1/65 (RSHA).

Ich danke für den mit dortigem Schreiben vom 15. Juli 1965
übersandten Vermerk vom 30.10.1964 und bitte um Zusendung von
Fotokopien der beiden folgenden, im dortigen Vermerk zitierten
Dokumente:

- a) Vorläufige Dienstanweisung Himmlers für die
Höheren SS- und Polizeiführer vom 8.1.1943
(Seite 19 des Vermerks);
- b) Antrag der Stapo Lodz beim RSHA auf Sonderbehandlung
von Juden (Seite 22 oben des Vermerks).

Scheske

(Scheske)

Staatsanwalt

*Vom.: Ablichtungen
der Dokumente von
Herrn Laß vorlegen,
26/7/65
ly*

2. Bl. 216

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Kiel
- 2 Js 307/64 -

214
Kiel, den 27. Juli 1965
/J.

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
-zu Hd. v. Herrn Oberstaatsanwalt Severin-

1 Berlin 21
Turmstraße 91

V.
Herrn H. H. Nagel und d. K. in
Herrn Veranlassung.

28. Juli 1965

Verm.: Ordnung-Abzug
von Verm. Endlösung
Reich von Herrn H. H.
erleben. 28/7/65
y

Betrifft: Evakuierung von Juden aus dem Bereich der Stapo Kiel
in den Osten.

hier: Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen
Gestapochof und SS-Sturmbannführer Hans
H e n s c h k e .

Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen hat mir mit-
geteilt, daß bei Ihnen unter dem Aktenzeichen 1 Js 1/65
(RSHA) u.a. die Deportation der Juden aus dem Altreich in die
Vernichtungslager untersucht wird. Ich führe ein ähnliches Ver-
fahren mit dem Tatort Kiel. Der Beschuldigte Henschke hat zu-
gegeben, daß in mindestens 2 Fällen -vermutlich im Jahre 1942-
Juden aus Kiel in Richtung Osten evakuiert worden sind.

Nach Mitteilung der Zentralen Stelle befindet sich bei Ihren
Akten ein ausführlicher Vermerk über die Entwicklung der NS-
Judenpolitik und die "Endlösung" sowie ein Einleitungsvermerk.
Ferner soll bei Ihrem Verfahren eine Sammlung der Verord-
nungen und Erlasse betreffend die "Endlösung" der Judenfrage
vorhanden sein. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir je eine
Abschrift der Vermerke und der Sammlung überlassen könnten.

Bauer
(Bauer)

Staatsanwalt

1 Js 1/65 (RSHA)

V.

- ✓ 1.) Zu Schr. an den Oberstaatsanwalt bei dem LG Frankfurt/Main:
Betr. : Verfahren gegen Mulka u.a. 4 Ks 2/63

Ich bitte, mir zum o. a. Aktenzeichen (Beteiligung des RSHA an der Endlösung der Judenfrage) eine vollständige Anklageabschrift aus dem dortigen Verfahren zu übersenden.

- ✓ 2.) Erbitte (für StA Flensburg) Ablichtungen - Xerox je einmal -
von Dok.bd. Polen 1 Bl. 90 - 93 und
 " " 2 " 43 - 49.

26/7/65
ly

gef. 28. 7. 65 Gd
zu 1) Somb. + ab

Vermeld: StA Wiese von der StA b.d.LG Frankfurt/Main
rief auf die obige Aktenauforderung vom 26/7/65 heute
an und teilte mit, dass keine Anklageabschrift aus dem
Arendt-Verfahren mehr zur Verfügung stehe. Die
Matrize sei so abgenutzt, dass weitere Absätze nicht
mehr hergestellt werden könnten.
Ich habe daraufhin gebeten, uns zumindest zu
gegebener Zeit eine Urteilsabschrift zu übersenden.
StA Wiese sagte dies zu, wies aber darauf hin, dass
damit nicht vor Mitte nächsten Jahres zu rechnen
sei.

5/8/65
ly

U.

1.) Zu der. - unter Berücksichtigung der Anlagen -

An die StA b.d.LG

239 Flensburg - zu Händen von Herrn StA Scheske -

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Reinhold
- dort. Az. 2 Js 1000/64 -

Bezug: Ortliches Schreiben vom 22.7.1965

Anlagen: 11 Blatt Ablichtungen

Sehr geehrter Herr Kollege,
beiliegend darf ich Ihnen Ablichtungen der erbetenen
Dokumente übersenden.

Zu der vorläufigen Dienstabweisung für die HSSPF vom
8.1.1943 weise ich darauf hin, dass das aus dem
Bundesarchiv Koblenz (NS 19/322) stammende Dokument
nicht abgezeichnet ist und nach seiner Überschrift lediglich
einen "Entwurf" darzustellen scheint. Wie ich dem von
mir zu diesem Zweck beifügten Schreiben des HSSPF Ost
- Krüger - vom 15.2.1943 zu entnehmen bitte, ist diese
vorläufige Dienstabweisung jedoch in Kraft getreten und -
zweit ich sehe - auch später nicht abgeändert worden. //

Die Dokumente der Stapo GdZ habe ich dem Buch "Faschismus,
Getto, Massenmord", Dokumentation über Ausrottung und
Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Welt=
krieges", herausgegeben vom Jüdischen Institut Historischen
Institut Warschau, entnommen. Das Buch ist in der 1. und
2. Auflage 1960 bzw. 1961 erschienen beim Verlag Rütten &
Loening, Ostberlin.

Die Originaldokumente sollen nach dem Quellenverzeichnis

vorhanden sein:

- a) Nr. 217: Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau, Akten des Judenrates im getto Lodz, Evidenz - Abteilungen Bd. 24,
- b) Nr. 218 und 221: Archiv des Innenministeriums in Warschau, Akten der Festapo Lodz, Nr. 234 S. 101, 112.

Möglicherweise sind diese Dokumente jetzt von der Zentralen Stelle verfilmt worden.

Falls Sie Ablichtungen der Originaldokumente erhalten sollten, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir je 1 Exemplar übersenden könnten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

2.) Weitere lfg. in Bd. III besonders

gef. 5. 8. 65 Sch
zu 1/ Samst. und ab 8/8.65
lf

5/8/65
lf

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 1/61

Bitte bei allen Schreiben angeben!

217
46 Dortmund, den 3.8.1965
Saarbrücker Straße 5 - 9
Fernruf 52 78 21 - 29
Fernschreiber 08 22 451
Postfach

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
z. Hd. von Herrn
Gerichtsassessor Schneider

1 Berlin
Turmstraße 91

6. AUG 1965
[Signature]

beim der Länge mit der
Bilder im letzten Verhandlung.

17.9.65

17.9.65

Betrifft: Strafsache gegen frühere Angehörige des
RSHA;

hier: Gebrüder G ü n t h e r

Sehr geehrter Herr Kollege!

In der vor dem Schwurgericht in Bielefeld anhängigen
Strafsache gegen Angehörige der Dienststelle "Komman-
deur der Sicherheitspolizei und des SD für den Bezirk
Bialystok" - gegen Dr. Zimmermann und andere, 45 Js
1/61 - wünscht das Gericht bestimmte Angaben, ob die
damals im RSHA tätig gewesenen Gebrüder G ü n t h e r
einer von ihnen war in Bialystok an der Februar-Teil-
räumung des Gettos im Jahre 1943 entscheidend betei-
ligt - noch leben oder wann sie verstorben oder seit
wann sie vermißt sind.

Darf ich Sie bitten, mir die dort gewonnenen Erkennt-
nisse über Aufenthaltsort oder über den Ort und Zeit-
punkt des Todes der Gebrüder G ü n t h e r umgehend
mitzuteilen?

Mit bestem Dank voraus und verbindlichen

Grüßen

Im Auftrage:

[Signature]
(Schaplow)
Staatsanwalt

1.) Zu Nr. an "Aufgabe" - 1 Besondere -

- zu Händen von Herrn Staatsanwalt Schaplow -

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige
des RSHA - hier: Beteiligung an der sogen.
Eindlösung der Judenfrage - wegen Mordes;
hier: Gebrüder Günter ~~aus 1 Js 4/65~~

Bezug: Voriges Schreiben vom 3. 8. 1965 - 45 Js 1/61 -

Sehr geehrter Herr Kollege,

Vor aus dem Kollegen Schneider gerichteter Schreiben ist
mir zur Beantwortung vorgelegt worden; ich bearbeite das
Verfahren nach Rücksicht des Gerichtsammeisters Schneider nach
Frankfurt/Main nunmehr wieder allein.

Ihre Anfrage darf ich wie folgt beantworten: //

Mit Aufgaben im Rahmen der "Eindlösung der Judenfrage"
waren 2 Gebrüder Günter ~~in wesentlichen Maße~~
beteiligt, über die ich bisher folgende Erkenntnisse
gewonnen habe:

1.) Günter, Rolf, geboren am 8. 1. 1913 in Erfurt,
war Angehöriger des Referats IV B4 des RSHA und zwar
als Stellvertreter Eichmanns im Range eines Sturms-
führers.

Er ist Mitbeschuldigter in meinem Verfahren 1 Js 1/65
(RSHA) und hier allein schon durch ~~zahlreiche~~
Dokumente stark belastet. Weiterhin ist er im Komplex
RSHA Mitbeschuldigter in den Verfahren 1 Js 4/65 (RSHA)
- Einsatzkommandostab - 1 Js 7/65 (RSHA) - Schutzhaft-
einweisung von Juden - und 1 Js 12/65 (RSHA) - Tötung
der polnischen Intelligenz -

Sein Aufenthaltsort ist jedoch nicht bekannt; es ist
~~vielmehr~~ anzunehmen, dass Rolf Günter verstorben ist. //

Nach der Kartei der Zentralstelle Ludwigsburg ~~mit~~
(5 AR - Z. 69/60) soll R. f. im Sommer 1945
im Internierungslager Ebensee Selbstmord durch
Gift verübt haben.

In meinem Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) hat dagegen
jetzt die Frau Margarete Fleisch (1 Berlin 20,
Flankenschauze 52) ausgesagt, R. Jüntler habe sich
nach damaligen Angaben von Otto Hüncke (jetzt
Datteln/Westfalen, Körtling 14) im November
1944 das Leben genommen; Hüncke sei sodann
sein Nachfolger als Vertreter Eichmanns geworden. //
Fegen Rolf Jüntler (ü. A.) ist wegen seiner Tätigkeit
im Kommando Eichmann bei der "Endlösung"
in Ungarn bei der Staatsanwaltschaft bei dem
Landgericht Frankfurt/Main des Verfahren
4 Js 1018/59 anhängig, in dem gegen ihn
Haftbefehl ergangen ist, da sein Tod nicht mit
Sicherheit festgestellt werden konnte. In diesem
Verfahren sind m. W. umfangreiche Nachfor-
schungen über den Verbleib von Rolf Jüntler
mit negativem Erfolg angestellt worden. Ich darf
annehmen, bei der StA Frankfurt anzu-
fragen.

2.) Jüntler, Hans, geboren am 22. 8. 1910 in
Erfurt, ebenfalls Stenographenführer. //

Hans Jüntler wurde 1939 zum BdS Prag-
Zentralstelle für jüdische Auswanderung
versetzt und im Oktober 1941 zum Leiter
dieser Zentralstelle ernannt. Er behielt
diesen Posten bis Kriegsende und dürfte als
einer der Hauptverantwortlichen für die
Judenverfolgung im Protektorat anzusehen
sein. Soweit mir bekannt ist, war er

Ⓔ früher als Schreibkraft
im Referat IV B tätig

Ⓔ spätestens

daneben 1944 gleichfalls kurzfristig in Ungarn
tätig.

Hans Füntler gehörte dem RSHA nicht an und ist
daher in keinem der hier abhängigen Verfahren
Mitbeschuldigter. Auch sein Aufenthalt ^(ist) nicht
bekannt.

gegen ihn ist in dem Verfahren 4 Js 1018/59 StA
Frankfurt/Main (früher 4a Js 586/56) ~~gleichfalls~~
ebenfalls Haftbefehl ergangen, jedoch ist die
Folmündung inzwischen eingestellt worden (Bl. 30 des
Berichtsheftes 4 Js 1145/63 StA Frankfurt/Main). Nach
einem Schreiben des Verbandes der antifaschistischen
Widerstandskämpfer in Prag vom 27.6.1962 an
Staatsanwalt Dr. Steinbador in Frankfurt/Main
soll Hans Füntler am 10.5.1945 anlässlich seiner
Festnahme in Prag getötet worden sein. Soweit
ich weiss, liegen darüber auch verschiedene
Zeugenaussagen vor.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben geholfen zu
haben. Nach meiner ^{eigenen} Ansicht dürfte für eine Teil-
nahme an der Räumung des fetten Bicklystok
nur Rolf Füntler in Betracht kommen. Er hat
verschiedenartige Dienstreisen unternommen, um
örtliche Judenaktionen vorzubereiten bzw. durchzuführen,
während Hans Füntler nach meiner Erkenntnis
von seiner kurzfristigen Tätigkeit in Ungarn abgesehen
nur im Protektorat tätig war. Es dürfte jedoch
aussichtslos sein, von dort aus Nachforschungen
über den Verbleib von Rolf Füntler anzustellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

2.) Mit zur Unterschrift

3.) z.d.A.

6. AUG. 1965
Jf m n) S.H.B. 2x + ab

6/8/65
Jf

1 Js 1/65 (RSA)

An den
Leiter der Zentralstelle im Lande
Nordrhein-Westfalen für die
Bearbeitung von nationalsozialistischen
Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt
in Dortmund
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Schaplow

46 D o r t m u n d
Postfach

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes (RSA) wegen Mordes
(Beteiligung an der sog. Endlösung der Judenfrage);
hier: Gebrüder G ü n t h e r

Bezug: Dortiges Schreiben vom 3. August 1965 - 45 Js 1/61 -

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihr an den Kollegen Schneider gerichtetes Schreiben ist mir
zur Beantwortung vorgelegt worden; ich bearbeite das Verfahren
nach Rückkehr des Gerichtsassessors Schneider nach Frankfurt/Main
nunmehr wieder allein.

Ihre Anfrage darf ich wie folgt beantworten:

Mit Aufgaben im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" waren
2 Gebrüder Günther beteiligt, über die ich bisher folgende
Erkenntnisse gewonnen habe:

1. G ü n t h e r , Rolf, geboren am 8. Januar 1913 in Erfurt,
war Angehöriger des Referats IV B 4 des RSA, und zwar als
Stellvertreter Eichmanns im Range eines Sturmbannführers.

Er ist Mitbeschuldigter in meinem Verfahren 1 Js 1/65 (RSA)
und hier allein schon durch zahlreiche Dokumente stark be-
lastet. Weiterhin ist er im Komplex RSA Mitbeschuldigter in
den Verfahren 1 Js 4/65 (RSA) - Einsatzkommandostab -,

- 1 Js 7/65 (RSHA) - Schutzhaft einweisung von Juden - und
1 Js 12/65 (RSHA) - Tötung der polnischen Intelligenz -.

Sein Aufenthaltsort ist jedoch nicht bekannt; es ist vielmehr anzunehmen, daß Rolf Günther verstorben ist.

Nach der Kartei der Zentralen Stelle Ludwigsburg (5 AR-Z 69/60) soll Rolf Günther im Sommer 1945 im Internierungslager Ebensee Selbstmord durch Gift verübt haben.

In meinem Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) hat dagegen jetzt die früher als Schreibkraft im Referat IV B 4 tätige Zeugin Margarete G i e r s c h (1 Berlin 20, Flankenschanze 52) ausgesagt, Rolf Günther habe sich nach damaligen Angaben von Otto H u n s c h e (jetzt Datteln/Westfalen, Körting 14) im November 1944 das Leben genommen; Hunsche sei sodann sein Nachfolger als Vertreter Eichmanns geworden.

Gegen Rolf Günther (u.A.) ist wegen seiner Tätigkeit im Kommando Eichmann bei der "Endlösung" in Ungarn bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt/Main das Verfahren 4 Js 1018/59 anhängig, in dem gegen ihn Haftbefehl ergangen ist, da sein Tod nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnte. In diesem Verfahren sind m.W. umfangreiche Nachforschungen über den Verbleib von Rolf Günther mit negativem Erfolg angestellt worden. Ich darf anheimstellen, bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt anzufragen.

2. G ü n t h e r , Hans, geboren am 22. August 1910 in Erfurt, gleichfalls Sturmbannführer.


Hans Günther wurde 1939 zum BdS Prag - Zentralstelle für jüdische Auswanderung - versetzt und spätestens im Oktober 1941 zum Leiter dieser Zentralstelle ernannt. Er behielt diesen Posten bis Kriegsende und dürfte als einer der Hauptverantwortlichen für die Judenverfolgung im Protektorat anzusehen sein. Soweit mir bekannt ist, war er 1944 gleichfalls kurzfristig in Ungarn tätig.

Hans Günther gehörte dem RSHA nicht an und ist daher in keinem der hier anhängigen Verfahren Mitbeschuldigter. Auch sein Aufenthaltsort ist nicht bekannt.

Gegen ihn ist in dem Verfahren 4 Js 1018/59 Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main (früher 4 a Js 586/56) ebenfalls Haftbefehl ergangen, jedoch ist die Fahndung inzwischen eingestellt worden (Bl.30 des Berichtsheftes 4 Js 1145/63 Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main). Nach einem Schreiben des Verbandes der antifaschistischen Widerstandskämpfer in Prag vom 27. Juni 1962 an Staatsanwalt Dr. Steinbacher in Frankfurt/Main soll Hans Günther am 10. Mai 1945 anlässlich seiner Festnahme in Prag getötet worden sein. Soweit ich weiß, liegen hierüber auch verschiedene Zeugenaussagen vor.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben geholfen zu haben. Nach meiner eigenen Ansicht dürfte für eine Teilnahme an der Räumung des Ghettos Bialystok nur Rolf Günther in Betracht kommen. Er hat verschiedentlich Dienstreisen unternommen, um örtliche Judenaktionen vorzubereiten bzw. durchzuführen, während Hans Günther nach meiner Erkenntnis von seiner kurzfristigen Tätigkeit in Ungarn abgesehen, nur im Protektorat tätig war. Es dürfte jedoch aussichtslos sein, von dort aus Nachforschungen über den Verbleib von Rolf Günther anzustellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage


(Nagel)
Staatsanwalt

V.

Luftpost

1.) Zu rder. - 1 Leserschrift - unter Beifügung der Aut. - :
 An die StA b. d. Lf Kiel - z. Fdu. von Herrn StA Bauer-
 Betr.: Evakuierung von Juden aus dem Bereich der Stapo
 Kiel aus dem Osten (Entwicklungsverfahren gegen
 Hans Fensdike)

Berug: Dort. Schr. vom 27/7/1965 - 2 Js 307/64 -
 Anlage: 1 Vermerk

Sehr geehrter Herr Kollege,

mit wundervoller Freude überbringe ich Ihnen eine Abschrift
 meines Vermerkes vom 2/9/65 über die "Endlösung
 der Judenfrage" im Altreich einschließlich
 Ostmark.

Hinsichtlich der weiteren erbetenen Vermerke darf
 ich bemerken, dass der Vermerk über die Entwicklung
 der NS-Judenpolitik bis zur Endlösung im Augen-
 blick hier in Überstücken nicht mehr vorhanden ist
 und auch lediglich einen Überblick über die historische
 Aufbaumentwicklung gibt, sodass er für das dortige
 Verfahren kaum von Nutzen sein dürfte. Der Einleitungs-
 vermerk selbst bezieht sich lediglich auf die einzelnen
 mit der "Endlösung" befassten Referate der RSHA und
 deren Angehörige.

Die Sammlung der Verordnungen und Pläne betr. "Endlösung"
 besitze ich nicht. Allerdings habe ich im Laufe der
 Vermittlungen einen großen Teil der Deportationsrand-
 pläne pp auffinden können. Diese sind jedoch bei mir
 - allein das Reich betreffend - in 15 Dokumentenbänden
 und 8 Heftenbänden, neben anderen Dokumenten ent-
 sprechend dem jeweiligen Zeitpunkt verteilt (vgl.
 Zusammenfassung in Bl. 48 f des beiliegenden

Vermehrtes). Sie stammen überwiegend aus den
Beständen des JTS Arolsen - JTS Historique Ordner

308/9 -

Zur Hinblick auf den Umfang der Dokumente
darf ich um Verständnis bitten, wenn ich Ihnen
die erbetenen Ablichtungen nicht übersenden
kann, zumal ein grosser Teil für Ihr
Verfahren ~~aber deshalb~~ ohne Interesse sein
dürfte. ~~weil~~ Ich möchte daher vorschlagen, dass
Sie anhand des beigefügten Verzeichnisses, ~~in dem~~
~~die wesentlichen Dokumente~~ gelegentlich einer
Dienstreise nach Berlin ~~hier~~ selbst die Dokumente
bezeichnen, die Sie benötigen. Ich bin fern bereit,
sodann die erforderlichen Ablichtungen hier
fertigen zu lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

z./z.d.A.

6/8/65

Y

gef. 4.8.65 Ser

Zu 1) Samst. 2x

1 Js 1/65 (RSA)

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Kiel
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt B a u e r

23 K i e l

Betrifft: Evakuierung von Juden aus dem Bereich der Stapo Kiel
aus dem Osten
(Ermittlungsverfahren gegen Hans H e n s c h k e)

Bezug: Dortiges Schreiben vom 27. Juli 1965 - 2 Js 307/64 -

Anlage: 1 Vermerk

Sehr geehrter Herr Kollege,


wunschgemäß übersende ich Ihnen eine Abschrift meines Vermerks vom 2. September 1964 über die "Endlösung der Judenfrage" im Altreich einschließlich Ostmark.

Hinsichtlich der weiterhin erbetenen Vermerke darf ich bemerken, daß der Vermerk über die Entwicklung der NS-Judenpolitik bis zur Endlösung im Augenblick hier in Überstücken nicht mehr vorhanden ist und auch lediglich einen Überblick über die historische Anfangsentwicklung gibt, so daß er für das dortige Verfahren kaum von Nutzen sein dürfte. Der Einleitungsvermerk selbst bezieht sich lediglich auf die einzelnen mit der "Endlösung" befaßten Referate des RSA und deren Angehörige.

Eine Sammlung der Verordnungen und Erlasse betr. "Endlösung" besitze ich nicht. Allerdings habe ich im Laufe der Vorermittlungen einen großen Teil der Deportationsrunderlasse pp. auffinden können. Diese sind jedoch bei mir - allein das Reich betreffend - in 15 Dokumentenbänden und 8 Nebenbänden neben anderen Dokumenten entsprechend dem jeweiligen Zeitpunkt verstreut (vergl. Zusammenfassung in Bl. 48 f. des beiliegenden Vermerks).

Im Hinblick auf den Umfang der Dokumente darf ich um Verständnis bitten, wenn ich Ihnen die erbetenen Ablichtungen nicht übersenden kann, zumal ein großer Teil für Ihr Verfahren ohne Interesse sein dürfte. Ich möchte daher vorschlagen, daß Sie anhand des beigefügten Vermerks gelegentlich einer Dienstreise nach Berlin selbst die Dokumente bezeichnen, die Sie benötigen. Ich bin gern bereit, sodann die erforderlichen Ablichtungen hier fertigen zu lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage


(Nagel)
Staatsanwalt

Sch

02. AUG. 1965
[Signature]

keine hs. Kopie

Geschäftsstelle der
Staatsanwaltschaft bei
dem Landgericht
4 Js 481/65

Aschaffenburg, den 4.8.1965

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Staatsanwaltschaft	
b. d. Kammergericht - Berlin	
Eing. am	- 6. AUG. 1965
mit	Anl. Blatts. Bd. Akten

Berlin

Betreff: Dannecker Theodor u.a. wegen Beteiligung an Juden-
maßnahmen.

Auf Anordnung wird nach dem Stand des Verfahrens 1 Js 1/65 (RS^{HA})
angefragt.

10 B nicht prim. [Signature]
AUG. 1965

Schub
Just. Angest.

V.

✓ 1./ Ums. mitteilen, dass die Ermittlungen in dem
sehr umfangreichen Verfahren noch mehrere Jahre
dauern werden.

2./ z.d.A. 17s 1/65

13/8/61

W

16. AUG. 1965 Le
gg m) g 11 + ab

Vfg.

✓

1. Zu schreiben:

An das
Landgericht Baden-Baden
- Untersuchungsrichter -
z.Hd. von Herrn
Landgerichtsrat Kollrack

757 B a d e n - B a d e n

Betrifft: Strafsache gegen Reinhard W a g n e r
Bezug: Dortiges Schreiben vom 28. Mai 1965
 Mein Schreiben vom 1. Juni 1965

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat Kollrack!

Ich nehme an, daß mein Dokumentenband "Norwegen" aus dem
Verfahren 1 Js 1/65 (RSA) sowie der Geschäftsverteilungs-
plan des Reichssicherheitshauptamtes vom 1. März 1941
dort nicht mehr benötigt werden. Ich darf daher um baldige
Rücksendung bitten.

Hochachtungsvoll

2. Z.d.A.

Berlin, den 23 August 1965

Ly

gef 23. AUG 1965 Le
m -) Schl. + ab

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 1/61
Bitte bei allen Schreiben angeben!

228
46 Dortmund, den 17. 8. 1965
Saarbrücker Straße 5 - 9
Fernruf 52 78 21 - 29
Fernschreiber 08 22 451
Postfach

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
z. H. Herrn Staatsanwalt Nagel
- persönlich oder Vertreter im Amt -

1 B e r l i n
Turmstraße 91

Betrifft: (Strafsache gegen Rechtsanwalt Dr. Herbert
Zimmermann u. A. wegen Mordes und Beihilfe
zum Mord;

hier: Unterlagen und Tätigkeit des Reichs-
sicherheitshauptamtes)

Bezug: Ferngespräch vom 16. 8. 1965

Anlage: 1 Anklageschrift - 45 Js 1/61 -

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich nehme Bezug auf das oben erwähnte Ferngespräch
und teile Ihnen die Ermittlungswünsche der Strafkammer
mit, die sich auf Fall 10 (Bl. 119, 120) der anliegen-
den Anklageschrift beziehen.

Die Fragen lauten:

- 1) Gibt es einen Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes,
daß Kommandeure der Sicherheitspolizei außergewöhnliche
Vorfälle in ihrem Amtsbereich sofort fernschriftlich
melden und dabei Vorschläge machen mußten, wie sie
die Angelegenheit weiter zu bearbeiten gedächten?

- 2) Sind Meldungen dieser Art von irgendwelchen Kommandeuren bei den Unterlagen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes?
- 3) Ist bei diesen Unterlagen, sofern sie erhalten sind, das Fernschreiben des Dr. Altenloh betr. das Säureattentat vorhanden?

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir recht bald eine positive Antwort geben könnten.
Die Anklageschrift stelle ich für das dortige Verfahren zur Verfügung.

Im Auftrage:


(Schaplow)
Staatsanwalt

1.) Vermutl.:

Für die beil. Anfrage vom 17/8/65 habe ich folgende Dokumente
erhalten (Abb.):

B I a 69 = Schnellbrief Cd Sipo IV DZ v. 24/7/47 an den BdS
Krahan betr. Berichtstellung über das fern. Foto.

H 2 = Meldung wichtiger staatspolit. Ereignisse Nr. 3 vom
19. 3. 1943 d. a. betr. KdS Bialystok.

Weitere Dokum. zu Ziff. 1-3 der Anfrage habe ich in der
Dok. Kartei A I a - d, A II und B I a nicht finden
können. Die Dokumente A I c 33, B I a 1 und B I a 158
geben m. E. nichts her.

- 2.) Nach Rücksprache mit Fr. Kain Bilske als derzeitige Sach-
bearbeiterin für 1 Jz 12/65 (RSHA) liegen dort keine weiter-
führenden Erkenntnisse vor. Vorlage erübrigt sich daher.
- 3.) Nach Eingang der Abteilg. zu 1.) u. v.

20/8/65

y

V.

1./ Zu rder. an T. 2. aut. Sch. vom 17/8/65] - 1. Gesandtschaft -
- zu Fern. von Herrn Staatsanwalt ~~Schupf~~ Schaplow -

Betr.: (2. aut. Sch.)

Beruf: Dorkiger Sch. vom 17/8/65

Aufgabe: a) Schnellbrief des CdSipo ü.d.SD vom 24.7.1941

b) Meldung wichtiger staatspolitischer Ereignisse Nr. 3
vom 19.3.1943

Ihr geehrter Herr Kollege,

zu meinem Bedauern kann ich Ihnen lediglich zur
Frage 1) Ihres Schreibens vom 17.8.1965 weiterhelfen. //

^{zu} Nach dem beiliegenden Schnellbrief des RSHA - Referat
IV D2 (Gouvernementsangelegenheiten, Polen im Reich) -

an die KdS im Generalgouvernement ist die Bericht-
pflicht in einzelnen geregelt; ich darf ohne nähere
Ausführungen ^{unbenutzte} auf Ziff. III des Erlasses hinweisen. //

~~Zu meinem~~ Leider ist die Ablichtung nicht gut ~~erhalten~~
zu lesen. Das Dokument stammt aus dem Staatsarchiv
Nürnberg und ist dort unter der Signatur NO 1246 erfasst.
Falls Sie eine bessere Ablichtung benötigen, dürfte es
deshalb angebracht sein, diese aus Nürnberg anzufordern. //

Einzelmeldungen der KdS an das RSHA über ausser-
gewöhnliche Vorfälle sowie das Fernschreiben des Dr. Altenbl
über das Säurekennzeichen sind in meiner Dokumenten-
kartei nicht erfasst. // Bei der Durchsicht der Dokumenten-
kartei ^{liege} habe ich jedoch die beigefügte "Meldung wichtiger
staatspolitischer Ereignisse" Nr. 3 vom 19.3.1943 ~~gefunden~~
~~gefunden~~ gefunden. Möglicherweise ist für Sie die

(-2-)

Meldung des KdS Bielystok (S. 15f) von Interesse.
Mit vorläufiger Hochachtung

2./ z.d.A. (Vfssbd. V).

26/8/65
Gy

ggf 26. AUG. 1965 Le
m) schb. 2 x
und ab

1 Js 1/65 (RSA)

An den
Leiter der Zentralstelle im Lande
Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung
von nationalsozialistischen Massen-
verbrechen

bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt
in Dortmund

z.Hd. von Herrn
Staatsanwalt S c h a p l o w

46 D o r t m u n d
Postfach

Betrifft: Strafsache gegen Rechtsanwalt Dr. Herbert Zimmermann
u.A. wegen Mordes und Beihilfe zum Mord;
hier: Unterlagen und Tätigkeit des Reichssicherheits-
hauptamtes

Bezug: Dortiges Schreiben vom 17. August 1965
- 45 Js 1/61 -

Anlagen: a) Schnellbrief des CdSipo u.d.SD vom 24. Juli 1941
b) Meldung wichtiger staatspolitischer Ereignisse
Nr. 3 vom 19. März 1943

Sehr geehrter Herr Kollege,

zu meinem Bedauern kann ich Ihnen lediglich zur Frage 1) Ihres
Schreibens vom 17. August 1965 weiterhelfen.

In dem beiliegenden Schnellbrief des RSA - Referat IV D 2
(Gouvernementsangelegenheiten, Polen im Reich) - an die KdS
im Generalgouvernement ist die Berichtspflicht im einzelnen
geregelt; ich darf ohne nähere Ausführungen insbesondere auf
Ziff.III des Erlasses hinweisen.

Leider ist die Ablichtung nicht gut zu lesen. Das Dokument
stammt aus dem Staatsarchiv Nürnberg und ist dort unter der
Signatur NO 1246 erfaßt. Falls Sie eine bessere Ablichtung
benötigen, dürfte es deshalb angebracht sein, diese aus

Nürnberg anzufordern.

Einzelmeldungen der KdS an das RSHA über außergewöhnliche Vorfälle sowie das Fernschreiben des Dr. A l t e n l o h über das Säureattentat sind in meiner Dokumentenkartei nicht erfaßt.

Bei der Durchsicht der Dokumentenkartei habe ich die beigefügte "Meldung wichtiger staatspolitischer Ereignisse" Nr. 3 vom 19. März 1943 gefunden. Möglicherweise ist für Sie die Meldung des KdS Bialystok (S. 15 f.) von Interesse.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage

(Nagel)
Staatsanwalt

Le

234

Landgericht Baden-Baden
-Der Untersuchungsrichter-
VU 1/65

Baden-Baden, den 1. September 1965



9	Anlagen
	Abschriften
	DM Kost M.

1AR.

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
1 Berlin 21
Turmstr. 91

Betreff: Strafsache gegen
1. Hellmuth Reinhard (alias Patzschke)
aus Unterwerschen
2. Wilhelm Wagner aus Altenkirchen
wegen Beihilfe zum Mord
Bezug: Dortiges Schreiben vom 23.8.1965 -1 Js 1/65 (RSA)

Auf die dortige Anfrage vom 23.8.1965 darf ich mitteilen, dass ich die gewünschten Akten hier noch benötige. Sollten sie dort nicht benötigt werden, wäre ich dankbar, wenn sie mir noch weiterhin überlassen werden könnten; sollten sie dort dringend benötigt werden, bitte ich mir dieses mitzuteilen, damit ich sie umgehend zurücksenden kann.

Kollrack
(Kollrack)
Landgerichtsrat

1. z d A (Bd V, Vgheft II)

2. weitere Vg bes.

28./9.65

1 7 1 / 65 (RSHA)

235

Elt sehr

✓
1. zu schreiben:

An das LG Baden - Baden
- Untersuchungsrichter -

z. Hd. von Herrn Landgerichtsrat
Kollbach

1. fort schreiben
und ab

757 Baden - Baden

Betreff: VU 1 / 65

Strafsache gegen Helmut Reinhard
und Wilhelm Wagner

Bem. Mein Schreiben vom 1. Juni und
23. August 1965

Daher Schreiben vom 1. September 1965

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat Kollbach!

Mein Dokumentenband "Norwegen" aus dem
Verfahren 1 7 1 / 65 (RSHA) sowie der
Geschäftsverteilungsplan des RSHA vom
1. März 1941 werden nunmehr von mir

dringend zur Fortführung der Ermittlungen

benötigt, und der Untersuchungsrichter als neuer

Sachbearbeiter des Verfahrens 1 7 1 / 65
(RSHA) ~~besteht in der~~ besteht in der ~~Verantwortung~~ Verantwortung

~~Mein~~ Mein ~~jein~~ Dokumente durcharbeiten muß,
um weitere Entscheidungen treffen zu können.

Ich bitte deshalb, mir den Dokumenten-

band "Norwegen" und den Geschäftsverteilungs-

-b.d. >

plan vom 1. 3. 41 umgehend zu überarbeiten.

Kochachtung voll

28./4.65

h

2/ z d A (Bd I, Vgkluft II)

gef. 28.9.65 Scz 29/9.4
zu 1/ Schrot.
pb

1 7 1/65 (RSHA)

236

V

1, zu schreiben:

an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht

München II

z. Hd. von Herrn ESA Hübner

Betreff: Ermittlungsverfahren 1 7 1/65 (RSHA)
gegen ehemalige Angehörige des Reichs-
sicherheitskommissariats wegen Mordes

Bemerkung: Datziges Ermittlungsverfahren 10 a 7
29/60 gegen Zöpf und Dr. Harke
wegen Verdachts der Beihilfe zum
Mord (MSG)

Sehr geehrter Herr Erste Staatsanwalt!

Bei Durchsicht meiner Dokumenten-
bände betreffend den Komplex "Deportation
von Juden aus den Niederlanden"

habe ich anhand einer Dokumenten-
aufstellung des "Rijksinstituut voor Oorlogs-
documentatie" - Amsterdam - festgestellt,
daß sich ein Teil der ^{im Rijksinstituut} ~~best~~ vorhandenen
Dokumente nicht bei meiner Dokumenten-
sammlung befindet. Es handelt sich

1 J 1/65 (RSHA)

237

dabei um folgende Urkunden:

einreichen Nr. 16 u. 17

Dok. Bd. Nüdl. 4 Bl. 85

Nr. 22, 24 bis 26, 28,

30 bis 32 Nüdl. 4 Bl. 86,

Nr. 2 und 3 Nüdl. 4 Bl. 88

sowie Nr. 6 Nüdl. 4 Bl. 89

~~Bitte~~ Falls Ablichtungen dieser Urkunden dort vorhanden sein sollten, ~~Bitte~~ wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie ~~Bitte~~ davon weitere Ablichtungen fertigen lassen und mir möglichst bald übersenden könnten.

~~Sollten dort weitere Dokumente~~
vorhanden sein, die ^{konkrete} Hinweise auf die Beteiligung der RSHA an den Deportationsmaßnahmen enthalten und mir bisher nicht vorliegen — was anhand meines dort vorliegenden Vermerkes über die Judenverfolgung in den Niederlanden festgestellt werden kann —, bitte ich, mir auch davon Ablichtungen ~~zur Verfügung zu stellen.~~

Außerdem ~~Schuldpaar~~ bitte ich ^{freundliche} um V Mitteilung,
ob ^{bereits} von dort aus für das Verfahren

1 J 1/65 (RSHF)

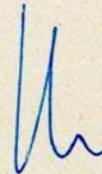
238

10 a J 29/65 die beim "Rijks -
instituut voor Oorlogsdocumentatie" in Amsterdam
verhandenen Dokumente eingesehen und ausgewertet
worden sind.

hochachtungsvoll

2/ Mir Wv

1/10. 65



get. 4. 10. 65 Sch

Für 1/ Scorb 2x

at 5/10. R

Der Polizeipräsident in Berlin

I-A - KI 2 -3951/65

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42 Tempelhofer Damm 1-7, den 27.9.1965
Fernruf: 66 0017 } App. 30 15
Im Innenbetrieb:

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
z.H. von Herrn OStA S e v e r i n
-o.V.i.A.-

persönlich überbracht!

1 B e r l i n 21
Turmstr. 91

27. SEP 1965

✓, Herrn Reg. und B.
unfähig erledigen

27.9.65

27.9.65

Betrifft: Ermittlungsverfahren der StA München II, 14 b Js 48/59,
gegen Willi Z o e p f u.a. wegen NSG in Holland

Bezug: Fernmündliche Rücksprache zwischen Herrn Staatsanwalt HÖLZNE
und KM BELLACH vom 24.9.1965

Das Bayerische LKA) - IIIa/SK - fragt hier im Auftrage der StA München II -EStA H u b e r- an, ob es möglich sei, nachfolgend aufgeführte Unterlagen für das im Betreff genannte Verfahren zu beschaffen. Diese Unterlagen müßten sich im Verfahren 1 Js 1/65 -"Endlösung" - befinden. Mit Datum vom 17.3.1965 hat Herr Ger.Assessor S c h n e i d e r, der seinerzeit noch bei der StA Berlin arbeitete, der StA München II zum dortigen Verfahren einen "Vermerk über die Judenverfolgung in den Niederlanden" übersandt.

S.3, Nied.2 19/20 Telegr. Einladung IV B 4a v. 4.6.42,
Az. 3233/4lg (1085) zur Besprechung
am 11.6.42;

Nachweis über die Teilnahme von Z o e p f
an dieser Besprechung;

S.6, Reich 13, Bl. 46 ff
Erlaß IV B 4b v. 5.März 1943;

S.8, Nied.2 44/46 Schreiben der "Zentralauftragsstelle
für die besetzten niederländ. Gebiete"
v. 18.11.42 und

Schreiben der "Rüstungsinspektion Nieder-
lande" v. 2.12.42, beide an R a u t e r,
letzteres nachr. an Z o e p f;

Weiter Vh unv.
28.1.65

S.10, Nied.2 58/61

In diesem Abschnitt über die Räumung der Anstalt "Het Apeldoorns Bosch" ist erwähnt, daß E i c h m a n n sie angeordnet habe, wovon hier bisher nichts bekannt war. Existiert hierüber ein Dokument von E i c h m a n n oder worauf ist diese Feststellung begründet?

S.13, Nied.2 80

Anordnung von R a u t e r von etwa 20.5.43;

S.13, Nied.2 82

Bericht B e n e v.6.6.43 an das AA;

S.17, Nied.2 89

Fernschreiben SS-U'Stuf. W e r n e r, BdS Den Haag, v. 6.8.43, an SS-H'Stuf. N o v a k;

S.19, Nied.2 130,
132, 133

Anfrage Z o e p f v. 8.4.44 beim RSHA, was mit den einbehaltenen Sendungen (Pässe aus der Schweiz) geschehen solle, und

Erlaß IV B 4b (I) a Nr. 4297/44 v. 15.4.44;

S.21, Nied.2 113

Erlaß IV B 4a RSHA v. 28.1.44 über Festnahme aller Juden argent. Staatsangehörigkeit;

S.22, Nied.2 120

Schreiben Seyss-Inquart v.28.2.44 an B o r m a n n;

S.22, Nied.2 137

Bericht B e n e v. 20.7.44

Ich bitte, die Ablichtungen der genannten Unterlagen beschleunigt an die StA München II zu übersenden.

Im Auftrage

Paul
(Paul), KK

Ma

7 Versand KM Bellach
erhält heute persönlich
von mir die gefertigten
Ablichtungen. Es wird
in ESHA Huber persönlich
übergeben.

28/9.65 *u*

2/2d17

239

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht München II
z.Hd. von Herrn Ersten Staatsanwalt Huber

8 M ü n c h e n

Betrifft: Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 (RSHA) gegen ehemalige Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes

Bezug: Dortiges Ermittlungsverfahren 10 a Js 29/60 gegen Zoepf und Dr. Harster wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord (NSG)

Sehr geehrter Herr Erster Staatsanwalt!

Bei Durcharbeitung meiner Dokumentenbände betreffend den Komplex "Deportation von Juden aus den Niederlanden" habe ich anhand einer Dokumentenaufstellung des "Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie" - Amsterdam - festgestellt, daß sich ein Teil der beim Rijksinstituut vorhandenen Dokumente nicht bei meiner Dokumentensammlung befindet. Es handelt sich dabei um folgende Urkunden:

Fernschreiben des RSHA, IV B 4 A, Berlin, an den BdS, den Haag, z.D.v. SS-Brigadeführer, Generalmajor der Polizei, Naumann, den Haag vom 3. Februar 1944 (Aktenmappe "Portugiesische Juden", Seite 103,

Fernschreiben des RSHA, IV B 4 A, Berlin, an den BdS, den Haag, zu Hd. von SS-HStuf Zoepf, den Haag vom 23. Mai 1942 (Aktenmappe Dr. Ernst Laqueur, 7.8.80. Obernik (Schles), Seite 52),

Brief des Reichssicherheitshauptamtes IV B 4, Berlin, an den BdS im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich, z.Hd. von SS-Standartenführer Dr. Knochen o.V.i.A. und nachrichtlich u.a. an den BdS im Haag vom 10. Juni 1943 (Aktenmappe "Bergen-Belsen"),

Aktenvermerk des SS-Gruppenführers und Generalleutnants d.P. Rauter, für den BdS, den Haag vom 18. Juli 1942 (Aktenmappe "Evangelische Juden", Seite 83),

Fernschreiben von IV B 4, den Haag, an das RSHA, IV B 4, Berlin vom 20. Juli 1942 (Aktenmappe "Evangelische Juden", Seite 85),

Vermerk von IV B 4, den Haag vom 5. Oktober 1942 (Aktenmappe "Theresienstadt", Seite 1),

Brief des Reichssicherheitshauptamtes, IV B 4a, Berlin, an den BdS, den Haag, z.Hd. von SS-Sturmabführer Zöpf vom 2. März 1943; mit einer Anlage: "Richtlinien zur technischen Durchführung der Wohnsitzverlegung von Juden nach Theresienstadt" vom 20. Februar 1943 mit wiederum zwei Anlagen; Anlage 1: Muster einer Abfahrtsmeldung; Anlage 2: Muster einer Ankunftsmeldung (Aktenmappe "Theresienstadt", Seiten 9, 10, 11, 12, 13, 14 und eine nicht nummerierte Seite),

Brief des Reichssicherheitshauptamtes, IV b 4, Berlin, an den BdS, den Haag vom 17. Mai 1944 (Aktenmappe "Theresienstadt", Seite 22),

Vermerk des BdS, den Haag (Dr. Harster) vom 6. Dezember 1941 (Aktenmappe "Theresienstadt-Transport vom 21.4.1943", Seite 23),

Vermerk des Obersturmführers Dr. Rajakowitsch (Sonderreferat Juden beim BdS, den Haag) vom 20. Dezember 1941 in Berlin (Aktenmappe "Theresienstadt-Transport vom 21.4.43"),

Originaldokument:

Kopie eines Schreibens des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD, Naumann, an den Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Seyss-Inquart. Januar 1944.

Archiv IV B 4 (182d),

Originaldokument:

Schreiben des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD, Naumann, an den Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Seyss-Inquart. Januar 1944, worauf Mitteilung von Jacobs, 9.2.1944. Archiv IV B 4 (182d),

Fotokopie:

Schreiben von Wagner an die Deutsche Botschaft, Paris, usw. 12. August 1943. Fotokopie FOSD 2761 D535515, 535517-535519, 535516.

Falls Ablichtungen dieser Urkunden dort vorhanden sein sollten, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie davon weitere Ablichtungen fertigen lassen und mir möglichst bald übersenden könnten.

Außerdem bitte ich um freundliche Mitteilung, ob bereits von dort aus für das Verfahren 10 a Js 29/65 die beim "Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie" in Amsterdam vorhandenen Dokumente

eingesehen und ausgewertet worden sind.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Hölzner)
Gerichtsassessor

V.

- 1) zu schreiben (1Leseschr.) unter Beifügung der anl. Ablichtungen:

An den

Leiter der Zentralstelle
im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von
nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt
in Dortmund

z.Hd . von Herrn Staatsanwalt Zimmermann

46 Dortmund

Saarbrücker Str. 5 - 9

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen fr. Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes

Bezug: Persönliche Rücksprache in Berlin

Anlagen: 79 Bl. Ablichtungen
1 Abschrift

Sehr geehrter Herr Kollege !

Beiliegend übersende ich Ihnen die Ablichtungen der von Ihnen
hier aus den Dokumentenbänden ausgewählten Unterlagen.

Wie ich erst jetzt erfahren habe, sind die von Ihnen zusätzlich
nach der Kartei ausgewählten Dokumente durch die Geschäftsstelle
schon kurzerhand übersandt worden. Ich hoffe, dass Sie sie richtig
erhalten haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

- 2) mir zur Unterschrift

- 3) mit anl.Vfg. v. 24./25.8.65 z.d.A.

15.9.65

get. 17.9.65 LK

Zu 1) Schreib. 2x

ab + Anlagen LK.
24/9. K.

Die sticht Ablichtungen vor

Bd. 1-5, 8-18, 20, 21, 25-27, 29-34,
52 - 54, 94 Bd. I d. A,

Bd. 31, 32, 43 - 45, 102 - 106, 109 - 119,
125 - 134, 152 - 169 Bd. II d. A,

Bd. 184 - 195 R Bd. III d. A.

24/8.

V.

- 1.) Vermutlich: Unter den erhaltenen Ablichtungen befinden sich keine Weiß/Schwarz-Dokumente. Xerox ist daher möglich.
- 2.) Obige Ablichtungen fern. Vff. vom 24/8. herstellen (Xerox je 1x).
- 3.) Abschicken an die Zentralstelle NRW - Dortmund - zu Händen von Herrn Staatsanwalt Zimmermann).

25/8/65

ly

244

1 Js 1/65 (RSHA)

An den
Leiter der Zentralstelle
im Lande Nordrhein-Westfalen für die
Bearbeitung von nationalsozialistischen
Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt
in Dortmund
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Zimmermann

46 D o r t m u n d
Saarbrücker Str. 5-9

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes

Bezug: Persönliche Rücksprache in Berlin

Anlagen: 79 Bl. Ablichtungen
1 Abschrift

Sehr geehrter Herr Kollege!

Beiliegend übersende ich Ihnen die Ablichtungen der von
Ihnen hier aus den Dokumentenbänden ausgewählten Unter-
lagen. Wie ich erst jetzt erfahren habe, sind die von
Ihnen zusätzlich nach der Kartei ausgewählten Dokumente
durch die Geschäftsstelle schon kurzerhand übersandt
worden. Ich hoffe, daß Sie sie richtig erhalten haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

4 Js 481/65

1. Abtragen.
2. U. mit Akten

an den Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
1 Berlin 21
Turmstr. 91

mit der Bitte um Übernahme zu dem dortigen Sammelverfahren
1 Js 1/65 (RSHA).

Die isolierte Durchführung eines Verfahrens ohne die sicher
dort verfügbaren umfassenden Archivunterlagen gegen einen
anscheinend nur untergeordnet an Judenmaßnahmen Beteiligten
erscheint mir unzweckmäßig und nicht vertretbar.

Aschaffenburg, den 22. Sep. 1965
Staatsanwaltschaft:
(Schmitt, Staatsanwalt)

Vf bes.
28/9.65 U



9	Anlagen
	Abschriften
	DM Kost M.

108
245
Kern GA Wiegner
mit der Bitte um Rück-
sprache.

1 J 1/65 (RSHA)

246

✓
1,

Schreiben an

- Dienstadt für die Akten

1AR 123/63 -

die Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht in

§75 Schaffenburg

4 J 481/65

unter Beifügung der Akten 4 J 481/65 SA Schaf-
fenburg.

Betrifft: Einm. Hlungsverfahren 1 J 1/65 (RSHA)
gegen frühere Angehörige der ehemaligen
Reichswehr heils Hauptamtes (RSHA)

Bem.: Dortige Verfügung vom 22. September 1965
- Betr. 108 der Akten 4 J 481/65 -

Anlage: 1 Band Akten 4 J 481/65

Als Anlage sende ich den dortigen Vorgang
gegen Theodor Dannecker u. a. zurück.

Zur Übernahme dieses Verfahrens sehe ich
mich aus dem auf Bl. 102 f. der dortigen
Akten 4 J 481/65 angeführten Gründen,
die Ukt offenbar nicht beachtet
worden sind,
nicht in der Lage. **F. Kuntze**

2, Herrn Leiter der Arbeitsgruppe m.d.B.
um Kenntnisnahme sowie zur Zeichnung

3, z.d.A. (Verfügungshft II)

28/9.65
29.9.65
zu 1/ Schrb

28/9.65
Kv

Von 1/65 + 1 Bd. A
4/10.65

F Das bei einer antizipierten Verfahren 1 Is 1/65 (RStG), dass die
Rechtigung der RStG an der sog. Endlösung der Judenfrage zum
gegenstand hat, nicht mit ausdrücklicher - wie ich bereits
in meinem Schreiben vom 15.6.1965 angeführt habe -
gegen die RStG - Angehörigen, die von Berlin aus an Ver-
fahren im Rahmen der „Endlösung“ mitgewirkt haben,
und nicht ^{gegen} die „örtlichen“ Täter. Der Umstand, dass ich über
unferendene Archivunterlagen verfüge, verpflichtet in keiner
Weise die Übernahme des Verfahrens. Wollte ich sämtliche Ver-
fahren, die gegen Angehörige der höheren Verwaltung im Reich 1D
gegen örtlichen Täter antizipiert mit übernehmen und mit
meinen Vorgängen verbinden, müste es im Endgeheimis dazu
führen, dass ausnahmslos alle nationalsozialistischen Beamten,
soweit sie von Angehörigen der SS oder der 1D befragt werden sind,
in Berlin zur Verantwortung zurück geführt würden.
Ich bin jedoch gerne bereit, ^{gegen} ausnahmslos alle nationalsozialistischen Beamten
die hier vorliegenden Unterlagen zur Verantwortung zurück zuführen.

Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Düsseldorf

Geschäftsnummer: 8 I Js 686/65
(Es wird gebeten, bei allen Eingaben die vorstehende
Geschäftsnummer anzugeben)

247
4 Düsseldorf 1, den 22. Sept. 1965
Mühlenstraße 34
Fernruf: 89 61
Fernschreib-Nr.: 8587583



7	Anlagen
	Abschriften
	DM Kost M.

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
-Arbeitsgruppe RSHA-

1 in West-Berlin

Herrn J. H. Köhler u. d. B.
in weiterer Veranlagung

5. OKT 1965

Vf. Ber. 6/10.65
h

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen den früheren
Oberregierungsrat Fritz Hartmann
aus Düsseldorf u.A.
wegen Verdachts des Mordes u.a.

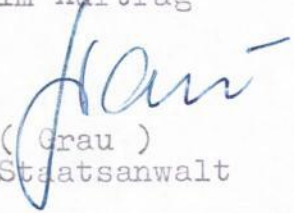
Gegenstand des Verfahrens gegen den Beschuldigten Hartmann, der in der Zeit von März 1941 bis April 1943 Leiter der Gestapoleitstelle Trier und gleichzeitig Führer des Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD im besetzten Luxemburg war, ist u.a. seine Beteiligung an der Deportation luxemburgischer Juden in Ghettos und Vernichtungslager vor allem in Polen und der Tschechoslowakei, wo die meisten von ihnen ums Leben gekommen sind.

Der Beschuldigte hat hierzu angegeben, daß die einzelnen Transporte jeweils auf besondere Anweisung des RSHA, die den ausdrücklichen Vermerk "Absiedlung nach dem Reichsgebiet" getragen hätten, erfolgt seien; ihm sei daher weder bekannt gewesen, daß die Transporte für den Osten bestimmt gewesen seien, noch habe er während seiner Tätigkeit in Luxemburg von dem den Juden drohenden Schicksal gewußt.

Ich wäre für eine Mitteilung darüber dankbar, ob die dortigen Ermittlungen allgemeine Erkenntnisse darüber erbracht haben, ob und in welchem Umfang die Leiter der Gestapoleitstellen und der entsprechenden Dienststellen im besetzten Ausland über das den deportierten Juden drohende Schicksal unterrichtet waren. Stehen insoweit

ggfs. urkundliche Beweismittel zur Verfügung?
Ferner bitte ich um Mitteilung, ob noch Dokumente,
die Anweisungen des RSHA an die Gestapo bzw. den
SD in Luxemburg enthalten - insbesondere solche,
die sich mit der Verschickung der luxemburgischen
Juden befassen -, vorhanden sind.

Im Auftrag


(Grau)
Staatsanwalt

1 J 1/65 (RSHA)

249

V.

✓ 1, Ablichtungen von Dokumentenband
Belg. / Lex., Bl. 52 - 55, fertigen
lassen.

✓ 2, Schreiben an
Den Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Düsseldorf
zu Hdt. von Herrn Staatsanwalt ~~Graf~~
Düsseldorf
Mühlensstr. 34

~~Leitabschrift~~
4

unter Beifügung der Anlagen zu Ziff 1 :

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Fritz
Hartmann u. a. wegen Mordes
- 8 I J 686/65 -

Bemg.: Dorkiger Schreiben vom 22. September 1965

Anlagen: 4 Ablichtungen diverser Schriftstücke

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt Graf!
Anbei übersende ich die Ablichtungen folgende Urkunden:

1) ^{zwei} Schreiben des Chef der Sicherheitspolizei und
des SD vom 28. Februar und 22. März
1941 an das Anwärteramt

2, Fernschreiben des RSHA (IV B 4 a - Eich-
mann) vom 12. März 1942.

Weitere Dokumente, die ~~Ablichtungen~~ ~~des~~ RSHA

direkt die Deportation der Luxemburger Juden betreffen,
direkt ~~an~~ ~~den~~ ~~ELK~~ ~~Luxemburger~~ ~~in~~ ~~Frankfurt~~,
habe ich, ~~Wohl~~ ~~meiner~~ soweit ersichtlich,
nicht bei meiner Dokumentensammlung.

257

Überbunden gilt das für Schumann

Dokumente, die die Kenntnis der
Leite der Stapostellen usw. ~~Wohl~~ von
dem den zu deportierenden Juden drohenden
Schicksal beweisen ^{könnten} sind mir bisher
nicht bekannt. ~~Wohl aber auch~~
Denn Sachbearbeiter ~~Wohl gegenwärtigen~~
des mir anhängigen Ermittlungsverfahrens
gegen ehemalige Angehörige der Stapo Leit-
stelle Berlin - 1 Jz 9/65 -, EStA Runge,
sind dasartige Urkunden bisher ebenfalls
nicht bekannt geworden.

Nach dem hier vorliegenden
 Dokumentenmaterial ist es wahrscheinlich, daß
 die Deportation der Luxemburger Juden
 nach denselben Grundsätzen erfolgte
 wie im Reichsgebiet. ~~Es~~
~~Luxemburg~~ was in das Reich eingegliedert
~~Wird~~ hinsichtlich der für die Juden-
 deportationen im Reichsgebiet ist hier um-
 fangreiches Dokumentenmaterial **F** vorhanden.
 Wegen der ~~Wichtigkeit~~ ^{Menge} dieser
 Urkunden (14 Dokumentenbände) kann
 ich eine Übersicht im Hinblick darauf,
 welche Dokumente für das dortige Verfahren
 in Betracht kommen könnten, nicht
 selbst vornehmen. Ich stelle anheim,
 dieses Dokumentenmaterial ~~an~~ ^{selbst} an-
 läßlich eines Dienstreises in Berlin durchzu-
 sehen. Eine ^{der Dokumentenbände} Versendung von Düneldorf ist mir

beides nicht möglich, weil die Urkunden hier
laufend benötigt werden.

251

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir
Durchschreiben der Vernehmung^(Tabelle) der dortigen
Beschuldigten ~~Wahl~~ übersenden könnten, ~~da~~
~~Wahl~~ da diese in meinem Verfahren
als Zeugen in Betracht kommen.

Hochachtungsvoll

3/ 7 d A (Vf. Bd II)

6/10.65

4/ Dokumentenband Belg./Lux
w v.

h

24. 13. 10. 65 Sch

zu 2/ Schrb. 2x

abgeschlagen
13/10-K

252

1 Js 1/65 (RSA)

An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Düsseldorf
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Grau

4 D ü s s e l d o r f
Mühlenstraße 34

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Fritz H a r t m a n n u.a.
wegen Mordes

Bezug: Dortiges Schreiben vom 22. September 1965
- 8 I Js 686/65 -

Anlagen: 4 Ablichtungen diverser Schriftstücke

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt Grau!

Anbei übersende ich die Ablichtungen folgender Urkunden:

1. Zwei Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 28. Februar und 22. März 1941 an das Auswärtige Amt,
2. Fernschreiben des RSA (IV B 4 a - Eichmann) vom 12. März 1942.

Weitere Dokumente, die direkt die Deportation der Luxemburger Juden betreffen, habe ich, soweit ersichtlich, nicht bei meiner Dokumentensammlung.

Dokumente, die die Kenntnis der Leiter der Stapostellen usw. von dem den zu deportierenden Juden drohenden Schicksal beweisen könnten, sind mir bisher nicht bekannt. Dem Sachbearbeiter des hier anhängigen Ermittlungsverfahrens gegen ehemalige Angehörige der Stapoleitstelle Berlin - 1 Js 9/65 -, Erster Staatsanwalt R u n g e , sind derartige Urkunden bisher ebenfalls nicht bekannt geworden.

Nach dem hier vorliegenden Dokumentenmaterial ist es wahrscheinlich, daß die Deportation der Luxemburger Juden nach denselben Grundsätzen erfolgte wie im Reichsgebiet. Für die Judendeportationen im Reichsgebiet ist hier umfangreiches Dokumentenmaterial - überwiegend aus den Beständen der Stapoleitstelle Düsseldorf und der Stapoaußenstelle Würzburg - vorhanden. Wegen der Menge dieser Urkunden (14 Dokumentenbände) kann ich eine Durchsicht im Hinblick darauf, welche Dokumente für das dortige Verfahren in Betracht kommen könnten, leider nicht selbst vornehmen. Ich stelle anheim, dieses Dokumentenmaterial selbst anlässlich einer Dienstreise in Berlin durchzusehen. Eine Versendung der Dokumentenbände nach Düsseldorf ist mir leider nicht möglich, weil die Urkunden hier laufend benötigt werden.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Durchschriften der Vernehmungsprotokolle der dortigen Beschuldigten übersenden könnten, da diese in meinem Verfahren als Zeugen in Betracht kommen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Hölzner)
Gerichtsassessor

Landgericht Baden-Baden
- Der Untersuchungsrichter-

Baden-Baden, den 1. Oktober 1965

VU 1/65



An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21

z.Hd.v.Herrn Ger.Ass. Hölzner

Betreff: Strafsache gegen Hellmuth Reinhard
und Wilhelm Wagner

Bezug: Dortiges Schreiben vom 28.9.65 - 1 Js 1/65 (RSA)

Anl.: 3

Sehr geehrter Herr Gerichtsassessor Hölzner !

Wunschgemäss übersende ich anbei die mir freundlicher-
weise überlassenen 3 Aktenbände zu meiner Entlastung.

Ich wäre Ihnen sehr zu Dank verbunden, wenn Sie mir
für den Fall, dass Sie bei Ihren Arbeiten neues
die Beschuldigten Reinhard und Wagner belastendes
Material auffinden sollten, dieses mitteilen würden.

Hochachtungsvoll

(Kollrack)

Landgerichtsrat

V.

2 d A (Vf Bd II)

13/10-65/L

A p 1/65 (RSHA)

255

V.

✓ 1/ Zu schreiben — unter Beifügung des
grünen Aktenhefters "Beilagenheft I" der
Z. St. Ludw. b. (Reinhard — Oslo / Norw.) —:

An das LG Baden — Baden

— Untersuchungsnichter —

Z. Hd. von Herrn Landgerichtsrat Kolbrack

757 Baden — Baden

Betrifft: VU 1/65

Strafsache gegen Hermann Reinhard
und Wilhelm Wagner

Bemg: Den Schreiben vom 1. 10. 65

Anlage: 1 Heft der Zentralen Stelle Ludwigsburg
"Beilagenheft I" (betr. Beschuldigter
Reinhard — Oslo / Norwegen)

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat Kolbrack!

Anbei sende ich Ihnen das "Beilagenheft I"
der Zentralen Stelle Ludwigsburg, das mich in
den von mir übersandten Dokumentenbänden

gehört, mit der Bitte um weitere Veranlassung zurück.

Sollte ich bei meinen Ermittlungen etwas, die dortigen Beschuldigten Reinhard und Wagner belastendes Material auffinden, werde ich Ihnen dieses umgehend zugänglich machen.

Bei Durchsicht meines Dokumentenbandes "Norwegen" habe ich festgestellt, daß dort Urkunden vorhanden sind, die mir bisher nicht vorgelegen haben. Es handelt sich um folgende Dokumente:

- 1/ FS des BdS Oslo (Reinhard) an RS HA vom 25. M. 1942 (DS Seite 1)
- 2/ FS des BdS Oslo (Wagner) vom 23. 2. 1943 an RS HA (Dokumentenammlung Friedman)
- 3/ Namensliste der im November 1942 mit der "Donau" deportierten norwegischen Juden (Dokumentenammlung Friedman, Seite 15 ff).

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Abschriften dieser Dokumente übermitteln könnten.

Dankachtungsvoll

14/10.65 H

2-77 Stab-Post
18. 4. 61
Ab + Anlage 19/10/65

2/ Z d A 1 p 1/65 (Bd V = Vggs - Bd II)

257

Der Oberstaatsanwalt

bei dem Landgericht Darmstadt

- 2 Js 91 / 65 pol. -

(Aktenzeichen im Schriftwechsel angeben)

61 DARMSTADT, den
Mathildenplatz 14
Durchwahl: 81/ 840
Sammelruf: 811

6. 10. 1965

11. 10. 1965
Kling
K

An den Herrn
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin
- Arbeitsgruppe RSHA -

Herrn GA Wölzner

11/10.65

V.

1 Berlin 21
Turmstraße 91

1. zu 1 p 1/65 (RSHA)
Vfhand

2. weitere Vfs. des.
12/10.65

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen den Med. Dir. Dr.
Karl Rodenberg, geb. 19. 11. 1904 in Heide -
Holstein, wohnhaft Waldmichelbach, Krs. Heppen-
heim, Oberer Königsbuckel 3.

Bezug: Dortiges Ermittlungsverfahren gegen ehemalige
Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes.

Den Obengenannten wird zu-r Last gelegt, durch die Teil-
nahme an der Endlösungskonferenz vom 27. 10. 1942 in
strafbarer Weise an der Vernichtung ^{der} jüdischen Bevölker-
ung mitgewirkt zu haben.

Nach meinen bisherigen Ermittlungen wurde der im Jahre
1937 als Leiter der Abteilung für Erb- und Rassenpflege
in den "Reichsausschuss für Volksgesundheitsdienst" und
als Führer der Staatsmedizinischen Akademie nach Berlin
berufene Beschuldigte mit Wirkung vom 24. 8. 1942 zum

Reichssicherheitshauptamt beurlaubt. Dort bearbeitete er zunächst in der Gruppe III B Fragen der Rassenpolitik und der Volksgesundheit und war seit dem 1. 7. 1943 als wissenschaftlicher Referent für sexualpsychologische Fragen im Amt V tätig.

Ich bitte um Mitteilung, ob im Rahmen der dortigen Ermittlungen Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten des Beschuldigten aufgetaucht sind. Ich bitte ferner um Mitteilung, ob es zutrifft, daß auf der oben erwähnten Konferenz vom 27. 10. 1942 Eichmann über die Judenliquidierung im Generalgouvernement referiert hat. Nach dem mir in Ablichtung vorliegenden Protokoll über diese Konferenz ist dies nicht der Fall. Der Anzeigerstatter des vorliegenden Verfahrens bezieht sich für seine gegenteilige Behauptung auf eine angeblich eidliche Aussage des jetzigen Ministerialrats im Bundesministerium für Verteidigung Weirauch.

Ist im Rahmen des dortigen Verfahrens Herr Weirauch vernommen worden? Falls ja: Was hat er über die Konferenz vom 27. 10. 1942 angegeben?

Im Auftrag

Bluhm

(Bluhm)

Staatsanwalt

/W1

1 J 1/65 (RSHA)

259

V.

✓ 1, Schreiben an

den Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht in Darmstadt
z. Hd. von Herrn Staatsanwalt Blum

61 Darmstadt

Mathildenplatz 14

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Karl Rodenberg
- 2 J 91/65 pol -

Bem.: Ihr Schreiben vom 6. 10. 1965

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt Blum!

Der in dortigen Verfahren beschuldigte Dr. Rodenberg ist in den hier anhängigen Verfahren gegen ehemalige Angehörige der RSHA nicht Beschuldigter, da es keinem der belasteten Referate angehört.

Dies ist bisher ebenfalls nur das Protokoll der Konferenz vom 27. 10. 1942 bekannt. Ob Eichmann auf dieser

Tagung über die Judenliquidierung

im Generalgouvernement referiert hat, habe ich ~~noch nicht~~ noch nicht ermittelt. Herr Wirsing ist ~~noch nicht~~ noch nicht als Junge vernommen worden. F Ich bitte, mir eine Ablichtung

F Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten des Rodenbergs haben sich hier bisher nicht ergeben.

der Einlassung Dr. Rodenbergs zu
übermitteln. Sofern dort weitere
Angaben ausliegen (so die des Herrn
Weisbach) und Erkenntnisse über
die Konferenz vom 27. 10. 1942
vorliegen oder später bekannt werden,
möchten, wäre ich Ihnen für
die Übermittlung von Durchschriften
oder Abschriften sehr dankbar.

Hochachtungsvoll

12/10.65

h

2/7 1/7 1/65 (RSHA)
Vtyband

14.10.65

Zu 1/ Sem. 2x

14/10.65

260

1 Js 1/65 (RSA)

An den
Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Darmstadt
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Bluhm

61 D a r m s t a d t
Mathildenplatz 14

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Karl R o d e n b e r g

Bezug: Ihr Schreiben vom 6. Oktober 1965
- 2 Js 91/65 pol. -

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt Bluhm!

Der im dortigen Verfahren beschuldigte Dr. Rodenberg ist in den hier anhängigen Verfahren gegen ehemalige Angehörige des RSA nicht Beschuldigter, da er keinem der belasteten Referate angehörte.

Mir ist bisher ebenfalls nur das Protokoll der Konferenz vom 27. Oktober 1942 bekannt. Ob E i c h m a n n auf dieser Tagung über die Judenliquidierung im Generalgouvernement referiert hat, habe ich bis jetzt noch nicht ermittelt. Herr W e i r a u c h ist von mir noch nicht als Zeuge vernommen worden. Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten Dr. Rodenbergs haben sich hier bisher nicht ergeben.

Ich bitte, mir eine Ablichtung der Einlassung Dr. Rodenbergs zu übermitteln. Sofern dort weitere Zeugenaussagen (so die des Herrn Weirauch) und Erkenntnisse über die Konferenz vom 27. Oktober 1942 vorliegen oder später bekannt werden sollten, wäre ich Ihnen für die Übermittlung von Durchschriften oder Ablichtungen sehr dankbar.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Hölzner)
Gerichtsassessor

1 J 1 / 65 (RSHA)

Eilt sehr

261

bitte sofort

schreiben und ab

✓

7 Schreiben an

den Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht in
Düsseldorf

zu § J 10 904 / 59

Beh.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige
Angestellte des Reichsministeriums
amtes, hier das Verfahren

1 J 1 / 65 (RSHA)
" Endlösung der Judenfrage

Ich bitte, mir, sofern das möglich sein
sollte, eine (wenn möglich auch zwei)
Abschriften der Anlage ^{Schrift vom 25. Jan. 1963}
in dem Verfahren § J 10 904 / 59 (neuer
AZ hier nicht bekannt) gegen Kurt Franz
u.a. zu übersenden.
Sollten dort Anlageabschriften nicht mehr


b.u. →

verfügbar sein, wäre ich für eine
umgehende entsprechende Nachricht
dankebar. Hier steht hier nämlich
kurzfristig eine von Institut für
Fitzgeschichte ausgeliehene Anlage-
abschrift zur Verfügung, die
ich sobald ablichten lassen
müßte, falls ich nicht von
dort eine Anlageabschrift erhalten
könnte. ^{Da das Ablichten} ~~Wiederabdruck~~ wäre
jedoch mit erheblichen Kosten verbunden
bleibt, ist, könnte es unterbleiben,
wenn ^{es} dort noch Abschriften
verfügbar wären.

Für eine baldige Erledigung
- insbesondere für den Fall, daß
keine Abschrift in Anspruch werden
kann - wäre ich sehr dankbar.

2, z d A 1 p 1/65 (Vgshad II)

gef. 14. 10. 65 Sie
zu 1) Sieb. + ab

13/10-65


262

**Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Düsseldorf**

Geschäfts-Nr.: 8 Js 10904/59 4 Düsseldorf 1, den 18.10.1965
Bitte bei allen Schreiben angeben!
8 I Ks 2/64
Mühlenstraße 34
Fernruf: 8961
Fernschreib-Nr.: 8587583

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstraße 91



Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen
ehemalige Angehörige des
Reichssicherheitshauptamtes;
hier: das Verfahren 1 Js 1/65(RSHA)
"Endlösung der Judenfrage".

Bezug: Ihr Schreiben vom 13.10.1965
Gesch.-Nr. 1 Js 1/65 (RSHA).

Anl.: 2 Schriftstücke.

Anliegende 2 Anklageschriften übersende
ich mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum
dortigen Verbleib.

Auf Anordnung

Marten
(Marten)
Justizangestellter

v.
22.10.1965
(Vogelshel.)

28/10.65

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

247

Herrn Gass. Hölzner

1 Js 9/65 (Stapoleit.Bln)

An:

a) die Staatsanwaltschaft Düsseldorf
z.Hd. des Herrn Sachbearbeiters der Ermittlungssache
8 I Js 815/64 (Stapoleitstelle Düsseldorf)
- o.V.i.A. -

b) die Staatsanwaltschaft Dortmund
z.Hd. des Herrn Sachbearbeiters der Ermittlungssache
10 Js 43/64 (Stapoleitstelle Dortmund)
- o.V.i.A. -

c) die Staatsanwaltschaft Bielefeld
z.Hd. des Herrn Sachbearbeiters der Ermittlungssache
5 Js 192/62 (Stapoleitstelle Breslau) - o.V.i.A. - *) a3.3

Betrifft: Austausch von Beweismitteln

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der ehemaligen Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, soweit diese an der Deportation von ca. 50 000 Berliner Juden in östliche Konzentrationslager mit dem Ziele der Tötung beteiligt waren.

Die auf die sogenannten Transportlisten, d.h. Listen, die die Namen der aus dem Raum Berlin deportierten Juden, den Zeitpunkt des Transportes und das Deportationsziel im Einzelfall ausweisen, sind dokumentarische Unterlagen nach den bisherigen Erkenntnissen nicht mehr vorhanden. Insbesondere fehlen mir Nachweise, die geeignet sind, Auskunft über die innere Tatseite der Beschuldigten zu geben, also vor allem darüber, ob die Beschuldigten Kenntnis von dem wirklichen Schicksal der Deportierten hatten bzw. damit rechneten oder rechnen mußten, daß die jüdischen Opfer später ermordet werden würden.

Ich wäre Ihnen deshalb sehr verbunden, wenn Sie mir Ablichtungen oder Abschriften von Dokumenten zugänglich machen könnten, aus denen auf eine solche Kenntnis geschlossen werden kann. Ich denke dabei z.B. an Protokolle über Dienstbesprechungen, schriftliche Weisungen und Befehle sowie an dienstlichen

Schriftwechsel, soweit diese Unterlagen sich auf die generelle oder örtliche Deportation der Juden beziehen.

Darüberhinaus bin ich an Aussagen von Zeugen (jüdischen Zeugen oder unbelasteten ehemaligen Stapoangehörigen) interessiert, wenn diese z.B. bekunden, daß Beschuldigte zum Ausdruck brachten, daß die Juden über kurz oder lang zu Tode kommen würden (beispielsweise daß es sich nicht lohne, irgendwelche Umstände zu machen, da die Juden ja doch nicht zurückkommen oder jedenfalls nicht mehr lange leben würden) oder daß die Beschuldigten Juden verprügelten oder sich zu anderen grausamen oder sadistischen Handlungen hinreißen ließen (z.B. bei Razzien auf Juden, bei der Abholung aus ihren Wohnungen, bei Festnahme-Aktionen, in den jüdischen Sammelstellen, beim Transport zu den Eisenbahnzügen, auf der Fahrt in die Konzentrationslager usw.). Denn neben ihrer Bedeutsamkeit für das jeweilige örtlich bestimmte Einzelverfahren dürften diese Beweismittel auch der Generalisierung fähig sein.

Kann nämlich in einem Ermittlungsverfahren nachgewiesen werden, daß Angehörige der (örtlichen) Staatspolizei- (leit)stelle Kenntnis vom Schicksal der deportierten Juden hatten, so darf diese Kenntnis auch bei Angehörigen anderer Stapostellen angenommen werden.

Sollten also derartige Zeugenaussagen dort vorliegen oder in Zukunft anfallen, so wäre ich für Übersendung von Ablichtung der Protokolle dankbar.

Selbstverständlich bin ich meinerseits gern bereit, Ihnen auf Wunsch alle in meinem Verfahren angefallenen Unterlagen zugänglich zu machen, die für das dortige Verfahren von Interesse sein können.

Vielleicht dürfte es sich überhaupt empfehlen, in gewissen Abständen die bei der Durchführung des Verfahrens gewonnenen Erfahrungen auszutauschen. Dessen Zweck sollten

auch in gewissen Abständen durchgeführte Tagungen aller Sachbearbeiter von Verfahren gegen Angehörige ehemaliger Staatspolizei(leit)stellen dienen.

Hierzu würde ich gern Ihre Meinung hören.

Für Ihre Bemühungen sage ich meinen herzlichen Dank.

Hochachtungsvoll

Im Auftrage

Runge

Erster Staatsanwalt

- *) d) die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Ma.
z.Hd. des Herrn Sachbearbeiters der Ermittlungssache
4 Js 881/64 (Wiederaufnahmeverfahren Staatspolizei-
leitstelle Frankfurt/M)
- o.V.i.A. -
- e) die Staatsanwaltschaft Osnabrück
z.Hd. des Herrn Sachbearbeiters der Ermittlungssache
17 Js 437/64 (Stapostelle Osnabrück)
- o.V.i.A. -
- f) die Staatsanwaltschaft Kiel
z.Hd. des Herrn Sachbearbeiters der Ermittlungssache
2 Js 307/64 (Stapoleitstelle Kiel)
- o.V.i.A. -

R

g) StA Dündorf
(StA Fran)
- 8 I p 686/65 -

Bd.

V